

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Doppelte Befreiung

Wieder stehen ein 8. und 9. Mai bevor. Es sind Tage des Gedenkens an einen Sieg, der weltgeschichtliche Bedeutung hat. Vor sieben Jahren schrieb Klaus Steiniger an dieser Stelle zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus: „Während alle beteiligten Armeen als Befreier vom Faschismus zu würdigen sind, öffnete allein die Rote Armee der Sowjetunion den Völkern der durch sie befreiten Territorien, also auch den Menschen in Ostdeutschland, zugleich die Tore zu ihrer sozialen Befreiung vom Kapitalismus. Damit wurden die antifaschistisch-demokratischen und sozialistisch-kom-

Juni-Ausgabe 2014 erklärte Klaus Steiniger dazu: „Die Imperialisten haben die erste große Niederlage seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas einstecken müssen. Der Versuch von NATO und EU, sich durch einen von Faschisten und Antisemiten angeführten Staatsstreich die Ukraine im Frontalstoß zu unterwerfen und Rußlands wichtigstes Nachbarland in ihr Blocksystem einzugliedern, ist gescheitert. Der beherzte Widerstand erheblicher Teile der ostukrainischen Bevölkerung und die couragierte Haltung der überwiegenden Mehrheit der Krimbewohner



Transparent auf dem Berliner Ostermarsch am 16. April

munistischen Kräfte der sowjetischen Besatzungszone in die Lage versetzt, mehr als vier Jahrzehnte in einem Drittel Deutschlands ein ausbeutungsfreies Gesellschaftssystem aufzubauen. Für diese doppelte Befreiungstat gebührt den Rotarmisten unser besonderer Dank.“

Der von den USA wiederhergestellte deutsche Imperialismus in Westdeutschland unternahm seit Beginn des Kalten Krieges im Kampf gegen die DDR und die Sowjetunion alles, um die Erinnerung an diese doppelte Befreiung auszulöschen. Nur wenigen Menschen im Westen war und ist bewußt, daß dem faschistischen Krieg in der Sowjetunion 27 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.

Zwischen 1985 und 2005 schien sich das zu ändern. Richard von Weizsäcker sprach in seiner historischen Rede 1985 vom 8. Mai als „Tag der Befreiung“. 2005 nahm Bundeskanzler Gerhard Schröder an den Feierlichkeiten in Moskau teil. 2015 und 2020 aber schlug Angela Merkel die Einladung dazu aus. Den Vorwand lieferte der vom Westen organisierte und finanzierte Putsch in Kiew 2014 sowie der Aufstand auf der Krim und in der Ostukraine gegen ihn. Im RF-Leitartikel der

haben den strategischen Planern in Washington, Berlin und Brüssel einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das eindeutige Ergebnis des dem Völkerrecht entsprechenden Referendums auf der südeuropäischen Halbinsel war ein mächtiger Schlag ins Kontor jener Kreise des Westens, die sich bereits im Besitz von Sewastopol und Simferopol gewöhnt hatten.“ NATO und EU haben diese Niederlage nicht vergessen. Sie drohten immer wieder mit Raketenstationierung in der Ukraine, vor allem aber ließen sie ihre Kiewer Marionetten acht Jahre lang einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Donbass führen, der 14 000 Tote hinterließ – unter Ausschluß der westlichen Öffentlichkeit. Seit dem 15. Februar verstärkten sie diesen Krieg massiv. Die bürgerlichen deutschen Medien berichteten nicht darüber, sie haben seit 2014 keine Korrespondenten über die dort von ukrainischer Armee und Nazibataillonen begangenen Verbrechen berichten lassen. Das Verschweigen erlaubte hemmungslose russophobe Hetze. Bereits vor zwei Jahren richtete der im vergangenen Jahr verstorbene Arzt und Kommunist Moritz Mebel angesichts des rußlandfeindlichen Verhaltens der Bundesregierung zum 8.

Mai 2020 an den damaligen Außenminister Heiko Maas einen Brief, in dem er schrieb: An jenem „75. Jahrestag der Befreiung von der faschistischen Barbarei“ wolle er, der als Soldat der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion „unvorstellbare Grausamkeiten, begangen von unseren deutschen Landsleuten“, gesehen habe, den deutschen Chefdiplomaten daran erinnern: „Wir stehen für alle Zeiten in der Schuld des Landes, das im Zweiten Weltkrieg 27 Millionen Menschen verlor. Das scheint hierzulande weitgehend vergessen. Mehr als das: Die Sowjetunion wird mit Hitlerdeutschland verglichen. Deutsche Panzer stehen im Rahmen der NATO an russischen Grenzen, und die veröffentlichte Meinung schürt antirussische Stimmungen.“

In diesem Jahr werden Gedenkstätten für die Sowjetsoldaten regelmäßig beschmiert, verbieten Niedersachsen und Bremen das Zeigen sowjetischer und russischer Fahnen, werden Manifestationen zum „Tag der Befreiung“ und zum „Tag des Sieges“ in Frage gestellt, wird der Abriß von sowjetischen Mahnmalen offen diskutiert, darf der ukrainische Botschafter in deutschen Konzern- und Staatsmedien fast täglich seiner faschistischen Gesinnung freien Lauf lassen. Nein, sie haben ihre Niederlagen nicht vergessen.

Wir deutschen Kommunisten, Sozialisten und linken Demokraten bleiben am 8. und 9. Mai dabei: Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Meinst du, die Russen wollten Krieg?	2
Ruf an das Gewissen	3
Wegweiser in Zeiten des Krieges	6-8
Für die USA wird der Krieg nie enden	8-10
Antirussische Kriegshetze in katholischem Gewand	11,12
Völker brauchen Frieden	13-15
Nationalismus in der Ukraine	16
Minsker Abkommen	17,18
Sanktionen gegen Rußland	19,20
Friedenspolitische Herausforderungen	22,23
Aufgaben der Friedensbewegung	24
Klassenkampf in Lateinamerika	25,26
Falklandkrieg	26,27
Gründe für die Inflation	29,30
Rapallo-Vertrag	31
Sieg der Oktoberrevolution (WWA)	33,34
Thälmann-Denkmal in Berlin	35

Meinst du, die Russen wollten Krieg?

Wann immer es nach einer Straftat zu einem Ermittlungsverfahren kommt, wird der mutmaßliche Täter in die Mangel des Räderwerks der Justizbehörden gelangen. Erst wenn ein Urteilsspruch gefällt wurde, darf das Wort „mutmaßlich“ aus den entsprechenden Akten entfernt werden. In der Politik herrschen andere Gesetze. Hier dominiert das gesinnungsgleiche Zusammenspiel von *Vorverurteilung* und *Verurteilung*. Beide Kategorien sind fast schon austauschbar. Der vernichtungswütige Haß des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion wurde vom Adenauer-Staat demokratisch eingehegt, „kultiviert“ und zur Staatsräson erhoben. Er verlor nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vorübergehend seine hegemoniale Wirksamkeit, weil sich Boris Jelzin der neokolonialen Kontrolle unterworfen hatte. Als Wladimir Putin begann, diese abzuschüteln, wurde der eingelagerte antirussische Haß gegen den aus dem antifaschistischen Krieg hervorgegangenen Sieger neu entfacht.

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ Das ist der Titel eines Gedichts von Jewgeni Jewtuschenko (*Wortlaut deutsch und russisch im RF 203, S. 3*). Es entstand im Kontext der angespannten Zeit des Kalten Kriegs im Vorfeld der Kubakrise. Jewtuschenko reagierte damit auf die antisowjetische Hetze, die er auf seiner Reise durch Westeuropa und in den USA erlebt hatte. Das Gedicht wurde im Westen nur ungern zur Kenntnis genommen, weil es keinen Anlaß gab, die Frage mit ja zu beantworten. Nun wird dieses Gedicht mit Häme zitiert, weil, so die „Berliner Zeitung“, die Frage „von Putin praktisch beantwortet wurde“. Demnach hat das Attentat in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo auch den ersten Weltkrieg ausgelöst. So makaber es klingt: der Wertewesten jubelt! Er ist bei sich selbst gelandet. Er hat den Krieg, den er selbst herbeigeseht hat. Und er läßt, man kann es nicht anders sagen, „die Sau raus“ („Bild“: „Elende Barbaren: Putins Soldaten morden, vergewaltigen und foltern“). Hat der Krieg in der Ukraine die Menschen, vor allem auch diejenigen, die ihre Ansichten in Kommentarspalten der Medien veröffentlichten dürfen, um den Verstand gebracht? Maritta Tkalic schrieb unter der Überschrift „Runter vom Gas“ („Berliner Zeitung“, 28. März): „Putin und seine Helfer haben die Vorstellung zerschlagen, sie könnten Partner sein. Das gemeinsame Haus Europa liegt verschüttet unter den Trümmern Mariupols.“ Was unter den Trümmern begraben liegt, muß ja wohl vorher existiert haben. Aber weder der in seiner Funktion als Generalsekretär der KPdSU um das gemeinsame Haus Europa werbende Michail Gorbatschow noch Wladimir Putin als Präsident Rußlands, der sich in seinen großen Reden auf der Münchener Sicherheitskonferenz in den Jahren 2001 und 2007 für eben dieses Projekt (allerdings auch mit kritischen Worten gegen

den Alleinvertretungsanspruch des Wertewestens) eingesetzt, fanden Gehör. Im Gegenteil: Putin mußte sich sagen lassen, er bediene die Sprache des Kalten Kriegs (Josef Joffe, in der „Zeit“).

„Wir sind gescheitert mit dem Ansatz, Rußland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.“ Dieser in Selbstkritik eingekleidete, aber in unüberhörbar selbstgerechtem Ton geäußerte Satz stammt von jemandem, der den Maidan-Putsch in seiner Funktion als deutscher Außenminister begleitet hat und derzeit Präsident dieser Republik ist: von Frank-Walter Steinmeier. Mehr Heuchelei geht nicht!

In einem mit persönlichen Erinnerungen versehenen Beitrag in der „jungen Welt“ (5. April) schrieb Rudi Hechler: „Der Einmarsch in ein anderes Land ist durch nichts zu rechtfertigen. Weder durch den Hinweis auf eigene Sicherheitsinteressen noch durch die Kette völkerrechtswidriger Kriege der NATO. Der Imperialismus aber, das erleben wir in unserem langen Leben zum wiederholten Mal, ist in der Lage, Umstände zu schaffen, die die betroffenen Staaten bei Strafe ihres Untergangs zwingen, Maßnahmen zu ergreifen, die durch nichts zu rechtfertigen sind außer durch den Selbsterhaltungstrieb.“ Und genau um den geht es. Nehmen wir doch noch einmal den berühmten Ausspruch des Militärwissenschaftlers und -ethikers Claus von Clausewitz vor: Er schrieb: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Kleiner Sprung in die Gegenwart: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“ Dieser Satz stammt von Egon Bahr, dem Wegbegleiter Willy Brandts. Fügen wir beide Sätze zusammen oder verschmelzen sie miteinander, dann sehen wir, daß Kriege nicht „ausbrechen“, sondern daß sie interessen geleitet, zielführend (wie es heißt) und von langer Hand vorbereitet wurden und werden. Als der US-Imperialismus anfang, sich um seine wankende Hegemonie Sorgen zu machen, war er zu allem bereit – Kriege inklusive, letztere mit dem Vorbehalt, daß diese nicht vor seiner Haustür ausgetragen werden dürfen. Kaum jemand hat diesen Prozeß so exakt untersucht wie der italienische Philosoph und Marxist Domenico Losurdo, der analysierte, wie die imperiale Führungsmacht von geopolitischem und militärischem Aktionismus getrieben wird. Losurdo: „Man muß sich beeilen, ehe es zu spät ist, um für Jahrzehnte den Vorsprung zu konsolidieren und zu stabilisieren, den weiterhin die Erste kapitalistisch-imperialistische Welt und vor allem jene Nation genießt, die sich als von Gott ‚erwählt‘ und als einzig ‚unverzichtbar‘ betrachtet.“ Die diversen lokalen Kriege, die als unterschiedlich eingefärbte ‚Farbenrevolutionen‘ verkleideten Staatsstrieche, die gegen das eine oder andere Land in Gang gesetzten Destabilisierungsversuche, die gravierenden Initiativen militärischer, politischer

bis hin zu ökonomischer Strategie – all diese Prozesse und Spielzüge enthüllen, trotz ihrer extremen Unterschiedlichkeit, einem genaueren Blick ein gemeinsames Merkmal: die Absicht nämlich, Rußland und vor allem China in immer größere Schwierigkeiten zu bringen.“ (Domenico Losurdo: Wenn die Linke fehlt, Papyrossa, 2017). Die Zurückhaltung dieser Sätze ist der Tatsache geschuldet, daß sie in der italienischen Ausgabe „La sinistra assente“ stehen, die bereits 2014 (im Jahr des Putschs, der mit dem Namen Maidan verbunden ist) erschienen sind.

Die Genugtuung, die der Westen über die von ihm gewünschte Interpretation des Gedichts von Jewtuschenko empfindet, hat gemeinsam mit einer alle Grenzen überschreitenden Rhetorik ein toxisches Gemisch produziert, das bei Bedarf explodieren kann (oder soll?). Weder die Sowjetunion noch Rußland wollten oder wollen seit ihrer Existenz jemals einen Krieg. Es ist die NATO, die den gegenwärtigen Krieg geradezu herbeigeschrieben und -geschrien hat. Der sich in die Länge hinziehende Krieg trägt immer deutlicher die Handschrift der USA, die mit allen propagandistischen Mitteln (Butscha) die Kiewer Regierung bedrängen, die Feindseligkeiten fortzusetzen. Denn die Ukraine ist das wichtigste Kettenglied, den Ring um Rußland zu schließen. Wolodymyr Selenski wurde in diesem Spiel lediglich die Rolle eines Komparsen zugeordnet.

Weil die Sowjetunion schon Ende der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts einem zweiten Hiroshima/Nagasaki eine nicht zu überwindende Schranke gesetzt hat, mußte eine andere Massenvernichtungswaffe gefunden werden. Es ist der gegen die Existenz Rußlands gerichtete Sanktionsfuror, mit dem das Land ökonomisch ruiniert und zerstört werden soll (so Baerbock und Habeck im Schulterschluß mit Joseph Biden). Man stelle sich vor, die Sowjetunion hätte sich im Juni 1941 auf den drohenden Überfall der deutschen Wehrmacht nicht bis zur Selbstverleugnung nahezu passiv verhalten, dann würde heute in vielen Geschichtsbüchern stehen, daß Stalin den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hätte. Diese Sichtweise bleibt vorläufig nur dem ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk vorbehalten, allerdings mit der Einschränkung, daß auch Hitler beteiligt gewesen sei und Arm in Arm mit Stalin den Krieg begonnen habe.

Zwischen der Ablehnung, einen Krieg zu rechtfertigen, und dem Versuch, diesen zu erklären, paßt keine Papierseite. Wer sich nicht in die mediale Einheitsfront einreihen will, hat derzeit einen schweren Stand. Aber die Worte des dänischen Schriftstellers Martin Andersen Nexö gelten auch für uns: „Wer ehrliche Ladung führt und seinen Kurs kennt, braucht nicht mit gelöschten Lichtern zu segeln.“

Ein Ruf an das Gewissen

Der „Brief der Veteranen und Kinder des Großen Vaterländischen Krieges“, den sie an die Regierung und das deutsche Volk gerichtet haben, wird hierzulande nicht verbreitet. Ich bin Kind deutscher Emigranten, geboren in Moskau. Ich bin ein Kind des Krieges – des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. (Diesen Status haben in Rußland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken Menschen, die zwischen 1927 und 1945 geboren wurden und den Krieg überlebt haben.)

Meine Eltern waren Kommunisten und Antifaschisten. Mein Vater mußte sich als kommunistischer Abgeordneter in Berlin-Kreuzberg bereits im Januar 1933 vor der polizeilichen Fahndung verstecken. Meine damals achtjährige Schwester erlebte die Brutalität der Nazis während der Hausdurchsuchungen hautnah. Als Kind nahm ich die ersten Bombenabwürfe auf Moskau und die Reaktionen der Erwachsenen darauf nur zum Teil wahr. Manches kam bei späteren Erzählungen dazu. Enttäuschung und Unglaube, wie es sein kann, daß ausgerechnet das Volk Schillers, Goethes, Heines, Beethovens dies tat, war in ihre Gesichter geschrieben. Und wie konnten die revolutionären deutschen Arbeiter das zulassen? Hinzu kam natürlich Panik, viele Moskauer verließen fluchtartig die Stadt. Wir deutschen Emigranten wurden evakuiert, über Gurjew, Astrachan, in verschiedenen Verwundeten- bzw. Militärtransporten, bis nach Taschkent, Usbekistan. Man kümmerte sich um uns, vor allem um meinen querschnittsgelähmten Vater. Ohne Hilfe hätten wir es nicht geschafft. Einem der begleitenden sowjetischen Offiziere versprach ich: Wenn ich groß bin, dann kämpfe ich auch gegen Hitler!

Bis heute stoße ich auf breites Unwissen über das Leben im sowjetischen Hinterland während des Krieges. Jeder einzelne Sieg war mit unsagbar vielen persönlichen Opfern in der gesamten Sowjetunion verbunden. Der Krieg reichte bis in den kleinsten Aul Kirgistan hinein, wie es Tschingis Aitmatow in „Djamila“ beschrieb. Die Sowjetmensen teilten mit uns das Wenige, das sie zum Leben hatten. Wir lebten in Taschkent zunächst zu viert in einem Schuppen auf dem Hof, anschließend waren wir in einem sechs Quadratmeter kleinen Raum im Haus untergebracht.

Während der Zeit in unserer Kommunalwohnung in der Ujesdnajastraße 26 in Taschkent halfen uns die Armenierin Anja, die meinem an Krämpfen leidenden Vater notwendige Spritzen verabreichte; der Ukrainer Onkel Fedja, der bei Erdbeben meinen Vater auf seinen Armen aus dem Haus in den Hof trug; seine russische Frau, Tante Dusja, die sich um Besorgungen kümmerte.

Ich wuchs wie ein sowjetischer Kriegsjunge auf, litt darunter, wenn man mich als Deutschen bei Kinderkriegsspielen den „Fritzen“ darstellen lassen wollte. Ich habe mich dann als „Partisan“ durchgesetzt.

Gleich nach der Einschulung bekam ich die Ruhr. Es war während, wie sich unsere Lehrerin Lydia Wassiljewna um mich als deutschem Jungen kümmerte, uns besuchte. Unsere Schule erhielt den Namen des gefallenen usbekischen

Helden der Sowjetunion, General Sabir Rachimow. An dessen Beisetzung kann ich mich gut erinnern. Es ist das Menschliche, das über alle nationalen und ethnischen Unterschiede hinausgehende Miteinander, das ich bis heute tief in mir bewahre. Natürlich gab es nicht nur positive, sondern auch manch negative Eindrücke, die mich sehr sensibel gemacht haben. Diese Sensibilität blieb mir, vor allem nachdem ich durch die Rückkehr meiner Eltern nach Deutschland kam.

Hier mußte ich mir viel anhören: wie man gelitten und auch viel durchgemacht habe, daß man ja nichts gewußt habe und nur die Nazis schuld gewesen seien. Kein Reflektieren über die Ursachen, die eigene Verantwortung oder gar Schlußfolgerungen für die Zukunft. Gegenwärtig durchzieht unser Land das Gift der Russophobie, des unbeherrschten Hasses. Die Medien sind eine aktive Waffengattung im ideologischen Krieg der Manipulation der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit den Politikern schüren sie diese feindliche Stimmung auf verantwortungslose Weise.

Der Brief der Kriegsveteranen, den kaum jemand hier kennt, enthält einige sehr wichtige Aussagen. Im Vorspann zum Brief heißt es an alle Deutschen gerichtet: „Heute, da die deutsche Regierung beschlossen hat, tödliche Waffen an die Ukraine zu liefern, hat sich die Welt verändert – die Umrisse eines neuen Weltkrieges sind mehr als deutlich sichtbar. Und wieder einmal ist es Deutschland! Aber es gibt ehrliche Menschen in Deutschland, Antifaschisten, und wir hoffen, daß diese Botschaft bei Ihnen ankommt.“

Im Brief verweist man darauf, daß man verziehen hat. So war es bis 2014. Man blickte hoffnungsvoll nach Deutschland! Man zeigte sich davon überzeugt, daß die Deutschen angesichts der neuen Naziaufmärsche „unser Verbündeten bei der Verhinderung solch Abscheulichkeit“ werden! Und weiter „Wir hofften, daß sich die Deutschen – von einem elementaren Gewissen geleitet – nicht an dem offenen faschistischen Staatsstreich in der Ukraine beteiligen würden. Aber wir haben uns getäuscht. Uns Veteranen dieses Krieges, seiner Kinder, wühlt die Rolle der Deutschen auf.“ Der Brief macht deutlich, daß es im Wesentlichen um die Vorbereitung auf den III. Weltkrieg geht, und „wieder einmal um die Deutschen, um Deutschland“. Dazu wird als Begründung etwas angeführt, an dem niemand vorbeigehen sollte: „Von der hohen deutschen Tribüne in Berlin hören wir heute: ‚Rußland wird einen hohen Preis zahlen!‘“

Die Veteranen erinnern an die Geschichte: „Wir haben mit 27 Millionen Menschenleben bezahlt. Genügt das Ihnen nicht? Über welchen Preis reden Sie noch?“ Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, ihre willfährige Einbindung in den von den USA diktierten NATO-Kurs, das Fordern und Durchsetzen von völkerrechtswidrigen Sanktionen, der Weg zum Abbruch jeglicher, auch zivilgesellschaftlicher Beziehungen sind keine Schritte zur Deeskalation, sondern dienen einer weiteren Zuspitzung der Spannungen. Wir haben es mit einer von den USA und ihren NATO-Verbündeten lange

vorbereiteten militärischen Konfrontation mit Rußland zu tun. Wobei die USA selbst einem großen Krieg mit Rußland aus dem Weg zu gehen bemüht scheinen. Vielmehr setzen sie, wie oft in der Geschichte, auf Stellvertreterkriege, tausende Kilometer von ihren eigenen Grenzen entfernt. Deshalb wurde die Ukraine als unmittelbarer Auslöser und das Kiewer Regime als Anti-Rußland-Staat bewaffnet und ins Feld geführt.

Die Hochrüstung, der Bruch des 2+4-Vertrags, die Stationierung neuer Truppen immer näher an Rußlands Grenzen, die vorgesehene Stationierung von NATO-Truppen auf dem Territorium der ehemaligen DDR sowie der Wirtschafts- und Informationskrieg sind die entscheidenden Schritte der NATO-Strategie als transatlantische Militärmacht. Von „strategischer Autonomie“ der EU ist nichts übriggeblieben. Vielmehr sind inzwischen die EU und damit auch Deutschland fest in das Bündnis mit den USA eingebunden. Die dabei zu realisierenden Schritte sind den laufend aktualisierten Truppenstationierungsplänen zu entnehmen. Bundeskanzler Olaf Scholz ist seit Januar 2022 in die Pläne einer bewaffneten Konfrontation gegen Rußland nicht nur eingeweiht, sondern involviert.

Die Tendenz zur Geschichtsfälschung, das Verharren in pauschal antirussischen Denkmotellen im Stil der 30er sowie der bundesrepublikanischen 50er Jahre, die schleichende Revision der Ergebnisse des II. Weltkrieges und der Rolle der Sowjetunion, die Ablehnung eines offiziellen Feiertags – des Tags der Befreiung – diese und viele anderen Schritte führten zur heutigen geradezu haßerfüllten Russophobie. All dies wird zum 8. und 9. Mai voll zum Tragen kommen, die Medien werden dafür sorgen.

Mein Gewissen, mein Herz und mein Verstand wehren sich mit aller Kraft gegen diese, nahezu barbarische, primitive, geschichtsvergessene und konfrontationsversessene Haltung. Mögen viele meiner deutschen Mitbürger nachdenklich werden.

Bruno Mahlow
Berlin

Mahnung

O, wann begreifst du, Mensch, um was es geht,
schon plant das Kapital ein neues Völkermorden.
Wach auf, die NATO steht!

In Ketten, die trüben den freien Blick –
auch dein Kind braucht des Friedens Licht.

Wie eine Front, so stark muß deine Kraft
sich gegen Krieg erheben!

Willst du ein drittes Mal erleben,
daß Blut die Erde tränkt?

Hör auf die Stimme, die euch mahnt
und kämpf mit uns für einen Friedensstaat.

Georg Brozek
Berlin 1958

Kriegsbereitschaft ist wieder gefragt

Ich bin gerade Rentner geworden und hatte mir eigentlich vorgestellt, die lohnarbeitsreduzierte Zeit (Arbeitsrentner wie ich sind gezwungen, so lange sie physisch und psychisch können, zu arbeiten, um über die Runden zu kommen) möglichst viele Jahre auszukosten. Jetzt sieht es so aus, daß nicht nur *mein* Dasein auf dieser Erde abrupt verkürzt werden könnte. Nie hätte ich gedacht, daß in meinem eigenen Leben noch einmal Zeiten anbrechen würden wie die, die mir in der Kindheit meine Großeltern als vermeintlich ein- für allemal überwunden beschrieben: Gleichschaltung der öffentlichen Meinung, Verbot abweichender Standpunkte und Medien, Haß und Hetze gegen ein ganzes Volk (und zwar genau dasselbe, das auch ab 1933 schon als der unbedingte zu besiegende böse Feind galt), KRIEG gegen Rußland, auch wenn dieser NATO-seitig bisher durch einen Stellvertreter, das ukro-faschistische Regime, ausgefochten wird.

Ich erinnere mich, wie mein Großvater (Antifaschist, Gestapo-Häftling, anschließend ins Strafbataillon 999 gesteckt) mir von seinen Erlebnissen als junger Mann in den 30er Jahren erzählte: „Wir hatten als Nazi-Gegner keinen leichten Stand. Die Leute waren ja mehrheitlich auf Seiten der Regierung und zufrieden, daß es wieder Arbeit und Brot gab. Die wollten ihre Ruhe und wollten nichts wissen von dem Gestapo-Terror, den Judenverfolgungen, der Ausschaltung der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die wußten schon, daß es KZs gab und daß jede Opposition verfolgt wurde, aber wir waren in deren Augen selber schuld, weil wir gegen den Nazi-Staat kämpften.“

Der neue „demokratische“ Faschismus hat keine SA-Horden nötig (auch wenn die Übergriffe gegen russische Menschen und Einrichtungen daran erinnern), keine staatliche Kontrolle von Presse und elektronischen Medien (die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung besorgen die Massenmedien ganz von alleine).

Aufrüstung, Kriegshetze und Kriegsvorbereitung ist allerdings dieselbe wie zu Zeiten, als das deutsche Volk für Führer und Vaterland den Lebensraum im Osten erobern sollte. Es ist, als ob die Phase vergleichsweise Ruhe und Prosperität (etwa zwischen 1950 und 2015) nur die Verschnaufpause vor dem nächsten Anlauf zur Erledigung einer alten Abrechnung gewesen war: der Abrechnung mit der russischen Unverschämtheit, überhaupt als Staat und Macht existieren zu wollen, die eigene Interessen der imperialistischen Konkurrenz anmeldet.

Noch wird dieser Krieg von den ukrainischen Stellvertretern ausgefochten, doch der Beschluß der Bundesregierung vom 15. April, einen Gesamtbetrag von zwei Milliarden Euro locker zu machen, damit die Ukraine schwerstes Kriegsgerät erwerben kann, bereitet den Weg zur direkten Kriegsbeteiligung Deutschlands in der Ukraine:

Ich kann mir vorstellen, daß der jetzige Kriegszustand in absehbarer Zeit dazu führen wird, daß Leute mit abweichenden Standpunkten nicht nur verbal aus der „Volksgemeinschaft“ ausgestoßen werden. Die mentale Grundlage dafür wird gerade geschaffen: durch die ungezügelt und maßlose Hetze gegen alles, was irgendwie russisch ist oder zu sein scheint.

Für mich am Gruseligsten und Unheimlichsten sind die schier wahnwitzigen Lügen, die mörderische Gewaltbereitschaft (die sich in den Waffenlieferungen an das Kiewer Regime ausdrückt) und der irrationale Haß gegen *den Feind*, den der Chor der Leitmedien anstimmt und immer lauter intoniert. So müssen sich mein Großvater und seine Genossen gefühlt haben angesichts der Übermacht der offiziellen Propaganda der damaligen Regierung. Ist die aberwitzige Russophobie, die wir jetzt erleben müssen, Ausdruck der Wut NATOstans über den eigenen Macht- und Kontrollverlust? Man möchte es hoffen.

In Finnland beschlagnahmt die dortige Regierung eine Sendung von Kunstwerken, die russische Museen und Galerien (Galerie Tretjakow, Moskau und die St. Petersburger Eremitage), Museen in Europa und Japan *ausgeliehen* haben. In kapitalistischen Begriffen und Summen gemessen handelt es sich um Kunstwerke im Wert von ca. 46 Mio. Dollar. Wie verzweifelt müssen die Machthaber in NATOstan sein, daß sie kulturelle Schätze wie diese Kunstwerke konfiszieren, statt sie den russischen Museen vereinbarungsgemäß zurückzugeben?

Die britische Nationalgalerie benennt das Gemälde „Russische Tänzer“ von Edgar Degas um in „Ukrainische Tänzer“. Kann man noch tiefer sinken? Kann man intellektuell und zivilisatorisch noch schlimmer verwahrlosen? Ein 120 Jahre altes Gemälde eines französischen Impressionisten wird instrumentalisiert für den Krieg gegen Rußland, als Treibmittel der Russophobie auch der kulturellen Elite eines Westens, der sich etwas einbildet auf seine „Werte“?

„Mene mene tekel upharsin“ schrieb die Flammenschrift an die Wand im Palast des Bel-sazar. Inhaltlich bedeuten die Worte etwa „Deine Herrschaft geht zu Ende; du wurdest gewogen und für zu leicht befunden“. Ich sehe ähnliche Zeichen an den Wänden der westlichen Hybris. Bevor die Herrschaft dieser desaströsen „Zivilisation“ abtritt, zieht sie jedoch alle Register eines untergehenden Systems und läßt in ihrem letzten Selbstbehauptungsversuch alle Hüllen demokratischer Freundlichkeit fallen.

Davor habe ich Angst, und andererseits auch nicht; zum einen, weil ich mein Leben gelebt habe. Zum anderen, weil ich gegen alle Hoffnung darauf vertraue, daß ...

... denkt euch's aus.

Kay Strathus
Düsseldorf

WER ÄNDERUNG MÖCHTE, IST KEIN DEMOKRAT

Gutes und Böses verändern die Welt,
Die Bösen sogar den Obstgarten Eden.
Gekämpft wird um Bodenschätze und Geld.
Auf Teufel komm raus wird schamlos verprellt,
Wer wagt, darüber ein Wörtchen zu reden.

Getäuschte Köpfe, verwirrte Leute,
Wie vorgestern, gestern, so leider noch heute.
Das Übel hat Ursach, der Grund heißt System.
Warum sie es mögen? Es lebt sich bequem
Auf Kosten der Schwachen in arbitrarer Welt:
Sie schufteten für nichts und verlieren ihr Feld.

American Way, American Duty!
Der Traum von Reichtum und sorglosem Leben.
Catch as Catch Can und American Beauty,
Möglichst so schön wie einst Ornella Muti.
Nehmen ist Pflicht, erst zuletzt: bißchen Geben.

Noch immer spielt Washington Weltpolizist,
Europa und NATO, streng akkurat,
Helfen, damit alles bleibt wie es ist.
Amerika liebt zwar geschäftlichen Zwist,
Doch wer Änderung möchte, ist kein Demokrat.

Ein Nachsatz noch für Bundeswehr-Nutzer:
Armeen sind die größten Umweltverschmutzer!

Lutz Jahoda



ICH WAR SIEBEN

Ich war sieben,
als die deutsche Wehrmacht
die Sowjetunion überfiel.
„Nationalsozialismus“
Was ist das?
ICH WUSSTE ES NICHT.

Krieg kannte ich schon.
Evakuierung. Flüchtling mit fünf.
Schulbücher lehrten mich rechnen,
wieviel zehn Behinderte kosten.
„Taubstümme“ Zwillinge
lautlos verschwunden. Wohin?
ICH WUSSTE ES NICHT.

Die weißen Kindersärge
vergesse ich nie.
Ich singe Lieder, verstehe sie nicht.
Großmutter verbietet sie mir.
„Juden“ – was ist das?
ICH WUSSTE ES NICHT.

Der Hitler-Gruß –
„Unsre Fahne ist die neue Zeit“.
Was für eine?
ICH WUSSTE ES NICHT.

„Unsre Fahne ist mehr als der Tod.“
Der Tod? Jetzt bin ich zehn.
Bomben fallen, anglo-amerikanische.
Die Russen bomben nicht.
Auf dem Schulhof Stacheldraht:
Sowjetische Gefangene,
„Feinde“, „Untermenschen“.
Was ist das?
ICH WUSSTE ES NICHT.

Ich sehe MENSCHEN.
Sie hungern. Ich hungere nicht.
Der goldene Ehering für ein Stück Brot.
Für mich eine holzgeschnitzte Schlange.
Sie hat den Krieg überlebt.
Auch der sie geschnitzt hat?
ICH WEISS ES NICHT.

Ich lebe, eine vom Volk der Täter.
Jetzt bin ich siebenundachtzig.
Ich weiß, wie Kriege entstehen.
Ich bin befreit
von Faschismus und Krieg.
Ich will kämpfen
für eine sozialistische, eine friedliche Welt.
EWIGER RUHM DEN SOWJETISCHEN
HELDEN!

Ihnen widme ich dieses Gedicht.

Eva Ruppert
22. Juni 2021

Die Befreiungstat der Roten Armee ist nicht vergessen!

Wenn Faschismus und Russenhaß aufleben, die Geister aus der Flasche gelassen werden und ihre Kriegs- und Eroberungsträume gen Osten ausleben, müssen wir die Stimme erheben und der Befreiungstat durch die Rote Armee gedenken.

erbracht: Sie kann Frieden zu Staatspolitik erheben, Frieden als Wert garantieren und schützen.

Krieg erwächst aus den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft, wie es heute grauenvolle Realität ist. Imperialistische Herr-



Berlin, Mai 1945: Über dem Reichstag weht die Fahne der Sowjetunion.

Ob Sowjetunion oder Rußland – es ändert nichts daran, daß die Völker der Sowjetunion, das russische und das ukrainische eingeschlossen, sich mit ihren Millionen Opfern, ihren Heldentaten und dem Kampf gegen den Faschismus für immer in das Buch der Geschichte eingetragen haben.

Wir kannten sie noch als Brudervölker. Warum sind sie es heute nicht mehr? Wir wissen, die Völker sind sich nicht Feind. Sie werden dazu gemacht, um für die Interessen der Herrschenden auf den Schlachtfeldern zu verbluten. Unsere sozialistische Ordnung hat den Beweis

scher und Räuber drohen die Welt zu vernichten in ihrem Kampf um die Neuordnung der Welt. Mit meiner Generation schätze ich mich glücklich, vier Jahrzehnte in der DDR in einem Friedensstaat gelebt zu haben.

Was uns in der DDR und der Sowjetunion ein verinnerlichter Wert war, muß in diesen Tagen laut und deutlich gesagt werden: Die Befreiung vom Faschismus ist und bleibt eine historische Leistung der Roten Armee und des ganzen Sowjetvolkes, die wir niemals vergessen werden!

Roland Winkler
Aue

Der Feind steht im eigenen Land

Wir protestieren energisch gegen die Schändung des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow, das den Helden der Roten Armee, in der auch ukrainische Soldaten kämpften, gewidmet ist. In der Nacht zum 7. April wurde es mit Haßsprüchen wie „Death to all Russians“ – „Tod allen Russen“ – mit dem „Z“-Symbol der russischen Streitkräfte sowie Hakenkreuzen besprüht.

Medien aller Couleur sind angetreten, die „Heimatfront“ in Goebbellsscher Manier auf Haß und Vernichtung alles Russischen zu trimmen. Wir bekennen, daß wir keinen Krieg und keinen Faschismus wollen,

weder hierzulande noch anderswo. Wer jetzt nicht aufsteht und fragt, in wessen Interesse geschändet wird, wird eines Tages Blumen an die Gewehre unserer Kinder und Enkel stecken, wenn es wieder gen Osten oder in andere „Interessensgebiete“ im Namen des Kapitals geht.

Des Volkes vorherrschende Meinung „Dagegen kann ich doch nichts tun!“ gewährt den Regierenden freie Fahrt bis zur kollektiven Kriegszustimmung. Nennen wir die Faschisten beim Namen. Der Feind steht im eigenen Land!

Wolfgang und Cornelia Noack
Eisenhüttenstadt

Wegweiser in Zeiten des Krieges

Politisch, wirtschaftlich, kulturell (...) werden die Beziehungen von USA und EU zu Rußland gekappt. (...) Russische Sender werden abgeschaltet. Eine deutsch-russische Schule in Berlin wird mit einem Brandsatz beworfen. Ein Schüler wird aufgefordert, darüber nachzudenken, ob es noch angemessen sei, daß er ein T-Shirt mit der Aufschrift „St.Petersburg“ trägt. Eine Klinik in München erklärt, keine russischen Patienten mehr behandeln zu wollen. In Mailand wird ein Hochschulseminar über den russischen Schriftsteller Fjodor Dostojewski vom Lehrplan abgesetzt. Hochschulen, Sportvereine, Museen werden gedrängt, ihre Kontakte zur russischen Seite zu „überprüfen“. Das Deutsch-Russische Museum in Berlin – errichtet zum Gedenken an die 27 Millionen russischen Opfer des Zweiten Weltkriegs – hängt die russische Fahne ab und streicht den Schriftzug „Deutsch-Russisch“ durch.

du weißt.“ Das bedeutet, daß man sich vorbereiten muß, wenn man berichten will. Das gilt vor allem für Kriege, Krisen und Konflikte, die aus vielen Ebenen und komplizierten Zusammenhängen entstehen. Darüber muß man sich im Vorfeld kundig machen, muß sich über die Geschichte, die Akteure informieren. Nur dann kann man wirklich sehen, im Sinne von verstehen, was geschieht, und gut darüber berichten. Was wissen wir also über die Ukraine? Was ist die Geschichte dieses Landes, was ist zwischen Rußland und dem US-geführten westlichen Block dort in der Ukraine geschehen? Was für Interessen haben dort – vereinfacht gesagt – Ost und West? Seit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes 1991 forderte Moskau Sicherheitsgarantien und daß die NATO sich nicht nach Osten ausweiten solle. Ebenso lange hat die NATO sich den Forderungen

Nach dem Maidan-Putsch 2014 – im Westen spricht man von einer „Revolution“ – übernahm Rußland – wieder – die Kontrolle auf der Krim. Völkerrechtlich wurde es vom Westen als Annexion eingestuft. Ton und Aktion zwischen NATO und Rußland verschärfte sich. Die NATO begann, ukrainische Truppen zu trainieren und Waffen zu bunkern. Russische Medien wurden als „Desinformationskanäle“ verfolgt und für genauso gefährlich für die „westlichen Demokratien“ eingestuft, wie die Medien des „Islamischen Staates im Irak und in der Levante“ (IS). In dieser Zeit geschah auch etwas, was wir in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern nicht wirklich wahrnahmen: Die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO wurde immer enger und schließlich so eng, daß man heute – jenseits des EU-Parlaments – NATO und EU kaum noch unterscheiden kann. Die Chefs beider Organisationen, Ursula von der Leyen und Jens Stoltenberg, treten zunehmend im Doppelpack auf Veranstaltungen der jeweils anderen Organisation auf, und ihre Erklärungen sind sehr ähnlich.

Die Weigerung des Westens

Für das Jahr 2022 sind zehn NATO-Manöver entlang der russischen Grenze zwischen Ostsee und Schwarzem Meer geplant, an denen sich auch die Ukraine beteiligen sollte und wollte. Soldaten und Kriegsmaterial waren schon zu den großen Manövern „Defender 2020“ und „Defender 2021“ in den Osten transportiert worden. Als Reaktion darauf begann Moskau Ende 2021 ein großes Manöver entlang seiner Außengrenzen. Die USA warnten vor einem russischen Einmarsch in die Ukraine, doch niemand kam den politischen Forderungen Moskaus entgegen, eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa zu schaffen. Konkrete Pläne, die Moskau vorlegte, wurden vom Westen abgelehnt. Das Maß war voll, Moskau war nicht länger bereit, sich zu unterwerfen und demütigen zu lassen. Am 24. Februar marschierten die russischen Truppen in die Ukraine ein. Der westliche Block im UN-Sicherheitsrat verurteilte Rußland und nannte Putin den Aggressor. Die UNO-Vollversammlung teilte mit einer Resolution „Verurteilung der Aggression in der Ukraine“ mehrheitlich diese Ansicht. Die russische Sicht der Entwicklung wurde von Anfang an so sehr denunziert, daß sie in der europäischen, vor allem bei der deutschsprachigen Öffentlichkeit kaum vorkommt. Das liegt auch daran, daß russische Medien wie RT Deutsch oder Sputnik News in Deutschland und Europa abgeschaltet wurden. (...) Die Ukraine, das Herzstück Europas, umstritten seit Generationen, hätte für Ost und West von Vorteil sein können, hätte man dem Land Neutralität zugebilligt. Doch die US-Außenpolitik orientiert sich weiter an Zbigniew Brzezinski, der sagte, daß die Ukraine niemals Partner von Rußland sein solle. Heute ist die Ukraine Synonym für Krieg. Es ist der Beginn eines weiteren, größeren Krieges, in dem es um eine neue Weltordnung gehen



Ostermarsch 2022

Die westliche Welt spricht von „Putins Krieg“ und einem „russischen Überfall“. Moskau, das seinen Truppen den Marschbefehl in die Ukraine gegeben hat, spricht von einer „Spezialoperation“. Wer die Geschichte der letzten 30 Jahre verfolgt hat, weiß, daß es um mehr als die Ukraine geht. Es geht darum, ob der westliche US-geführte Block aus NATO, EU und Partnern andere geopolitische Zentren auf der Erde respektiert oder ob dieser „westliche Block“ sich dem US-Plan unterwirft, als „einzige Weltmacht“ über die Erde zu herrschen. Dieser Anspruch wird seit Jahrzehnten in anderen Teilen der Erde mit Kriegen und Krisen, mit Interventionen, militärisch und mit „soft power“, mit Besatzung, Angriffen, Wirtschaftssanktionen und anderen Mitteln durchgesetzt. Nun ist dieser Krieg in Europa angekommen und richtet sich gegen die Russische Föderation. Die marschierte am 24. Februar in die Ukraine ein, um das Land zu entmilitarisieren und die nazistischen Kräfte in Militär und Politik zu vertreiben.

Du siehst nur, was du weißt

Ein Fotografenkollege sagte einmal zu mir, sein Arbeitsmotto sei: „Du siehst nur, was

verweigert und rückte immer näher an die Grenzen Rußlands heran. Ein Land nach dem anderen entlang der Grenze zu Rußland wurde gelockt, sich wahlweise EU oder NATO anzuschließen. Westliche Medien berichteten zumeist in westlicher Lesart über die Entwicklung. Danach konnten es die osteuropäischen Staaten – die ehemals zum Warschauer Pakt gehörten und heute alle Angst vor Rußland haben – es gar nicht abwarten, den westlichen Bündnissen beizutreten. Schließlich hatten alle Angst vor Rußland und wollten doch nur Freiheit und Demokratie, die von EU und NATO verteidigt würden. Heute stehen NATO-Truppen überall dort, wo sie, aus Sicht Rußlands, nicht sein sollten. Seit 1999 ist die NATO in Polen, Tschechien und Ungarn. Seit 2004 in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien. 2009 kamen Albanien und Kroatien hinzu, 2017 folgte Montenegro und 2020 Nordmazedonien. Die Ukraine und Georgien sollten die nächsten neuen NATO-Mitglieder werden. Moskau drängte weiter auf ein Sicherheitsabkommen und forderte – wie es bis 2014 auch in der ukrainischen Verfassung stand – die Neutralität der Ukraine.

wird. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte vor wenigen Tagen in Moskau, Rußland sei das „letzte Hindernis“ für den Westen, um China zu unterwerfen.

Die Schock-Strategie

Lange hatte es so ausgesehen, als konzentrierten sich die USA auf die Gegnerschaft mit China und bereiteten sich auf eine mögliche militärische Konfrontation im Südchinesischen Meer vor. Doch die Kriegsstrategen in Washington hatten noch einen anderen Plan, der zunächst weitere Konkurrenten in Krieg verwickelt. Die USA greifen China nicht direkt, sondern über Rußland an und bedienen sich dafür der europäischen Staaten. Washington muß kaum eigene Soldaten einsetzen, verkauft den Europäern US-amerikanische Rüstungsgüter und destabilisiert die konkurrierende europäische Wirtschaft durch einen Wirtschaftskrieg, der sich gegen Rußland und China richten soll, Europa aber massiv schaden wird. Deutschland, das wie kein anderes Land in Europa von der Kooperation mit Rußland profitiert hatte, ist umgefallen. Nicht erst seit dem Fall der Mauer und dem Beginn der Clinton-Administration 1993 hat Washington daran gearbeitet, den eurasischen Kontinent, auf dem Rußland und Deutschland wirtschaftliche und politische Schlüsselfunktionen haben, zu spalten. Man kann darüber spekulieren, ob die „Zeitenwende“ in Deutschland auch unter der Merkel-Regierung möglich gewesen wäre. Tatsache ist, daß es die neue „Ampel-Regierung“ aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten war, mit der die „Zeitenwende“ – orchestriert von massiver anti-russischer Propaganda – vollzogen wurde. Diese Regierung war erst drei Monate im Amt, als sie Deutschland, dessen friedensorientierte Bevölkerung nach Beginn des Krieges in der Ukraine quasi unter Schock stand, um 180 Grad in der Außen- und Friedenspolitik herumrissen. Kein Wort von eigenen politischen Fehlern, die den langjährigen Partner Rußland zu diesem Schritt provoziert hatten. Kein Innehalten, kein Dialog, keine Gespräche, keine Diplomatie.

Die Täuschung

„Bereit, weil ihr es seid“, das war der Wahlanspruch der Grünen mit ihren Spitzenkandidaten Baerbock und Habeck. Der heutige Kanzler Olaf Scholz und die SPD warben mit dem Slogan „Respekt für dich“. Man werde die ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben, um die Welt vor dem Klima-Kollaps zu retten. Mehr soziale Gerechtigkeit und Anerkennung, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft und ein starkes Europa wurden versprochen. Heute wissen wir, diese Politiker haben die Öffentlichkeit mit schönen Worten und Ankündigungen getäuscht. Die neue Regierung ist bereit zum Krieg gegen Rußland, nicht für Freundschaft und Völkerverständigung, nicht für Respekt oder Gerechtigkeit. Ein Trommelfeuer von einseitigen Wirtschaftssanktionen geht auf Rußland nieder, die – weil sie einseitig erfolgen – nicht den Vorgaben der UN-Charta entsprechen. „Waffen, Waffen, Waffen“ für die Ukraine fordert

nicht nur Manfred Weber, christdemokratischer Abgeordneter im Europaparlament. Die Selbstverpflichtung bisheriger Bundesregierungen, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, ist Makulatur. Deutschland schickt Waffen in die Ukraine, Kämpfer, Söldner, auch aus Deutschland, ziehen gleich hinterher. Noch im Juni 2020 legten die Grünen dem Bundestag einen Antrag vor, in dem sie den Abzug der US-Atomraketen aus Büchel in der Eifel und ein Ende der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands forderten. Nun erklärt die Regierung ihren Anspruch auf „nukleare Teilhabe“, obwohl der Bundestag schon vor Jahren das Gegenteil beschlossen hat. Neue Kampfjets werden in den USA bestellt, um die Atombomben auch ins Ziel transportieren zu können. Die deutsche Außenministerin spricht nicht über diplomatische Initiativen, um den Krieg zu beenden. Baerbock will „Rußland ruinieren“ und auch eine neue China-Strategie erarbeiten. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland arbeitet das Außenministerium „federführend“ an einer „Nationalen Sicherheitsstrategie“.

Die EU, die vor zehn Jahren noch den Friedensnobelpreis erhielt, liefert Waffen und nutzt dafür einen Fonds, der sich „EU Peace Facility“ nennt, EU-Friedensfazilität. Eine einfache Möglichkeit, Kredite für den Frieden aufzunehmen, kommt zum ersten Mal zum Einsatz für den Krieg in der Ukraine. Auch die NATO liefert Waffen. Tausende Kämpfer aus NATO-Staaten ziehen als Söldner den Flüchtlingsströmen aus der Ukraine entgegen. In den USA haben sich beim ukrainischen Konsulat schon 20 000 gemeldet. (...)

Wegweiser in Zeiten des Krieges

Wie können wir trotz Kriegsgeschrei im Gespräch bleiben? Wie können wir uns positionieren, um Propaganda, Verwirrung und Feindbildern zu widerstehen? Gibt es Wegweiser in Zeiten des Krieges?

Es ist wichtig, den Konflikt zu verstehen, zu analysieren. Hilfreich ist es, die verschiedenen Ebenen anzusehen: international, regional, lokal. Wichtig ist auch, den Konflikt aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Da es sich um einen internationalen Konflikt zwischen Rußland und dem US-geführten westlichen Block mit NATO und EU handelt, sind sie und ihre jeweiligen Interessen die Akteure auf der internationalen Ebene. Ein weiterer wichtiger Akteur ist China, der sich mit Rußland über die Schanghai Organisation für Kooperation (SCO) hinaus verbündet hat. Regional sind die Interessen und Perspektiven betroffener Staaten, also der Ukraine, Rußlands und von deren Nachbarstaaten und Regionen, zu beachten. Im Norden sind es die baltischen und skandinavischen Staaten und Bündnisse der Ostsee- und Arktisregion. Im Süden sind es die Türkei und die Schwarzmeerregion, einschließlich des Mittelmeeres. Lokal haben wir einen Konflikt in der Ukraine zwischen dem Donbass und Kiew und den Krieg, der im Südosten des Landes seit 2014 herrscht.

Zum Verständnis der unterschiedlichen Interessen und Perspektiven empfiehlt sich die Anwendung der „sieben journalistischen

W-Fragen“. Dabei ist zu beachten, daß diese Fragen immer in mindestens zwei Richtungen gestellt werden müssen:

- Wer (hat etwas getan) – wer hat es unterlassen, etwas zu tun?
- Was (hat er denn getan) – was hat er unterlassen?
- Wo (hat er es getan) – wo sitzen die Akteure?
- Wann (hat er es getan) – Entwicklung der Eskalation?
- Wie (hat er es getan) – militärisch oder anders?
- Warum (hat er es getan) – der Hintergrund beider/aller Akteure?
- Woher (ist die Information) – was sind die Quellen?

Es ist wichtig, die Vorgeschichte des Konflikts politisch, historisch, gesellschaftlich zu erforschen. Dabei geht es auch um die Frage: Wer ist mit wem verbündet, wer ist mit wem verfeindet usw.? Und man wird feststellen, daß Bündnisse und Feindschaften sich auch verändern können, wenn die Interessen der Akteure sich verändern. In Zeiten des Krieges werden allerdings die journalistischen Regeln von Medien meist nicht eingehalten. Medien werden zur Kriegspartei und berichten zumindest in den involvierten Staaten und Bündnissen einseitig und verbreiten Propaganda. Daher empfiehlt es sich, in die Medien anderer Länder und auf anderen Kontinenten zu blicken. Das fördert das Verständnis über deren Blick auf das Geschehen. Und wir lernen etwas über uns und unsere Perspektiven. Der Blick auf die Perspektive anderer ist ein gutes Korrektiv. (...) So können wir Wege finden, um die Isolation und die Ohnmacht angesichts der vorherrschenden Propaganda und Feindseligkeiten zu überwinden.

Den Blick weiten

Da Rußland und der USA/EU/NATO-Block sich auch in anderen Teilen der Welt gegenüberstehen, sollten wir nach Asien, in den Nahen und Mittleren Osten, nach Afrika und Latein- und Südamerika sehen und nachforschen, wie das Geschehen um die Ukraine dort wahrgenommen wird. Auf den anderen Kontinenten haben die Völker Europa und die USA als Kolonialmächte und „Imperien“ kennengelernt. Sie haben die westliche Heerablassung und Arroganz und oft über Jahrhunderte westliche Einmischung erfahren. Eine Einmischung, die Selbstbestimmung und gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung verhinderte, die Ressourcen und Menschen ausbeutete und die Länder instabil und verwüstet hinterließ, um diese Länder dann hochmütig als „failed states“, gescheiterte Staaten, einzustufen und sie in finanzielle Abhängigkeit von internationalen Finanzinstitutionen zu drängen. (...) Aus den anderen Kontinenten klingt vieles anders als in unseren täglichen Nachrichten. Dort regte sich Widerspruch gegen Krieg schon lange vor der Ukraine-Krise, weil dort Krieg und Ressourcenplünderung mehr als genug bekannt sind. Stellvertretend für andere Stimmen in Afrika, dem Mittleren Osten oder Asien möchte ich an das Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ erinnern, in

dem der Journalist und Schriftsteller Eduardo Galeano aus Uruguay schon vor Jahrzehnten die Folgen von 400 Jahren Kolonialherrschaft beschrieb: „*Sie hinterließen uns (...) Gärten, die zu Wüsten wurden, brachliegende Felder, ausgehöhlte Berge, faules Wasser, lange Karawanen von Unglücklichen, die zu einem frühen Tod verurteilt sind, und leere Paläste voller Gespenster. (...) Wir Lateinamerikaner sind arm, weil der Boden, auf dem wir gehen, reich ist.*“ (...)

Der Blick auf uns

„Die Waffen nieder“ – lautet der Titel eines Buches von 1889, das Bertha von Suttner – die Streiterin für Abrüstung und Frieden – europaweit bekannt machte. Wenige Jahre später wurde in Berlin – das man damals „Zitadelle des Militarismus“ nannte – die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) gegründet. Seit mehr als 100 Jahren gibt es in Deutschland und Europa Friedensbewegungen, und doch sind diese Jahrzehnte voller Kriege gewesen. Warum? Warum wurden sie nicht verhindert? Diese Frage ist wichtig, denn „es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen (...) zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, daß unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges mißbraucht werden.“

Diese Worte sind einem Interview entnommen, in dem Albert Einstein über den Frieden spricht. (...) Der Völkerbund hatte Einstein damals aufgefordert – im freien Meinungs-austausch mit einer Person seiner Wahl – ein frei gewähltes Problem zu erörtern. Einstein wandte sich an Sigmund Freud und wählte die Frage, die ihm damals als „die wichtigste Frage der Zivilisation“ erschien: „Gibt es einen Weg, die Menschen von dem Verhängnis des Krieges zu befreien?“

Die Fortschritte der Technik machten dies zu einer Existenzfrage, schrieb Einstein an

Freud. Alle Bemühungen um ihre Lösung seien „in erschreckendem Maße gescheitert“. Einstein stellte sich diese Existenzfrage damals vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges und angesichts des aufstrebenden Faschismus in Europa. Bald nach dem Briefwechsel – der damals übrigens nur in einer Auflage von 2000 Exemplaren verbreitet wurde – begann mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg mit furchtbarer Zerstörung und dem Einsatz von Atombomben in Hiroshima und Nagasaki. Wie kann es sein, daß die europäische Jugend heute weiß, wie man das Klima retten könnte, und doch so gut wie nichts weiß über die Ursachen von Krisen und Kriegen? Warum wurde die Kriegsgefahr in der Ukraine nicht gesehen? Weil wir schlecht informiert waren? Weil wir unseren Nachbarn Rußland nicht ernst nahmen? Weil wir Kriege in anderen Teilen der Welt ignoriert haben? Weil wir meinen, wir seien die Guten mit den richtigen Werten? Ist nicht vielmehr unser Krieg, den der Westen in anderen Ländern mit anderen Akteuren auf verschiedene Weisen ausgetragen hat, um Reichtum, Rohstoffe, Transportwege, Kontrolle zu sichern zu uns zurückgekehrt?

Was soll man tun?

In Zeiten des Krieges wird erwartet, daß man „die Eigenen“ unterstützt, der andere ist der „Aggressor“. Als Deutschland 1914 Rußland den Krieg erklärte, schwor Kaiser Wilhelm II. die Bevölkerung ein mit den Worten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ US-Präsident George W. Bush sagte nach dem 11. September 2001: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ und begann den „Krieg gegen den Terror“, der bis heute anhält. Was aber, wenn man sich bei den „Eigenen“ nicht einreihen will? Weil man – wie die Schriftstellerin Christa Wolf Cassandra sagen läßt – weil man sich „nicht von den Eigenen täuschen“ lassen will? Und was, wenn man sich überhaupt nicht einreihen will? Oder wenn man die andere Seite versteht, die in

den Krieg gezogen ist, obwohl man den Krieg gar nicht will? Eine schwierige Entscheidung ist da zu treffen, die einem niemand abnehmen kann. (...)

Sieh hin und laß dich nicht in die Irre führen. Hinterfrage die Medienberichte, die uns vermitteln wollen, was in der Ukraine geschieht, was Rußland angeblich plant, suche andere Quellen. Sprich mit der Familie, Freunden, Nachbarn und Kollegen darüber, was du über das Geschehen in der Ukraine, aber auch über andere Kriegsschauplätze und Ungerechtigkeiten herausgefunden hast. Weigere dich, Feind zu werden, und halte an der Freundschaft mit Rußland und seiner Bevölkerung fest, für die seit Jahrzehnten gearbeitet wurde. Greif ein, wie die Frachtarbeiter am Flughafen in Pisa. Sie entdeckten, daß in Kisten und Containern, die als humanitäre Fracht für die Ukraine deklariert waren, Waffen transportiert wurden. In Deutschland ist die Lage schwierig, wer sich nicht einreihet, wird denunziert. In der Schweiz haben Sie die Neutralität zu verteidigen. Die werden Sie nur bewahren können, wenn Sie EU und NATO von Ihrem Land fernhalten.

Karin Leukefeld

Die freie Journalistin Karin Leukefeld berichtet seit 2000 aus dem Nahen und Mittleren Osten 2010 wurde sie in Syrien akkreditiert und informiert seither von dort über den Syrien-Konflikt. Seit Beginn des Krieges 2011 pendelt sie zwischen Damaskus, Beirut und anderen Orten in der arabischen Welt und ihrem Wohnort Bonn. In Kürze erscheint von ihr im PapyRossa Verlag Köln „Im Auge des Orkans: Syrien, der Nahe Osten und die Entstehung einer neuen Weltordnung“.

Der Text gibt einen Vortrag wieder, den sie am 19. März 2022 vor einem Leserkreis von Zeit-Fragen in der Schweiz gehalten hat.

Quelle: Zeit-Fragen, Nr. 8, 5.4.22, Zürich

Für die USA wird der Krieg nie enden ...

(...) Es geht immer weiter. Der „Krieg zur Beendigung des Krieges“ von 1914 bis 1918 führte zum Krieg von 1939 bis 1945, bekannt als Zweiter Weltkrieg. Und auch dieser ist nie zu Ende gegangen, vor allem, weil er für Washington der „gute Krieg“ war, der Krieg, der das „amerikanische Jahrhundert“ ausmachte: Warum also nicht das amerikanische Millennium?

Der Konflikt in der Ukraine könnte der Funke sein, der das auslöst, was wir bereits als Dritten Weltkrieg bezeichnen. Aber dies ist kein neuer Krieg. Es ist derselbe alte Krieg, eine Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs, der nicht für alle Beteiligten derselbe Krieg war. Der russische Krieg und der amerikanische Krieg waren sehr, sehr unterschiedlich.

Der Zweite Weltkrieg in Rußland

Für die Russen war der Krieg eine Erfahrung von großem Leid, von Trauer und Zerstörung. Der Überfall der Nazis auf die Sowjetunion war extrem rücksichtslos und wurde von einer rassistischen Ideologie der Verachtung für die Slawen und des Hasses auf die „jüdischen Bolschewiken“ angetrieben. Schätzungsweise 27 Millionen Menschen starben, etwa zwei Drittel davon waren Zivilisten. Trotz überwältigender Verluste und Leiden gelang es der Roten Armee, den Eroberungszug der Nazis, der den größten Teil Europas bereits unterworfen hatte, zu stoppen. Dieser gigantische Kampf zur Vertreibung der deutschen Invasoren ist den Russen als Großer Vaterländischer Krieg bekannt und

nährte einen Nationalstolz, der das Volk über all das, was es durchgemacht hatte, hinwegtrösten sollte. Doch bei allem Stolz auf den Sieg weckten die Schrecken des Krieges auch den echten Wunsch nach Frieden.

Der Zweite Weltkrieg in Amerika

Der Zweite Weltkrieg in Amerika fand (wie der Erste Weltkrieg) *nicht* im eigenen Land statt. Das ist ein sehr großer Unterschied. Der Krieg ermöglichte es den USA, sich zur reichsten und mächtigsten Nation der Welt zu entwickeln. Die US-Amerikaner lernten, niemals Kompromisse einzugehen, weder um einen Krieg zu verhindern („München“), noch um ihn zu beenden (der amerikanische Weg war die „bedingungslose Kapitulation“).

Die angemessene Haltung des Guten in seinem Kampf gegen das Böse war Härte. Die Kriegswirtschaft holte die USA aus der Depression. Der militärische Keynesianismus erwies sich als der Schlüssel zum Wohlstand. Der militärisch-industrielle Komplex war geboren. Um weiterhin Pentagon-Verträge für alle Kongreßabgeordneten und garantierte Gewinne für Wall-Street-Investoren bereitzustellen, brauchte es aber einen neuen Feind. Die Angst vor dem Kommunismus – dieselbe Angst, die zur Entstehung des Faschismus beigetragen hatte – war genau das Richtige.

Der Kalte Krieg: Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs

Kurz gesagt, nach 1945 war für Rußland der Zweite Weltkrieg vorbei. Für die Vereinigten Staaten war er es nicht. Das, was wir den Kalten Krieg nennen, war seine freiwillige Fortsetzung durch die führenden Politiker in Washington. Er wurde durch die Theorie aufrechterhalten, daß Rußlands defensiver „Eiserner Vorhang“ eine militärische Bedrohung für den Rest Europas darstellte. (...) Die Gründung der Nordatlantikpakt-Organisation NATO und die Wiederaufrüstung Deutschlands bestätigten, daß der Krieg in Europa für die USA noch nicht ganz vorbei war. Die bemerkenswert nachlässige „Entnazifizierung“ des von den USA besetzten Teils Deutschlands ging mit einer organisierten Abwanderung von Deutschen einher, die den USA bei der Wiederaufrüstung und Spionage nützlich sein konnten (von Wernher von Braun bis Reinhard Gehlen). Westdeutschland trat 1955 der NATO bei, was zur Bildung des rivalisierenden Warschauer Paktes während des Kalten Krieges führte. (...)

Die neue NATO

(...) Gorbatschow träumte davon, daß „unser gemeinsames europäisches Haus“ eine Art soziale Demokratie leben sollte. In den 90er Jahren verlangte Rußland lediglich, Teil des Westens zu sein.

Was dann geschah, bewies, daß die ganze „kommunistische Angst“, mit der der Kalte Krieg gerechtfertigt wurde, falsch war. Ein Vorwand, ein Schwindel, der dazu diente, den militärischen Keynesianismus und Amerikas Sonderkrieg zur Aufrechterhaltung seiner eigenen wirtschaftlichen und ideologischen Hegemonie aufrechtzuerhalten.

Es gab keine Sowjetunion mehr. Es gab keinen Sowjetkommunismus mehr. Es gab weder einen Sowjetblock noch einen Warschauer Pakt. Die NATO hatte keinen Grund mehr, weiter zu existieren. Doch 1999 feierte die NATO ihr 50jähriges Bestehen, indem sie Jugoslawien bombardierte und sich damit von einem defensiven zu einem aggressiven Militärbündnis wandelte. Jugoslawien war ein bündnisfreier Staat, der weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehörte. Er bedrohte kein anderes Land. Ohne Ermächtigung durch den Sicherheitsrat oder Rechtfertigung als Selbstverteidigung verstieß die NATO-Aggression klar gegen das Völkerrecht.

(...)



Moskau, Roter Platz am 9. Mai 2015: Das „Unsterbliche Regiment“ formiert sich

Putin verstehen – oder nicht

(...) Putin holte Rußland aus der desaströsen wirtschaftlichen Situation heraus, die durch Jelzins Akzeptanz der von den US-Amerikanern konzipierten wirtschaftlichen Schocktherapie entstanden war.

Putin schob den ungeheuerlichsten Abzockereien einen Riegel vor und zog damit den Zorn der enteigneten Oligarchen auf sich, die ihre Schwierigkeiten mit dem Gesetz nun dazu nutzten, den Westen davon zu überzeugen, daß sie Opfer von Verfolgung seien (Beispiel: das lächerliche Magnitsky-Gesetz).

Am 11. Februar 2007 begab sich der russische Westler Putin in ein Zentrum der westlichen Macht, in die Münchner Sicherheitskonferenz, und bat darum, vom Westen verstanden zu werden. Seine Rede ist leicht zu verstehen, wenn man sie denn tatsächlich verstehen will. Putin stellte die von den USA aufgezwungene „unipolare Welt“ in Frage und betonte den Wunsch Rußlands, „mit verantwortungsvollen und unabhängigen Partnern zusammenzuarbeiten, mit denen wir gemeinsam eine gerechte und demokratische Weltordnung aufbauen könnten, die Sicherheit und Wohlstand nicht nur für einige wenige, sondern für alle gewährleistet“. (...)

Seit dieser Rede sind die Beleidigungen der westlichen Medien gegen Putin und Rußland schlicht grenzenlos. Und in dieser verächtlichen Behandlung Rußlands sehen wir die beiden Versionen des Zweiten Weltkriegs: Im Jahr 2014 versammelten sich die Staats- und Regierungschefs der Welt in der Normandie, um den 70. Jahrestag der Landung der amerikanischen und britischen Streitkräfte am D-Day zu begehen.

In der Realität stieß die Invasion 1944 damals auf Schwierigkeiten, obwohl sich die deutschen Streitkräfte hauptsächlich auf die Ostfront konzentrierten, wo sie den Krieg gegen die Rote Armee verloren. Moskau startete sogar eine spezielle Operation, um die deutschen Streitkräfte von der Normandie-Front abzulenken. Dennoch gelang es den Alliierten nicht, die Rote Armee daran zu hindern, bis nach Berlin vorzudringen.

Dank Hollywood betrachten viele im Westen den D-Day jedoch als die entscheidende Operation des Zweiten Weltkriegs. Zu Ehren dieses Ereignisses waren auch Wladimir Putin und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei den Feierlichkeiten anwesend. Im darauf folgenden Jahr wurden die Staats- und Regierungschefs der Welt zu einer großen Siegesparade nach Moskau eingeladen, um den 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu feiern. Die

Staats- und Regierungschefs der USA, Großbritanniens und Deutschlands nahmen daran aber nicht teil.

Dieses Verhalten des Westens reiht sich ein in eine endlose Kette anderer westlicher Gesten der Verachtung für Rußland und seinen kriegsentscheidenden Beitrag zur Niederlage Nazi-Deutschlands (es hat 80 Prozent der Wehrmacht vernichtet). Am 19. September 2019 verabschiedete das Europäische Parlament aber eine Resolution zur „Bedeutung des europäischen Gedenkens für die Zukunft Europas“, in der die Sowjetunion und Nazi-Deutschland *gemeinsam* beschuldigt wurden, den Zweiten Weltkrieg ausgelöst zu haben. (...)

Putin zeigte sich zutiefst beleidigt über die anhaltende Weigerung des Westens, die Bedeutung des Krieges in Rußland zu begreifen und zu akzeptieren. (...)

Und in dieser ganzen Zeit expandierte die NATO weiter nach Osten und richtete ihre massiven Kriegsmanöver an den Land- und Seegrenzen immer offener gegen Rußland.

Die US-Besetzung der Ukraine

Die Einkreisung Rußlands machte mit der Übernahme der Ukraine durch die USA im Jahr 2014 einen qualitativen Sprung nach vorn. In den westlichen Medien wurde dieses komplexe Ereignis als Volksaufstand dargestellt, aber Volksaufstände können von Kräften betrieben werden, die ihre eigenen Ziele verfolgen – und so war es auch bei diesem Aufstand. Der ordentlich gewählte Präsident Viktor Janukowitsch wurde nur *einen Tag*, nachdem er in einem Abkommen mit den europäischen Staats- und Regierungschefs vorgezogenen Wahlen zugestimmt hatte, gewaltsam gestürzt.

Milliarden von US-Dollars und mörderische Schießereien durch militante Rechtsextremisten erzwangen einen Regimewechsel, der offen von der stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland („Fuck the EU“) gesteuert wurde und eine Führung in Kiew hervorbrachte, die weitgehend in Washington ausgewählt wurde und die der NATO beitreten wollte.

Ende jenes Jahres befand sich die Regierung der „demokratischen Ukraine“ weitgehend in den Händen von Ausländern, die von den USA genehmigt worden waren. Die neue Finanzministerin war eine US-Bürgerin ukrainischer Herkunft, Natalia Jaresko, die für das Außenministerium gearbeitet hatte, bevor sie in die Privatwirtschaft ging. Wirtschaftsminister wurde der Litauer Aivaras Arbomavitchous, ein ehemaliger Basketballmeister. Das

Gesundheitsministerium wurde von einem ehemaligen georgischen Gesundheits- und Arbeitsminister, Sandro Kvitachvili, übernommen.

(...) Und Vizepräsident Joe Biden war direkt an der Umgestaltung des Kiewer Kabinetts beteiligt, als sein Sohn Hunter Biden einen einträglichen Posten beim ukrainischen Gasunternehmen Barisma erhielt.

Die vehement antirussische Stoßrichtung dieses Regimewechsels rief in den südöstlichen Teilen des Landes, die größtenteils von ethnischen Russen bewohnt werden, Widerstand hervor. Acht Tage nachdem mehr als 40 Demonstranten in Odessa lebendig verbrannt worden waren, beschlossen die Provinzen Lugansk und Donezk, sich aus Widerstand gegen den Staatsstreich abzuspalten. Das von den USA eingesetzte Regime in Kiew begann daraufhin einen Krieg gegen diese Provinzen, der acht Jahre lang andauerte und Tausende von Zivilisten tötete.

In einem Referendum wurde die Krim dann an Rußland zurückgegeben. Die friedliche Wiedervereinigung der Krim mit Rußland war offensichtlich unerlässlich, um Rußlands wichtigsten Marinestützpunkt in Sewastopol vor der drohenden Übernahme durch die NATO zu schützen. Und da die Bevölkerung der Krim der Abtretung der Halbinsel an die Ukraine durch Nikita Chruschtschow im Jahr 1954 nie zugestimmt hatte, wurde die Rückgabe durch eine demokratische Abstimmung ohne Blutvergießen vollzogen. Dies stand in krassem Gegensatz zur Abtrennung der Provinz Kosovo von Serbien, die 1999 durch wochenlange NATO-Bombardements erreicht wurde. Für die USA und den Großteil des Westens war es beim Kosovo eine „humanitäre Aktion“, bei der Krim dagegen eine unverzeihliche Aggression.

Die Hintertür des Oval Office zur NATO

Rußland warnte immer wieder, daß die NATO-Erweiterung die Ukraine nicht einschließen dürfe. Die westlichen Staats- und Regierungschefs schwankten zwischen der Bekräftigung des „Rechts“ der Ukraine, jedem beliebigen Bündnis beizutreten, und der Aussage, daß dies nicht sofort geschehen würde. Es war immer möglich, daß ein NATO-Mitglied, vielleicht Frankreich oder sogar Deutschland, ein Veto gegen die Mitgliedschaft der Ukraine einlegen würde.

Doch in der Zwischenzeit, am 1. September 2021, wurde die Ukraine vom Weißen Haus als Washingtons besondere geostrategische „Hauskatze“ (englisch: pet) adoptiert. Die NATO-Mitgliedschaft wurde auf eine verspätete Formalität reduziert. In einer vom Weißen Haus herausgegebenen gemeinsamen Erklärung zur strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine hieß es, der „Erfolg der Ukraine“ sei „von zentraler Bedeutung für den weltweiten Kampf zwischen Demokratie und Autokratie“ – Washingtons derzeitige selbstlegitimierende Doppelmoral, mit der der Kommunismus durch die „Freie Welt“ ersetzt werden soll.

Und es ging weiter, einen permanenten „casus belli“ gegen Rußland zu formulieren: „Im 21. Jahrhundert darf es Nationen nicht erlaubt werden, Grenzen mit Gewalt neu zu

ziehen. Rußland hat diese Grundregel in der Ukraine verletzt. Souveräne Staaten haben das Recht, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und ihre eigenen Bündnisse zu wählen. Die Vereinigten Staaten stehen an der Seite der Ukraine und werden sich weiterhin dafür einsetzen, daß Rußland für seine Aggression zur Rechenschaft gezogen wird. Amerikas Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine ist unerschütterlich.“

Die Erklärung bezeichnete auch Kiews Krieg gegen den Donbass eindeutig als „russische Aggression“. Und sie enthielt diese kompromißlose Aussage: „Die USA anerkennen die Annexion der Krim durch Rußland nicht und werden dies auch niemals tun ...“. Es folgt das Versprechen, die militärischen Kapazitäten der Ukraine zu stärken, eindeutig im Hinblick auf die Rückgewinnung des

Donbass und der Krim

Seit 2014 haben die USA und Großbritannien die Ukraine heimlich in einen NATO-Hilfsverband verwandelt, der psychologisch und militärisch gegen Rußland gerichtet ist. Wie auch immer dies *für uns* aussehen mag, für die russische Führung sah dies zunehmend nach nichts anderem aus, als nach einer Vorbereitung auf einen umfassenden militärischen Angriff auf Rußland, einer erneuten Operation Barbarossa. Viele von uns, die versuchten, „Putin zu verstehen“, sahen die russische Invasion nicht voraus, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir nicht glaubten, daß sie im russischen Interesse läge. Das tun wir immer noch nicht. Aber die Russen sahen den Konflikt als unvermeidlich an und wählten den Zeitpunkt des Einmarsches.

Zweideutige Anklänge

Putin rechtfertigte Rußlands „Operation“ in der Ukraine im Februar als notwendig, um einen Völkermord in Lugansk und Donezk zu verhindern. Dies erinnert an die von den USA geförderte R2P-Doktrin (Responsibility to Protect), insbesondere an die Bombardierung Jugoslawiens durch die USA und die NATO, die angeblich einen „Völkermord“ im Kosovo verhindern sollte. In Wirklichkeit ist die Lage im Donbass sowohl in rechtlicher als auch vor allem in menschlicher Hinsicht weit schlimmer als sie es im Kosovo jemals war. Im Westen wird jedoch jeder Versuch, den Donbass mit dem Kosovo zu vergleichen, als „falscher Vergleich“ oder als „What-aboutism“ denunziert.

Aber der Kosovo-Krieg ist viel mehr als eine Analogie zur russischen Invasion im Donbass: Er ist eine der *Ursachen*. Der Kosovo-Krieg hat vor allem deutlich gemacht, daß die NATO kein Verteidigungsbündnis mehr ist. Vielmehr war sie zu einer Offensivmacht unter dem Kommando der USA geworden, die sich ermächtigen konnte, jedes beliebige Land zu bombardieren, einzumarschieren oder zu zerstören. Ein Vorwand dazu konnte immer gefunden werden: die Gefahr eines Völkermords, eine Verletzung der Menschenrechte, ein Führer, der drohte, „sein eigenes Volk zu töten“. Jede dramatische Lüge würde ausreichen. Da die NATO ihre Tentakel ausstreckte,

war niemand mehr sicher. Libyen lieferte ein weiteres Beispiel.

Auch bei Putins angekündigtem Ziel der „Entnazifizierung“ hätte man erwarten können, daß im Westen die Alarmglocken läuten. Aber wenn überhaupt, dann zeigt es sich, daß „Nazi“ in Ost und West nicht dasselbe bedeutet. In den westlichen Ländern, ob in Deutschland oder in den USA, bedeutet „Nazi“ in erster Linie antisemitisch. Der Rassismus der Nazis bezieht sich auf Juden, auf Roma, vielleicht auf Homosexuelle. Aber für die ukrainischen Nazis bezieht sich der Rassismus auf die Russen. Der Rassismus des Asow-Bataillons, das in die ukrainischen Sicherheitskräfte eingliedert und von den Amerikanern und Briten bewaffnet und ausgebildet wurde, spiegelt den Rassismus der dortigen „Nazis“ wider: Die Russen sind eine gemischte Rasse, teilweise „asiatisch“ aufgrund der mittelalterlichen mongolischen Eroberung, während die Ukrainer reine weiße Europäer sind.

Einige dieser Fanatiker verkünden, daß es ihre Mission ist, Rußland zu zerstören. In Afghanistan und anderswo haben die USA islamische Fanatiker unterstützt, im Kosovo haben sie Gangster unterstützt. Wen kümmert es schon, was die denken, wenn sie auf unserer Seite gegen die Slawen kämpfen?

Widersprüchliche Kriegsziele

Für die russische Führung soll ihre militärische „Operation“ die von ihr befürchtete westliche Invasion verhindern. Sie wollen weiterhin über die ukrainische Neutralität verhandeln. Für die Amerikaner, deren Stratege Zbigniew Brzezinski sich rühmte, die Russen in die Afghanistan-Falle gelockt zu haben (und ihnen „ihr Vietnam“ zu geben), ist dies ein psychologischer Sieg in ihrem endlosen Krieg. Die westliche Welt ist in ihrem Haß auf Putin geeint wie nie zuvor. Propaganda und Zensur übertreffen sogar das Niveau des Weltkriegs. Die Russen wollen sicherlich, daß diese „Operation“ bald beendet wird, denn sie kommt sie in vielerlei Hinsicht teuer zu stehen. Die Amerikaner lehnten jedoch jedes Bemühen ab, sie zu verhindern, und taten alles, um sie zu provozieren – und sie werden aus der Fortsetzung dieses Krieges jeden erdenklichen Vorteil ziehen. (...)

Das amerikanische Kriegsziel besteht nicht darin, die Ukraine zu verschonen, sondern darin, Rußland zu ruinieren. Das braucht Zeit. Die Gefahr ist, daß die Russen nicht in der Lage sein werden, diesen Krieg zu beenden, und die Amerikaner werden alles tun, um ihn am Laufen zu halten.

Diana Johnstone

Diana Johnstone ist amerikanische Journalistin und Autorin. Von 1989 bis 1996 war sie die Sprecherin der Fraktion „Die Grünen“ im Europäischen Parlament.

Dieser Text erschien zuerst in voller Länge am 16. März 2022 auf „Consortium News“.

Die Übersetzung besorgte Christian Müller. Er wurde in deutscher Sprache erstmalig auf der Schweizer Plattform Globalbridge.ch veröffentlicht.

Redaktionell gekürzt

Antirussische Kriegshetze in katholischem Gewand

Deutsche und österreichische Bischofskonferenz verbünden sich mit den imperialistischen Interessen des Westens

Vor siebzig Jahren hat der deutsche Jesuit Max Pribilla SJ (1874–1954) für die von seinem Freund Konrad Adenauer (1876–1967), im Einvernehmen mit den USA, betriebene Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland in den *Stimmen der Zeit* agitiert: „Hätte Deutschland nicht durch eine wahnsinnige Politik seine ganzen Macht mutwillig verspielt, dann wäre schon die deutsche Armee allein hinreichend gewesen, um Rußland in Schach zu halten und seinem Drang nach dem Westen eine unübersteigbare Schranke entgegenzusetzen“. Die Deutschen könnten, so Pribilla SJ, gegenüber Rußland keine Zuschauer sein, „zumal wenn militärische Sachverständige erklären, daß Europa ohne deutsche Beteiligung gegen die russische Übermacht nicht verteidigt werden kann.“

In der Gegenwart erlebt diese Ideologie, die einen angeblichen traditionellen Gegensatz zwischen Rußland und dem Abendland voraussetzt, eine offizielle Wiedergeburt. Als Hebamme fungiert dabei die am 24. Februar 2022 gestartete russische Militäraktion in der Ukraine. Nicht nur der als Experte angebotene deutsche Osteuropahistoriker Karl Schlögel (*1948) fordert im Journal des internationalen Schweizer Finanzplatzes „die besondere Verantwortung der Deutschen“ ein. (...) Auch die deutsche Bischofskonferenz reihte sich in die antirussische Kriegshetze des Westens ein und verabschiedete am 10. März zum Krieg in der Ukraine eine Erklärung, in der sie die aktiven Friedensbemühungen von Christen wie Papst Franziskus (*1936) (...) als nicht zeitgemäß bezeichnete. In dieselben klerikalen Fußstapfen tritt, wen sollte das wundern, die österreichische Bischofskonferenz mit ihrer Frühjahrsversammlung vom 14. bis 17. März. Die Ukraine habe „aufgrund des Völkerrechts und auch aus Sicht der kirchlichen Friedensethik das legitime Recht, sich gegen diesen ungerechten Angriff zu verteidigen“. Die „Staatengemeinschaft“ habe die Pflicht, „die Opfer der Aggression zu schützen und zu unterstützen“.

Die NATO ist seit 1999 eine Interventionsallianz

Im historischen Prozeß hat alles ein Vorher. 1949 haben die USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Holland, Norwegen, Portugal und Großbritannien in Washington die NATO (North Atlantic Treaty Organisation) als Militärbündnis gegründet, „um sich“, wie Noam Chomsky (*1928) treffend urteilt, „vor den russischen Horden zu verteidigen“. 1951 traten Griechenland und die Türkei bei, die Bundesrepublik Deutschland folgte 1955, Spanien 1982. Nach der Implosion der sozialistischen Länder in Europa 1989/1990 erweiterte die NATO ihre militärischen Optionen in Richtung Osten und zählt heute 28 Mitgliedsländer. Die Europäischen Union stellt den höchsten

zivilen NATO-Beamten. Zum 50. Jahrestag der NATO-Gründung billigten am 24. April 1999 die daran beteiligten Staats- und Regierungschefs die Umformung des Projektes NATO als Verteidigungsallianz zu einer weltweit operierenden Interventionsallianz.



Papst Franziskus

Unter der hierarchischen Führung des US-Imperiums organisiert die NATO die Kriege der imperialistischen Kräfte des Westens. Die Völkerrechtsordnung wird nach den jeweiligen Interessen weniger interpretiert und gestaltet. (...)

Aspekte der imperialistischen Entwicklung im Osten Europas seit 1989/1990

(...) Das Vorher zur militärischen Operation der russischen Föderation in der Ukraine beginnt schon während der Vorbereitung und Durchführung der Implosion der Sowjetunion und dem tatsächlichen Ende der im Dezember 1917 vom I. Gesamtukrainischen Sowjetkongreß proklamierten ukrainischen Sowjetrepublik. 1939 wurde diese mit der bis dahin von Polen besetzten Westukraine und 1940 durch die von Ukrainern bewohnten Kreise Bessarabiens und der nördlichen Bukowina erweitert. Angegliedert wurden der Ukrainischen Sowjetrepublik 1945 das Transkarpatengebiet und 1954 die Krim, die bis dahin bei der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik war. Am 16. Juli 1990 erklärte sich die Ukraine als souverän und gab am 24. August 1991 eine Unabhängigkeitserklärung ab. Die Verhandlungen mit Rußland verliefen von Beginn an wegen der Vielfalt der Verbindungen harzig. 1995 wurden die durch die ukrainischen Eliten gestellten Optionen in Richtung Europäische Union durch eine neue Verfassung dokumentiert, mit der die Krim als Bestandteil der Ukraine galt. (...) Das reaktionär katholische Polen, mit dem die Ukraine 1992 einen fünf Jahre später intensivierten Freundschaftsvertrag abschloß, war der ihr nahestehender Wegbegleiter.

In den 90er Jahren war die Zerschlagung Jugoslawiens und dessen Kolonialisierung im Fokus der USA und Deutschlands. Österreich,

das wie die Schweiz im NATO-Raum liegt, beteiligte sich daran mit seinen Schurken aus den diplomatischen Corps, von Deutschland aus starteten erstmals seit 1945 wieder Bombenflugzeuge. Unter Mißachtung der Aggressionsdefinition der Vereinten Nationen von 1974 bombardierte die NATO von 1993 bis 1995 die in Bosnien-Herzegowina lebenden Menschen, vom 24. März bis 24. April 1999 jene in Serbien. Den Bürgern der EU wird von der gleichgeschalteten „freien“ Presse bis heute vorgelogen, es seien solche Bomben für die Friedensstiftung notwendig, sie hätten serbische Massaker und Konzentrationslager verhindert. Tatsächlich ging es der von Bill Clinton (*1946) und Madeleine Albright (1937–2022) repräsentierten kriegsverbrecherischen Macht der amerikanischen Eliten darum, den jugoslawischen Völkern ihre unabhängige Friedenskultur zu nehmen und für die Ausplünderung gefügig zu machen.

Unter Boris N. Jelzin (1931–2007) als Präsident der Russischen Föderation (1991–1999) waren den privaten Raubzügen in Rußland überhaupt keine Grenzen gesetzt. Das Land wurde für die Ausbeutung der Bodenschätze durch den Westen geöffnet. Die neokoloniale Abhängigkeit von Rußland begann sich jener der afrikanischen Länder anzugleichen. Mit Wladimir Putin (*1952) als Präsident in der Nachfolge von Jelzin wollten die national bewußten russischen Kräfte aber einen unabhängigen, eigenständigen russischen Weg im Einklang mit Traditionen des alten Rußlands einschlagen. Im Oktober 2000 hat Wladimir Putin mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac (1932–2019) die von den USA betriebene Revision des ABM-Vertrages von 1972 gemeinsam verurteilt, „weil eine solche Revision das Risiko einer Weiterverbreitung in sich birgt, die in Zukunft sehr gefährlich werden kann“. Dennoch kündigten 2002 die USA diesen die antibalistischen Raketenabwehrsysteme beschränkenden und unbefristeten ABM-Vertrag von 1972, den die Russische Föderation in der Nachfolge der Sowjetunion akzeptiert hat. Die Tragödie des 11. September 2001 bildete die propagandistische Kulisse für eine neue Generation imperialistischer Kriegsherren. Die Zerstörung Jugoslawiens, wo die Völker friedlich zusammengelebt haben, die Akzeptanz der völkerrechtswidrigen Kriege gegen Afghanistan (2001), gegen den Irak (2003) und gegen Libyen (2011) durch die manipulierten Massen der ersten Welt stimulierte die imperialistischen Kräfte, ihre kriegerischen Vorbereitungen zur Balkanisierung und Kolonialisierung der Russischen Föderation voranzutreiben.

In Richtung Rußland bot sich der NATO nach der erfolgreichen Installation von Stützpunkten in den baltischen Staaten vor allem die Ukraine als militärisch ausbaubarer Stützpunkt an. Im österreichischen Boulevard werden Interviews mit hochrangigen US-Militärs lanciert, in denen die durch das US-Militär über Jahre hindurch erfolgte militärische Ausbildung resümiert wird. (...) In der *Kronen Zeitung* (22. März) lobt der

in Jaworiw von 2015 bis 2016 stationierte US-Brigadegeneral Nick Ducich seine ukrainischen Kameraden. Er habe ihnen die NATO-Taktik, Waffen und Know-how über moderne Kriegsführung erfolgreich beigebracht. Es war seit vielen Jahren von der NATO in der Ukraine kein heimlicher, sondern ein offener Aufmarsch gegen die Russische Föderation. Noam Chomsky titelt 2003 ein Buch „Hybris“, in dem er den barbarischen Weg der USA zur Sicherung ihrer globalen Vormachtstellung darstellt.

Was bleibt von den Friedensbemühungen des Papstes?

Am 11. März 2014 hat das Parlament auf der Krim seine Unabhängigkeit als „Republik Krim“ von der Ukraine erklärt. Dort haben im Februar 2014 bewaffnete ukrainische Faschisten auf Polizisten geschossen, über 80 Demonstranten kamen auf dem Majdan ums Leben. In denselben Tagen putschten sich die von den USA finanzierten und korrumpierten Kräfte an die Macht. In den ukrainisch russischsprachigen Bezirken Donezk und Lugansk, die sich beide den Kiewer Putschisten nicht unterwerfen wollten und als Volksrepubliken konstituierten, begann ein Bürgerkrieg. Dabei zeigte sich die ukrainische Führung weder dialog- noch friedensfähig. Am 17. März 2014 wurde die Republik

Krim von Rußland anerkannt und mit einem am 18. März 2014 abgeschlossenen Staatsvertrag in die Russische Föderation aufgenommen.

Die deutsche und die österreichische Bischofskonferenz (...) kehren zurück zu jenem erzreaktionären polnischen Papst Johannes Paul II. (1920–2005), der 2001 bei seinem Besuch in der Ukraine deren an der Europäischen Union orientierten Eliten aufgefordert hat, in ihrem „unermüdlichen und heldenhaften Kampf Europa gegen die Invasoren“ nicht nachzulassen. Dabei hat dieser Papst dem ukrainischen „Militär“ im Wissen von dessen repressiver Gewalt ausdrücklich gedankt. Die katholische Kirche in Deutschland und Österreich nutzt nebenbei die Möglichkeit, die russisch-orthodoxe Kirche zu diffamieren, wie sie es bis herauf zu Papst Franziskus mit ihren antirussischen Machtansprüchen immer wieder getan hat. Kennzeichnend dafür ist ein unsäglicher Kommentar des österreichischen Militärbischofs (Wiener Zeitung vom 23. März d. J.) über die russische Orthodoxie, die sich in den „Dienst des Krieges“ gestellt habe. Dieser katholische Wiener Hetzer will in Begleitung des Exorzisten Toni Faber vom Stephansdom den Endsieg gegen Rußland und warnt vor einer „Appeasement“-Politik, eine solche habe schon bei Adolf Hitler (1889–1945) nichts gebracht.

Mit dem Moskauer Patriarchen Kyrill I. hat Papst Franziskus dagegen ein Gespräch zur Herbeiführung des Friedens gesucht und geführt. Seine Bemühungen, mit der russischen Orthodoxie ins Einvernehmen für den Frieden zu kommen, werden vielfältig bis hin zu lächerlichen Aktionen diskriminiert. Die schweizerische Universität Fribourg verwies den Metropoliten der russisch-orthodoxen Kirche Hilarion aus ihren angeblich geweihten Hallen, weil dieser sich nicht antirussisch positionieren wollte. Aktiviert werden dagegen die mit dem ukrainischen Nationalismus kollaborierenden Vertreter der ukrainischen Kirche byzantinischen Ritus. Papst Franziskus ist in den Jahren seines Pontifikats immer wieder gegen die immense Waffenproduktion und den damit notwendigerweise einhergehenden Kriegen auf der ganzen Welt aufgetreten. Es ist nicht bekannt, daß die Bischofskonferenzen in Deutschland und Österreich die Produktion von Waffen jeder Art mit ihren riesigen Profiten und deren Exporte in von Kriegen betroffenen oder gefährdeten Ländern kritisiert hätten. (...)

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 27.3.2022

Redaktionell gekürzt

Faschismus in der Ukraine

Mit der Niederlage des faschistischen Deutschlands im 2. Weltkrieg wurde zwar die Herrschaft des Faschismus in Europa beendet, nicht aber konsequent dessen ökonomische und ideologische Wurzeln in den von ihm befreiten westeuropäischen Ländern beseitigt, einschließlich der im Mai 1949 separat gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Die Plattform des bürgerlichen Parlamentarismus nutzend, gelang es nach dem 8. Mai 1945 faschistischen und faschistoiden Kräften in fast allen westeuropäischen Ländern – von der BRD bis Spanien, von Norwegen bis Italien – aus ihren ideologischen Trümmern hervorzukriechen und sich neu zu formieren. Die „freiheitliche Demokratie“ half ihnen sogar, in Parlamente und Regierungen u.a. in Frankreich, Spanien, Italien und der BRD zu gelangen.

In Osteuropa, den späteren sozialistischen Ländern, vollzog sich ein entgegengesetzter Umgang mit der faschistischen Ideologie. Hier wurde Antifaschismus zur Staatsdoktrin, zum Gesetz und seiner konsequenten politischen, juristischen und moralischen Durchsetzung. Faschistoide Zusammenschlüsse waren nicht nur nicht genehmigt, sondern laut Gesetzeskraft verboten.

Heute ist die Ukraine ein Herd neonazistischer Umtriebe, Gewalt und Verbrechen. Der ukrainische Faschist Bandera, welcher der deutschen Wehrmacht bei ihrem Überfall 1942 auf die Sowjetunion den mit dem

Blut von Ukrainern und Russen getränkten „roten Teppich“ ausgerollt hatte, wird als „Held“ gefeiert. Banderas Erben beherrschen politisch und militärisch seit 2014 die Ukraine, ausgenommen die sich als selbstständig erklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass, gegen deren Bevölkerung die Ukraine seit acht Jahren Krieg führt.

Vom faschistischen Ungeist geprägte Journalisten, wie Bogdan Butkevitsch, Fahrudin Scharafmal, der ukrainische Sanitätschef des Militärs Drzenko und andere dürfen ungehindert russische und russisch sprechende Menschen als „überflüssig auf der Welt“, als „Kakerlaken, die man unschädlich machen muß“, mit „Russen sind Dreck, die den Planeten vermüllen“ beschimpfen und sich rühmen, beim Mißhandeln und Töten von Russen selbst dabei sein zu wollen, wenn sich ihnen dazu „Gelegenheit bietet“. Drzenko erklärt sich etwas „humaner“. Er will russische Gefangene „nur kastrieren“, damit sie „keine neuen Russen mehr zeugen können“.

Man muß es unmißverständlich aussprechen: Ohne die militärische, ökonomische und politische Schützenhilfe der USA und der NATO wären ukrainische Bandera-Faschisten nicht „geh- oder gar sturmfähig“. Das ukrainische Volk könnte in Frieden und guter Nachbarschaft zu seinem russischen Brudervolk leben, aber sein Land wird seit dem faschistischen Maidan-Putsch 2014

von den USA, der EU und der NATO als Aufmarschgebiet und Rollfeld für eine großangelegte militärische Aggression gegen Rußland aufbereitet und aufgerüstet.

Manfred Wild
Berlin

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e.V. lädt die Mitglieder für **Dienstag, den 7. Juni 2022, zur Mitgliederversammlung** in den Münzenberg-Saal des Bürogebäudes, Franz-Mehring-Platz 1, (ND-Gebäude), 10243 Berlin, herzlich ein.

Tagesordnung:

- Berichte des Vorstandes, des Schatzmeisters und der Revisionskommission
- Aussprache
- Beschlußfassung über eine Änderung der Satzung
- Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission

Die Mitgliederversammlung beginnt um 11 Uhr und dauert bis gegen 15.00 Uhr.

Die Völker brauchen Frieden

Die Medien und die Politiker des kollektiven Westens und der Ukraine reden uns ein, daß der Ukraine-Konflikt ohne Vorwand der Ukraine nur durch die „Aggression“ der Russischen Föderation (RF) entfesselt wurde. Wir müssen uns die Frage stellen: Ist das so? Und warum geht es wirklich? Diese durch das unilaterale Imperium USA und die NATO von langer Hand vorbereitete militärische Auseinandersetzung in Europa, bei der sich die ultranationalistische und rassistische Ukraine die Eintrittskarte in EU und NATO verdienen will, ist der Versuch, die Schaffung einer multilateralen Weltordnung – angestrebt durch Rußland, China, Indien u.a. – zu verhindern. Das US-Imperium ist angetreten, seine Alleinherrschaft unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. In diesem Kontext spielt die Ukraine eine besondere Rolle. Es galt, sie aus dem Einflußbereich Rußlands herauszubrechen, wozu der durch die USA finanzierte blutige Maidan-Putsch inszeniert und die Ukraine über mehrere Jahre militärisch aufgerüstet wurde. Dabei stützten sich USA und NATO auf die sich in der Ukraine an der Macht befindlichen rechtsradikalen und russophoben Kräfte. Die Ablehnung der sofortigen Aufnahme der Ukraine in die NATO und EU auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz war der Hebel für den Westen, die Ukraine zu militärischen Provokationen gegen Rußland zu treiben. Der jahrelange Beschuß der nach Selbstbestimmung strebenden Donbass-Republiken DVR und LVR erfuhr Mitte Februar seinen Höhepunkt, als durch die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) sogar Totschka-U-Raketen gegen Donezk eingesetzt wurden, wodurch Opferzahlen und Zerstörungen auf das Mehrfache des üblichen Beschusses stiegen. Die militärischen Aggressionen des ukrainischen Militärs im Donbass, die 14 000 Menschenleben forderten, waren der Auslöser für die militärische Antwort Rußlands, welche sich auf das Recht zur Selbstverteidigung entsprechend Artikel V der UN-Charta berief.

Was ist feststellbar zum Verlauf des Ukraine-Konflikts?

Die militärische Spezialoperation Rußlands hat sich zu einer Abnutzungsoperation auf beiden Seiten entwickelt. Rußland hat im Rahmen der Entmilitarisierungsmaßnahmen tausende militärische- und Infrastrukturobjekte unschädlich gemacht. Insbesondere wurden fast alle Totschka-U-Raketen, Drohnen sowie alle Biolabore, aber auch ein Großteil der Flugzeuge, Hubschrauber, Radarstationen, Panzer und gepanzerter Fahrzeuge, Artilleriesysteme und Raketenwerfer sowie Munitions- und Treibstofflager vernichtet. Dadurch wurde die Kampffähigkeit der ukrainischen Streitkräfte maßgeblich geschwächt. Millionen Bürger der Donbass-Republiken DVR und LVR konnten vor der Vernichtung durch die ukrainische Armee gerettet werden. Cherson und Mariupol wurden befreit und Tausende in- und ausländische

Verteidiger mußten sich ergeben. Viele ukrainische Städte im Osten sind eingekreist. Eine große Anzahl der starken Widerstand leistenden Angehörigen der nazistischen Bataillone, die u.a. Bewohner der zu schützenden Gebäude zu Schutzschilden machten, konnte außer Gefecht gesetzt werden. Rußland vollzog häufig lagebedingte Strategiewechsel, die es gestatteten, die quantitativ überlegenen ukrainischen Streitkräfte stark zu dezimieren. Es kommt zu einer Entscheidungsschlacht.

Tausende Menschen wurden getötet, darunter viele Zivilisten der Zentral-Ukraine,

Radarstationen und auch 95 % der Totschka-U-Raketen wurden vernichtet. 70 % aller sich in Lagern und Arsenalen befindenden Bestände an militärischer Ausrüstung, Materialien, Treibstoffen sowie 54 Millionen Tonnen Munition wurden zerstört. Die russischen SK haben 30 Betriebe des ukrainischen MIK und mehrere Reparaturbasen der ukr.-SK mit X-101-, Kalibr-, Iskander-Raketen sowie mit Hyperschallraketen Kinshal beschossen und damit deren Arbeitsfähigkeit erreicht. Weisungsgemäß haben die russischen Truppen dagegen Brücken, Wasser- und Stromsysteme, Lebensmittel-



Ostermarsch 2022

aber auch des Donbass, ihre Zahl wächst täglich. Genaue, nachüberprüfbare Angaben gibt es weder von der einen noch der anderen Seite. Die Leiden der Bevölkerung der Ukraine nehmen zu. Über vier Millionen Bürger verließen das Land gen Westen, aber auch nach Rußland. Weitere Millionen sind Flüchtlinge im eigenen Land.

Laut Briefing des Verteidigungsministeriums Rußlands vom 25. März hatten alle 24 Formationen der Landstreitkräfte der Ukraine erhebliche Verluste (ca. 30 000 Tote und Verletzte von 260 000 Mann, die durch un ausgebildete Reservisten und über 6800 ausländische Söldner aus 63 Staaten sowie durch Rechtsextreme, meist aus NATO-Ländern, ersetzt wurden). Die ukrainischen Luftstreit- und Luftverteidigungskräfte wurden fast völlig aufgerieben und die Marine hat aufgehört zu existieren. Die russischen Streitkräfte (RF-SK) errangen die Lufthoheit. Über 65 % der Panzer und gepanzerter Kampffahrzeuge, über 45 % der Artillerie, 40 % der Raketenwerfer, über 90 % der Flugzeuge, über 70 % der Hubschrauber, fast 100 % der Drohnen, mehr als 85 % der Luftabwehrsysteme, die Hälfte aller

betriebe, echte Gesundheitsobjekte und Wohnkomplexe – alles Einrichtungen, auf welche die US-Amerikaner und deren Verbündete z.B. in Syrien keine Rücksicht genommen haben – nicht bekämpft. Russische Spezialeinheiten sicherten die sich in den Kampfzonen befindlichen Atomkraftwerke und Biolabore vor deren Nutzung durch die Nazi-Bataillone und bezogen dabei internationale Organisationen ein.

Die ukrainischen Streitkräfte sollen laut russischen Angaben 15 % der Panzer und gepanzerter Fahrzeuge, Artilleriekomplexe und Raketenwerfer sowie eine geringe Anzahl an Flugzeugen und Hubschraubern und den Kreuzer „Moskwa“ der russischen Streitkräfte außer Gefecht gesetzt haben. Die RF-SK sind einen Monat nach Beginn der Operation in eine neue Phase zur Befreiung des Donbass und zum verstärkten Schutz der dortigen Bevölkerung eingetreten. Das gesamte Gebiet der Ostukraine, eingeschlossen der Donbass, besteht aus einer großen Ansammlung kleiner bis mittlerer Städte und aus Ortschaften, die im Grunde ein einziges Stadtgebiet darstellen, welches zum großen Teil durch Betonbunker und

unterirdische Kommunikationslinien verstärkt wurde. Es ist eine schwierige Aufgabe, die dort verschannt und in drei Kesseln eingeschlossenen 65 000 gut ausgerüsteten und versorgten ukrainischen Kräfte unschädlich zu machen.

USA und NATO mischten sich immer stärker in die Kampfhandlungen ein. Bis zum 25. März lieferte die NATO 109 Artilleriekomplexe, 3800 Panzerabwehrwaffen. Neuerdings werden bereits schwere Waffen, wie Flugkörper, Panzer, Artillerie, Radar-Anlagen u.a. geliefert, welche häufig bereits beim Transport vernichtet werden und häufig nicht bei den ukr.-SK ankommen. Die in Mariupol festgesetzten Offiziere aus sieben NATO-Ländern und Schweden, sind mehr als ein Indiz dafür, daß die NATO die Handlungen der ukrainischen Streitkräfte mit Rat und Tat „anleitet“. Viele von ihnen wurden festgesetzt oder vernichtet, ihre Anzahl ist stark rückläufig.

Jüngst vollzog die EU eine Wende in ihrer Haltung zum Ukraine-Konflikt. Ihr Außenbeauftragter Josep Borrell äußerte, daß er keine diplomatische, sondern nur noch eine Lösung des Konflikts auf dem Gefechtsfeld sieht. Er plädiert für die Bereitstellung von Waffen durch die EU für 500 Millionen Euro nach Wunsch der Ukraine. Damit wird die Europäische Union erstmalig zu einer militärischen Kraft auf der ukrainischen Seite. Sind die Bürger der EU dazu von diesem nicht gewählten Funktionär befragt worden? Wollen wir das?

Zu den Resultaten und Wirkungen des Ukraine-Konflikts

Ziele und erreichte Resultate Rußlands:

- Schutz der DVR und LVR in den Landesgrenzen
- Entwaffnung und Entnazifizierung der Ukraine
- keine weitere NATO-Osterweiterung, keine Aufnahme der Ukraine in die NATO und keine Stationierung von NATO-Angriffswaffen, biologischen und Atomwaffen in der Ukraine
- Wiederherstellung der durch den Westen zerstörten oder Aufbau neuer Dialogmechanismen

Am weitesten fortgeschritten ist die Entwaffnung der Ukraine. Dabei gab es auf beiden Seiten, wie erwähnt, größere Verluste an Soldaten und Waffen. USA, NATO und EU wollen die Verluste der Ukraine mit umfangreichen Waffenlieferungen ausgleichen und damit eine militärische Überlegenheit Rußlands nicht zulassen.

Die Entnazifizierung findet besonders bei den Kämpfen im Donbass gegen die dort stationierten Nazi-Bataillone durch die militärische Auflösung der vielen Kessel statt. Zur NATO-Nichtaufnahme und den anderen Zielen bedarf es Vereinbarungen mit dem Westen und der Ukraine, wozu letztere noch nicht bereit sind.

Rußland will mit Vorteilen bei der bevorstehenden Entscheidungsschlacht im Donbass in die Verhandlungen gehen. Die RF wird Kompromißbereitschaft zeigen müssen und damit nicht alle Ziele erreichen. Dennoch

ist feststellbar, daß die Sanktionsüberwindungsmaßnahmen und die Gegensanktionen Rußlands im Westen und auch in der übrigen Welt Wirkung zeigen, wodurch ernstere Verhandlungen zu den Sicherheitsbedürfnissen Rußlands möglicher werden könnten. Rußland hat auch während der laufenden Spezialoperation Gas, Kohle, Erdöl an die EU-Staaten, Gas sogar an die Ukraine, geliefert.

Die Russische Föderation strebt eine schnelle Beendigung der militärischen Spezialoperation an. Es gibt aber auch innenpolitische Veränderungen. So sollen mehrere Generale des Generalstabs wegen Unterschlagungen und auch eine größere Anzahl von Geheimdienstoffizieren, die ernste Mängel bei der Vorbereitung der Spezialoperation zuließen, angeklagt worden sein. Parallel dazu findet in Rußland eine Revolution von Oben statt, welche die Betätigungsmöglichkeiten der Oligarchen in Richtung Westen mit dem Ziel ausschließen, sie stärker in die eigene auf China ausgerichtete Wirtschaft einzubeziehen. Der Einfluß von Liberalen und Globalisierern wird stark zurückgedrängt. Nach US-Ratingagenturen sollen 81 % der Bevölkerung Rußlands für Putin und die Spezialoperation sein. Eine große Anzahl junger patriotischer Bürger Rußlands verstärkt die Streitkräfte der Donbass-Republiken.

2. Die Ziele und Resultate der Ukraine

- Zurückeroberung des Donbass
- NATO- und EU-Eingliederung
- Teilnahme an der Vorbereitung und Entfaltung eines großen Krieges von USA und NATO gegen Rußland

Die Zurückeroberung der Donbass-Republiken wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gelingen.

Die NATO-Aufnahme könnte im Rahmen eines Kompromisses zurückgenommen werden. Die EU-Aufnahme hat größere Chancen. Das Andienen der Ukraine an die USA und die NATO, verbunden mit einem großen Krieg gegen Rußland, könnte weitergeführt werden, wenn es nicht gelingt, die Mehrheit der militärischen Nazi-Kräfte auszuschalten. Eine Kompromißbereitschaft der Ukraine gegenüber den russischen Forderungen ist z. Zt. nicht erkennbar. Die ultranationalistische Führung und die Nazi-Bataillone beherrschen, trotz großer Verluste, weiter die Bevölkerung des Landes, erpressen den Westen zu Waffenlieferungen und finanziellen Leistungen sowie zu wirtschaftlicher Unterstützung. Sie sind derzeit nicht an einer Beendigung der militärischen Handlungen interessiert, da sie ihre Ziele bisher nicht erreicht sehen. Sie bereiten sich auf eine Entscheidungsschlacht im Donbass vor und organisieren den Partisanenkampf. Neues Heldentum soll die Herausbildung der ukrainischen Nation befördern.

3. Ziele und Resultate der USA und Verbündeter

- die Isolation und Schwächung Rußlands
- Nichtzulassung eines Sicherheitssystems und von gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen EU-Rußland

- Zerstörung der strategischen Beziehungen Rußland-China-Indien-Iran u.a.
- Nichtzulassung normaler Beziehungen zwischen Ukraine und Rußland
- Vorbereitung eines großen Krieges gegen Rußland

Die angestrebten Ziele zur Isolation Rußlands konnten selbst im kollektiven Westen nicht vollständig erreicht werden. Fast zwei Drittel der Länder der Welt unterstützen oder tolerieren die militärischen Aktionen Rußlands in der Ukraine, indem sie die neuen Finanzmodelle Rußlands und Chinas annehmen und damit den US-Dollar schwächen sowie die Leitwährungsprofite der USA verringern. Auch eine merkliche Schwächung Rußlands ist bisher nicht eingetreten. Ganze Industriezweige (Flugzeugbau, Maschinenbau, Lebensmittelindustrie und Leichtindustrie) erhielten Entwicklungschancen. Rohstoffe werden zur Entwicklung notwendiger Erzeugnisse besser genutzt und Energieträger einer tieferen Spaltung unterzogen.

Erfolg hat die USA bisher bei der Verhinderung eines selbständigen europäischen Sicherheitssystems mit Rußland, bei der Zerstörung normaler Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland sowie der Handelsbeziehungen von EU-Ländern und Rußland. Auch die durch die USA von der EU geforderten Sanktionen wurden durch Letztere sogar eingehalten, obwohl die USA wesentliche Teile der Rußlandsanktionen aufgehoben hat (Mineraldünger, strategische Metalle und Zulieferungen zur Atomindustrie). Der EU wurde die Masse der Kosten, die sich aus der Spezialoperation Rußlands ergeben, die für die Flüchtlinge eingeschlossen, auferlegt. Hier zeigt sich die zerstörerische Rolle der USA für die EU.

Die westlichen Medien sehen im Machtapparat der Ukraine keine Rechtsextremisten.

Lassen wir dazu die Fakten sprechen:

- 2014: Ultranationalistischer und faschistischer Maidan; Pogrome in Odessa, im Donbass und auf der Krim; keine Verurteilung der Schuldigen;
- 2014: Eingliederung der nazistischen Bataillone mit Sonderrechten in die Nationalgarde;
- ab 2014: Acht Jahre russophobe Politik und Bekämpfung der um ihre Selbstbestimmung ringenden Republiken DVR und LVR mit 14 000 Toten und Verlust der Lebensgrundlagen;
- ab 2014: Zwangsukrainisierung (Namensänderungen z.B. in Sumi);
- ab 2015: Nichtumsetzung der Verpflichtungen der Ukraine aus dem Minsk-2-Abkommen; Staat sieht nur militärische Lösung und läßt die Donbass-Republiken regelmäßig beschießen;
- 2014, 2015, 2016: Einsatz der nazistischen Bataillone der Nationalgarde zur blutigen Zerschlagung der um ihre Selbstständigkeit kämpfenden Republiken Charkow und Mariupol;
- ab 2016: Verstärkter Ausbau der militärischen Infrastruktur, Militärreform, Waffenmodernisierungen und

Ausbildung ganzer Einheiten durch westliche Militärspezialisten für die Rückeroberung der Donbass-Republiken und der Krim; Zulassung von US-Bio-Laboratorien zur Arbeit mit gefährlichen Viren und Produktion von Komponenten für Biokampfstoffe; geheime Aufbereitung von Atomabfällen für den möglichen Bau von „dreckigen Atomwaffen“;

- 2021: Unterricht an den Schulen, auch für in der Ukraine lebende Minderheiten, nur noch in Ukrainisch; Erlaß eines Gesetzes, wonach Bürger, die keine Ukrainer sind, nur eingeschränkte Rechte erhalten;
- 2021: Teilnahme an NATO-Großmanövern und Blitzkriegsversuche zur Rückeroberung der Donbass-Republiken und der Krim im April und im November;
- 24.2.22: Dekret zur Rückeroberung des Donbass und der Krim;
- 2022: Verbot aller Oppositionsparteien; Verbot der kommunistischen Partei bereits 2015
- keine Maßnahmen der ukrainischen Regierung gegen die Praxis, die Bevölkerung in den Großstädten als Schutzschilder zu benutzen sowie gegen die Sperrung von Fluchtkorridoren durch die Nazi-Bataillone;
- 25.3.22: Erlaß des ukrainischen Präsidenten, nach dem jeder Ukrainer das Recht hat, auf russische Okkupanten zu schießen.

Gegen wen richten sich die Entnazifizierungsmaßnahmen Rußlands in der Ukraine?

In der Ukraine soll es laut Reuter bis zu 100 000 Rechtsextreme aller Schattierungen geben, die meist in militärischen Formationen, wie der Armee und der Nationalgarde, organisiert sind. Dazu gehören die Gruppierungen ASOW, AIDAR, Rechter Sektor u.a., eingebettet darin viele Neonazis aus dem kollektiven Westen, die ihre Vision von einem ultranationalistischen Ethnostaat in der Ukraine und ihre entarteten Tötungsträume umsetzen wollen, wie die Terrorismus-Analytikerin Rita Katz aus den USA erklärte. Nach dem ultranationalistischen Putsch, bei dem sich die Rechtsextremisten und Bandera-Anhänger bereits durch besondere Brutalität „hervorgetan“ hatten, sollten neue ukrainische Streitkräfte aufgebaut werden. Letztere wurden damals als nicht zuverlässig angesehen.

Die Nachputsch-Regierungen haben deshalb Söldner aus der Ukraine und dem Westen in die Streitkräfte integriert. Und so wurde bereits 2014 das ASOW-Bataillon, nach dem Einknicken des neun Präsidenten Selenski vor den Kräften, die den weiteren Beschluß der Donbass-Republiken durchsetzten, in das Innenministerium und danach als „Spezialeinheit ASOW“ (Bataillon, Regiment, Brigade) in die Nationalgarde aufgenommen. Dabei wurde deren Kampfauftrag,

durch Luftverteidigungsaufgaben und solche für den Ausbau der militärischen Infrastruktur, mit Einsatzschwerpunkt Süden und Osten der Ukraine, ständig erweitert. Das ASOW-Regiment besteht aus 19 Nationalitäten. Das sind meist fanatische Rechtsextremisten und Rassisten. So entwickelte sich ASOW zu einer ukrainischen Fremdenlegion. Die Struktur von ASOW ähnelt der der SS in den letzten Kriegsjahren des 2. Weltkrieges. Sie stellen heute den Kern des Widerstandes bei der Verteidigung der Ukraine.

Ihre Handschrift ist in allen militärischen Formationen zu spüren, wobei sie stets eine Wächter- oder Machtposition einnehmen. Ihre Zusammenarbeit mit den in der Ukraine faschistisch und terroristisch handelnden in- und ausländischen Geheimdiensten kann man besonders bei der Fake-Aktion in Butscha, auf ukrainischen TV-Foltervideos an russischen Gefangenen und in Mariupol sehen. Diese nazistischen Kräfte, die nur ihre Lebensform schützen und das ukrainische Volk zu Opfern machen, verzögern eine schnelle Lösung des Konflikts. Sie werden durch die geballte Militärmacht Rußlands bekämpft, ganz im Sinne der Entnazifizierungsaufgabe der russischen Spezialoperation in der Ukraine. Ist das nicht auch in unserem Sinne?

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

Eine aufschlußreiche Meldung aus dem US-Verteidigungsministerium

Zeit der Existenz der DDR galt die Prämisse: Nie wieder Krieg von deutschem Boden! Sie gab letztlich den Ausschlag für meine Entscheidung, Offizier der NVA zu werden. Diesen, der Armee und den anderen bewaffneten Kräften gestellten Auftrag zur Sicherung des Friedens haben wir in Ehren erfüllt!

Zweimal durfte ich an sowjetischen Militärakademien studieren, zunächst an der Militärpolitischen Akademie „W.I. Lenin“, später an der Akademie des Generalstabes. Wer dort war, weiß, wie tief und unverrückbar der Grundsatz „Ein 1941 wird es nie wieder geben!“ verinnerlicht war. In diesem Kontext ist die Osterweiterung der NATO zu bewerten. Kluge ehemalige Militärs wie der Schweizer Oberst a.D. Baud oder auch der ehemalige militärische Berater von Ex-Kanzlerin Merkel, Brigadegeneral a.D. Vad sehen diese Zusammenhänge. Letzterer warnt vor einem Einstieg in einen 3. Weltkrieg.

Für eine solche realpolitische Bewertung der Lage ist die bundesdeutsche politische Führungsspitze blind. Man schwimmt volle Kraft voraus im Fahrwasser der USA. Angst und bange kann einem werden, wenn man hört, was Politiker der Grünen von sich geben: „Schwere Waffen“ würden das Elend der Bevölkerung in der Ukraine verkürzen ...

Eine Meldung aus dem US-Verteidigungsministeriums zur Ukraine-Krise läßt aufhorchen. „US-Verteidigungsministerium trifft sich mit acht größten US-Waffenherstellern“, meldete ntv am 12. April: „Das US-Verteidigungsministerium lädt Insidern zufolge für Mittwoch Vertreter der acht größten Waffenhersteller des Landes ein. Thema sei, ob die US-Rüstungsindustrie die ukrainische Nachfrage nach Waffen bedienen könne, sollte sich der Krieg mit Rußland über Jahre hinziehen, sagen zwei mit dem Termin vertraute Personen der Nachrichtenagentur Reuters. An dem auf 90 Minuten angesetzten Treffen werde vermutlich auch Vize-Verteidigungsministerin Kathleen Hicks teilnehmen. Gastgeber sei die für Rüstungskäufe zuständige Abteilung im Pentagon. Zu den größten US-Waffenherstellern gehören Raytheon Technologies, Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, General Dynamics und L3Harris Technologies.“

Ein Krieg über Jahre? Rußland in einen solchen zu verwickeln, ist also die eigentliche Absicht und der wahre Hintergrund des NATO-Verbunds. Deshalb gibt man der Diplomatie keine Chance, sondern allein den „schweren Waffen“.

In der Ukraine geschieht nichts ohne das tatkräftige Zutun der USA, und das nicht erst seit dem Maidan. Wieder ist es ihnen gelungen, Europa zu spalten, die eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen und die Rüstungsindustrie jubilieren zu lassen!

Die gegenwärtige, vor allem durch die Medien aufgeheizte gesellschaftliche Stimmung richtet sich unisono gegen Putin und „die Russen“. Jedes kritische Hinterfragen wird abgeblockt und man wird als „Putin-Freund“ diffamiert. Da wird Druck ausgeübt, sich äußern zu müssen, oder es drohen Auftrittsverbote und Vertragskündigungen. Übergriffe auf deutsche Bürger mit russischem Migrationshintergrund sind nicht selten. Daß russische Produkte aus Supermarktregalen entfernt werden, ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten.

Die geistige Kriegsvorbereitung ist weit fortgeschritten. Wir sind gut beraten, einen Blick in die deutsche Geschichte zu werfen und dagegen aufzustehen, daß Deutschland erneut – Waffenlieferungen sind eigentlich schon Kriegsbeteiligung – Akteur eines Krieges wird.

Oberst a.D. Friedemann Munkelt
Leipzig

Der Nazismus – die tödliche Krankheit der Ukraine

Heute, im Laufe der Entwicklung der Militäroperation in der Ukraine, wird immer deutlicher, daß die ideologische Grundlage der derzeitigen Regierung in der Ukraine ein extremer Nationalismus, oder besser gesagt, ein offener Neonazismus ist. Es ist die Fortsetzung der profaschistischen Bandera-Bewegung, die sich während der Aggression gegen die UdSSR in den Jahren 1941 bis 1945 auf die Seite Hitlerdeutschlands stellte. Nach der Niederlage der Bandera-Faschisten im Jahr 1953 wurde es still um den Nationalsozialismus. Jedoch der Zerfall der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der Ukraine führten zu einem Wiederaufleben dieses Bandera-Neonazismus.

Die schleichende Faschisierung der Ukraine wurde maßgeblich von den USA begünstigt, die nach 1991 die extrem nationalistischen Elemente der Westukraine zu ihrer Hauptstütze machten. Tatsächlich war es die CIA, die von 1945 bis 1953 die Bandera-Banden in der Westukraine am aktivsten unterstützte. Es ist daher nur verständlich, daß die neonazistischen Bandera-Leute – gut organisiert und ideologisch als auch physisch gut vorbereitet – den Staatsstreich im Februar 2014 durchführten. Nach diesem Staatsstreich gab die stellvertretende US-Außenministerin Nuland zu, daß die USA fünf Milliarden Dollar für die Vorbereitung des Staatsstreichs ausgegeben hatten.

Seitdem hat der Einfluß der Neonazis auf das politische Leben in der Ukraine stetig zugenommen. Sogar Mitglieder des US-Kongresses sind darauf aufmerksam geworden. Am 24. November 2019 unterzeichneten vierzig Kongreßabgeordnete ein Schreiben an das US-Außenministerium, in dem sie forderten, daß das Asow-Regiment, das zur ukrainischen Nationalgarde gehört, als terroristische Organisation eingestuft wird. Schon zuvor, in den Jahren 2015 und 2018, hatte der US-Kongreß dem US-Verteidigungsministerium offiziell untersagt, dem Asow-Regiment wegen seines offenkundig nationalsozialistischen Charakters Unterstützung zu gewähren.

In dem Schreiben der Kongreßabgeordneten, in dem sie sich auf FBI-Daten berufen, wird außerdem festgestellt, daß das Asow-Regiment und die Ukraine insgesamt zum Zentrum der weltweiten Neonazi-Bewegung geworden sind. Es wurde bekannt, daß Neonazis aus aller Welt auf den Asow-Übungsplätzen die Möglichkeit hatten, den Umgang mit einer Vielzahl von Waffen zu trainieren. Sie sollten dann die Basis für bewaffnete Neonazi-Formationen in ihren eigenen Ländern werden.

Im Zuge der Kampfhandlungen in der Ukraine sind immer mehr Beweise aufgetaucht, die bestätigen, daß die Neonazis die Hauptstütze des derzeitigen Regimes sind. Da die Junta in Kiew und ihre amerikanischen Herren kein volles Vertrauen in die Zuverlässigkeit der ukrainischen Streitkräfte haben, hatten sie bereits im Vorfeld Einheiten und „Kommissare“

aus Nazi-Bataillonen in die ukrainischen Streitkräfte eingebaut.

Der Zweck dafür war offensichtlich: Bei Versuchen der Einheiten sich aus ihren Stellungen zurückzuziehen oder bei Versuchen einzelner Soldaten, sich zu ergeben, sind diese zu erschießen. Und es sind bereits Fälle bekannt, in denen sich zurückziehende Soldaten erschossen wurden. Mit anderen Worten: Die Nazi-Bataillone fungieren als Sperreinheiten, welche die Stärke der ukrainischen Streitkräfte durch Terror sicherstellen.

Nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen beschloß Präsident Selenski, alle Nazi-Extremisten, die wegen schwerer Straftaten wie Mord und Raub verurteilt worden waren, aus den Gefängnissen zu entlassen, damit sie zu den Waffen greifen und sich den Nazi-Bataillonen anschließen konnten.

Nach der Befreiung des Flughafens Mariupol wurden auf dem Gelände des Asow-Regiments Folterkammern entdeckt. Das Folterzentrum wurde mit seltenem Zynismus als „Bibliothek“ bezeichnet und die Folteropfer wurden „Bücher“ genannt. Die Ermittlungsbehörden der Donezker Volksrepublik untersuchen derzeit die Zahl der Terroropfer und die Umstände der Entführung, Folterung und brutalen Tötung von Menschen durch Angehörige des Nazi-Regiments Asow.

Bereits in diesen Tagen hat die Kongreßabgeordnete Margorie Taylor Green aus Georgia erklärt, daß „wir nicht Milliarden von Dollar der amerikanischen Steuerzahler dafür ausgeben sollten, um tödliche Hilfe an mögliche Nazi-Formationen zu leisten, die unschuldige Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, foltern.“

Die Gräueltaten sind keine Einzelfälle, sondern das Ergebnis einer ausgeklügelten Propaganda gegenüber der Bevölkerung in neonazistischem Geist. Die Welt war schockiert über die öffentliche Erklärung eines Bandera-Arztbesuchers in einem Interview mit dem Fernsehsender „Ukraine24“, „er habe seine untergeordneten Ärzte angewiesen, russische Soldaten zu kastrieren, die in Gefangenschaft geraten sind“. Nachdem sich daraufhin ein gigantischer Skandal ausbreitete, versuchte der mörderische Arzt sich von seinen Worten zu distanzieren. Aber wie man so schön sagt: „Das ausgesprochene Wort ist wie ein Spatz, der davonfliegt und den man ihn nicht wieder eingefangen kann.“

Immer häufiger werden Zivilisten als menschliche Schutzschilde mißbraucht. Nach dem Beginn der Operation der russischen Armee begannen die Nazi-Bataillone sich schnell aus ihren gut geschützten Verteidigungspositionen zu begeben, die sie acht Jahre lang aufgebaut hatten. Sie begannen in Wohngebieten von Städten und Dörfern Feuerstellungen einzurichten. In den Anweisungen heißt es, daß Geschütze und Mörser im Erdgeschoß der Häuser aufzustellen sind, im zweiten und dritten Stockwerk dann Zivilisten und im vierten

oder fünften Stockwerk und in weiteren Stockwerken sollen Scharfschützen und Maschinengewehrschützen untergebracht werden. Das ist faktisch eine Masseneinsparnahme. Und das an ihren eigenen Mitbürgern. So etwas taten nicht einmal die deutschen Faschisten während des Krieges von 1941 bis 1945.

Gleichzeitig verbot Präsident Selenski alle patriotischen Parteien, die in irgendeiner Weise mit Rußland verbunden waren. Es handelt sich um die Oppositionsplattform „Für das Leben“, die Partei „Naschi“, den „Oppositionsblock“, die „Partei Scharija“ und den Block „Wladimir Saldo“. Aber der Hauptschlag der Nazis ist immer gegen die linken Parteien gerichtet. Es ist allgemein bekannt, daß die linken Kräfte die unversöhnlichen Gegner der Faschisten sind. So hat Präsident Selenski in der Ukraine zum Beispiel vor kurzem die Partei „Linke Opposition“, die „Union der Linken Kräfte“, „Derzhava“, die „Progressive Sozialistische Partei der Ukraine“, die „Sozialistische Partei der Ukraine“ und die Partei der „Sozialisten“ verboten. Es sei daran erinnert, daß die Kommunistische Partei der Ukraine 2015 verboten wurde und seitdem im Untergrund arbeitet.

All dies deutet darauf hin, daß die brüderliche Ukraine vollständig unter die Kontrolle der Neonazis geraten ist, die von den USA unterstützt werden. Eines der wichtigsten Instrumente der ideologischen Indoktrination der Bevölkerung in den Händen dieser Kräfte ist die grassierende Russophobie, die in den letzten Jahren besonders aggressiv geworden ist. Wir erinnern uns daran, daß die deutschen Faschisten ganze 12 Jahre lang nach der Machtübernahme Hitlers 1933 und vor Beginn der Aggression gegen die UdSSR 1941 die Stimmung in der deutschen Gesellschaft so veränderten, daß die Deutschen von einer Nation großer Philosophen, Dichter und Musiker zu einer Nation wurden, die in der UdSSR und den von ihr besetzten Ländern Europas Millionen Menschen ausrottete.

Ungefähr dasselbe geschieht derzeit in der Ukraine. Und wenn man früher einfach abgewunken hat, wenn man Behauptungen über ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus in der Ukraine hörte, so muß man jetzt, nachdem die Tatsachen bekannt wurden, daß ganze Städte und Hunderttausende von Menschen, zu „menschlichen Schutzschilden“ wurden, davon sprechen daß die Infektion des Nationalsozialismus sehr tief in den Körper der ukrainischen Gesellschaft eingedrungen ist.

Wjatscheslaw Tetjokin

Wjatscheslaw Tetjokin ist Doktor der Geschichtswissenschaften und Mitglied des Zentrallausschusses der KPRF

Quelle: *Sovetskaya Rossiya*, 26.3.2022

Das gebrochene Minsker Abkommen und seine Folgen

Am 12. Februar 2015 wurde der „Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ Minsk II, auch Minsker Abkommen genannt, von folgenden Vertragspartnern unterzeichnet:

Deutschland, vertreten durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreich, vertreten durch den französischen Präsidenten Francois Hollande, Rußland, vertreten durch den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin, der Ukraine, vertreten durch den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und von Teilnehmern der Trilateralen Kontaktgruppe.

Das Minsker Abkommen enthält 13 Punkte:

1. Waffenruhe ab Sonntag um 00.00 Uhr.
2. Abzug der schweren Waffen aus einer Pufferzone. Die Regierungstruppen müssen sich hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten hinter die im September im Minsker Abkommen vereinbarte Demarkationslinie. Der Abzug der Waffen beginnt am zweiten Tag nach der Waffenruhe und muss nach spätestens 14 Tagen abgeschlossen sein.
3. Die OSZE überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen.
4. Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk sowie den künftigen Status der beiden Regionen beginnen. Grundlage ist ein Gesetz, mit dem Kiew den abtrünnigen Regionen vorübergehend mehr Selbstständigkeit zugestanden hatte. Das ukrainische Parlament muß innerhalb von 30 Tagen festlegen, für welches Gebiet dies genau gelten soll. Die Regionen können darüber entscheiden, welche Sprache sie nutzen wollen.
5. Eine gesetzliche Amnestieregelung soll alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen.
6. Freilassung aller Gefangenen.
7. Sicherstellung humanitärer Hilfsleistungen.
8. Beide Seiten müssen an einer Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen arbeiten, damit etwa die Zahlung von Renten und Steuern wieder aufgenommen werden kann. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.
9. Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Rußland übernehmen. Dieser Prozeß soll nach den geplanten Wahlen beginnen und spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sein. Bedingung ist, daß die Verfassungsreformen unter Punkt 11 umgesetzt werden.
10. Rückzug aller ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen unter Aufsicht der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen.
11. Bis Ende 2015 muß eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht

und mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abgestimmt ist. Ein Gesetz zum künftigen Sonderstatus von Donezk und Lugansk muß ebenfalls bis Jahresende verabschiedet werden.

12. Wahlen in den abtrünnigen Regionen unter Aufsicht der OSZE, ein Termin ist nicht angegeben.
13. Die Kontaktgruppe soll noch intensiver zusammenarbeiten und Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Friedensplans einsetzen.

Sicher kann man vieles mit Blick auf die russische Politik kritisieren, aber beide Augen zuzudrücken, sobald es sich um die Ukraine handelt, wird dem gegenwärtigen Geschehen nicht gerecht. Die Art, wie der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk – ein bekennender Stepan Bandera-Verehrer – von höchster deutscher Stelle hofiert wird, ist mehr als befremdlich. Man stelle sich vor, ein deutscher Botschafter würde in einem Gastland mit derartigen anmaßenden Forderungen, wie sie Melnyk aufstellt, agieren. Die



Die Staats- und Regierungschefs von Belarus, Rußland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine am 12. Februar 2015 in Minsk

Hätten die Verhandlungsparteien auf einer konsequenten Umsetzung dieses Abkommens bestanden, wäre die gegenwärtige Situation mit großer Sicherheit nicht entstanden. Doch Rußland blieb alleiniger Rufer in der Wüste. Die ukrainische Regierung stellte sich von Anfang an demonstrativ gegen seine Umsetzung. Insofern ist die Ukraine nicht nur Opfer, sondern auch Täter. Nach wie vor lehnt sie einen Dialog mit den Führungen in Lugansk und Donezk ab. Der im Minsker Abkommen verabredete Souveränitätsverzicht der Ukraine für die Gebiete Donezk und Lugansk wurde bis heute nicht umgesetzt. Deutschland und Frankreich taten nichts, um die ukrainische Regierung zur Einhaltung der Vereinbarungen des Vertragstextes zu bewegen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz hatte Wladimir Putin mehrmals darauf hingewiesen, daß im Donbass an der russischen Bevölkerung ein Genozid stattfindet. In einem Interview bezeichnete Olaf Scholz diese Aussage als „lächerlich“. Doch ein OSZE-Bericht vom 9. November 2021 veröffentlichte das Ergebnis einer Untersuchung, in der festgestellt wird, daß die ukrainische Regierung für 75 % der Opfer verantwortlich ist. Im deutschen Fernsehen wurde dieser Bericht bisher mit keinem Wort erwähnt.

sofortige Ausweisung würde auf dem Fuße folgen.

Die USA-Administration konnte dank einer meisterhaft durchgeführten psychologischen Kriegsführung gegen Rußland ihr Hauptanliegen, einen dauerhaften Keil zwischen Europa und Rußland, vor allem aber zwischen Berlin und Moskau zu treiben, auf ganzer Linie erfolgreich umsetzen. Der US-amerikanische Geostratege Georg Friedmann erklärte bereits am 4. Februar 2015: „Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte, in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. ... Der islamistische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existenzielle Bedrohung. ... Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt.“ Zugleich hat die vom französischen Ministerpräsidenten Macron bereits als „hirntot“ bezeichnete NATO eine ungeheure Aufwertung und neue öffentliche Akzeptanz

erfahren, was natürlich auch für die USA als NATO-Führungsmacht gilt. Davon erhofft sich Washington – nicht unbegründet – die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung in Europa wieder verstärkt bestimmen zu können, insbesondere im Hinblick auf China. Das Sprachrohr der NATO, Jens Stoltenberg, sekundiert dabei auf der ganzen Linie. Er schreckt dabei vor der Verbreitung von Unwahrheiten nicht zurück. So behauptete er in einem Interview mit dem Spiegel, Rußland habe 2008 Gewalt gegen Georgien eingesetzt, Truppen in Moldau ohne Zustimmung der dortigen Regierung stationiert, 2014 die Krim annektiert und die Ostukraine destabilisiert.

Stellen wir das richtig: 2008 hat nicht Rußland Gewalt gegen Georgien eingesetzt, sondern Georgien hat Gewalt gegen Süd-Ossetien gebraucht und dabei Dutzende russische Soldaten getötet, die dort als Friedenstruppe (mit Einverständnis Georgiens) fungierten. Erst 24 Stunden später sind russische Truppen eingetroffen und haben die georgischen Angreifer zurückgeschlagen. Das ist keine russische Propaganda, das ist das Ergebnis des Untersuchungsberichts des Europarates. Weiter behauptete er, Rußland habe Truppen in Moldau ohne die Erlaubnis der dortigen Regierung stationiert. Das ist mir neu, denn auch in Moldawien stehen russische Friedenstruppen, die aufgrund eines Vertrages zwischen Rußland und Moldawien aus dem Jahr 1992 dort eingesetzt sind. Damals konnte in diesem Gebiet ein

Bürgerkrieg beendet werden. Man hat sich auf eine Friedenstruppe geeinigt, welche die Kontaktlinie kontrolliert. Die Friedenstruppe besteht aus russischen, moldawischen und transnistrischen Soldaten. Stoltenberg behauptet das Gegenteil.

Diese ganze orchestrierte Stimmungsmache gegen Rußland zielt darauf, Rußland in die Knie zu zwingen. Joe Biden hat sich nicht versprochen, als er formulierte: „Putin muß weg.“ Die Begehrlichkeiten der USA auf die russischen Rohstoffe sollen mit Unterstützung der Europäer und der NATO umgesetzt werden. Die Europäer gegen Rußland, die USA gegen China – so stellt man sich die wirtschaftliche und militärische Kräfteverteilung vor. Bei einem Krieg in Europa wären die USA weit genug vom Geschehen entfernt. Das Bestreben der transatlantischen Mächte, Rußland möglichst weltweit zu isolieren, stößt auf Widerstand. Indien verweigert sich der Sanktionspolitik genauso wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Staaten Lateinamerikas sowie ein großer Teil der afrikanischen Staaten und die Türkei halten sich davon fern. Nicht zuletzt beharrt auch China darauf, seine guten Beziehungen zu Rußland durch die Zustimmung zu Sanktionen nicht zu beschädigen.

Inzwischen wird jeden Tag deutlicher, daß Sanktionen gegen Rußland auch in die Richtung derjenigen ausschlagen, die sie erlassen haben. Selbst die USA sehen sich mit den wirtschaftlichen Folgen der Embargopolitik konfrontiert. Im Börsenbericht vom

4. April wird gemeldet, die USA haben ihre Käufe von russischem Öl um über 40 Prozent erhöht und Sanktionen gegen Düngemittel aus Rußland aufgehoben. Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Michail Popow erklärte: „Die Vereinigten Staaten haben die Europäer gezwungen, antirussische Sanktionen zu verhängen, während sie selbst nicht nur weiterhin Öl aus Rußland importieren, sondern ihren Import von ‚schwarzem Gold‘ in der letzten Woche um 43 Prozent auf 100 000 Barrel pro Tag erhöht haben!“

Gleichzeitig drängen die USA darauf, daß die EU bei ihnen das wesentlich teurere Frackinggas kauft, was der europäischen Wirtschaft massive Wettbewerbsnachteile bringen und sehr viele Arbeitsplätze kosten wird. Hinzu kommt, daß die Sanktionierung von Düngemitteln aus Rußland und Weißrußland in der EU zu stark steigenden Lebensmittelpreisen und in Afrika zu enormen Hungerkatastrophen führen wird. Rußland und Weißrußland liefern fast die Hälfte der weltweiten Düngemittel und da deren Herstellung energieintensiv ist, kann Europa die Lücke selbst nicht stopfen, weil Energie ohnehin knapp ist und die Preise explodieren. Die USA schwächen damit die EU, die sie nicht nur als Vasallen, sondern auch als wirtschaftlichen Konkurrenten ansehen.

OSL a.D. Dr. Hans-Peter Slodowski
Dresden

Das Versprechen der rot-grünen Regierung

Deutschlands rot-grüne Regierung war mit dem Versprechen angetreten, unser Land sozial gerechter zu machen. Wir sind zwar eines der reichsten Länder der Erde, doch wenn man genau hinsieht, erkennt man hinter der schönen Fassade das Elend. Menschen, die kaum noch ihre Wohnung bezahlen können, Kinderarmut, über 1000 Tafeln, welche die Menschen mit Lebensmitteln versorgen müssen, da den meisten Rentnern und Hartz-IV-Empfängern das Geld zum Leben fehlt, in Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern gehört Personalnot zum Alltag etc.

Im Gegensatz dazu gibt es in der BRD aber 134 Milliarden und mehr als eine Mio. Millionäre! Gewinne von Automobil-Konzernen, High-tech-Firmen und Banken erreichen ungeahnte Höhen, dank des FDP-Regulativs. Es sorgt dafür, daß diesen Leuten kein Haar (Steuerhaar) gekrümmt wird. Profit ist alles, was zählt.

Der Krieg in der Ukraine wird benutzt zu massiven Preissteigerungen. Gas, Strom und Lebensmittel werden für viele unbezahlbar.

Habeck und Lindner meinen, das sei der Preis, den wir alle zahlen müssen. Die Betonung liegt auf **w i r** ! Das sagen Leute, die monatlich



Armut breitet sich seit langem in der EU aus

um die 20 000 Euro zur Verfügung haben! Und diese Gelder genehmigen sie sich auch noch selber, wie z.B. die 1500 Euro „Pandemie-Zulage“ der Grünen. Denn Geld ist ja genug da. Ein „Sondervermögen“ von 100 000 000

Euro für Waffen, dazu kommt die jährliche 2-%-Vorgabe des BIP für die NATO. Damit steigt Deutschland nach den USA und China

zur drittgrößten Militärmation auf. Woher kommt nun das ganze Geld? Keine Frage, das wird den kommenden Generationen aufgebürdet, den jungen Menschen, die ja, wie man tönt, „unsere Zukunft“ sind. Oder vielleicht bedienen sie sich ja auch an den eingefrorenen – besser gestohlenen – Gold- und Devisenreserven, die Rußland auf westlichen Bankkonten aus Verkäufen von eigenen Rohstoffen zur Bezahlung von Importen zurückgelegt hatte. Wir sollten uns nichts vormachen: Wenn China und Indien sich demnächst an Sanktionen gegen Europa beteiligen sollten (Indien will die gesamte Menge Öl kaufen, welches nach Europa geliefert wird, zu einem besseren Preis) und wenn China, angefangen bei den seltenen

Erden, Nickel, Palladium, Wolfram, Chrom und weiteren Rohstoffen, uns mit Zöllen oder gar einem Boykott belegt, sieht es stockfinster aus in unseren Landen.

Joachim Augustin

Freifahrtschein der westlichen „Wertegemeinschaft“ tötet

Die Europäische Union (EU) hat gerade ihr fünftes Sanktionspaket gegen Rußland in Gang gesetzt. Die bürgerliche Journaille schürt hysterisch die Forderung nach einem vollständigen Energieembargo. Rußland ist mit aktuell über 5 500 Einzelsanktionen der von den USA und der EU am stärksten sanktionierte Staat der Erde. Am Tag vor dem Beginn der militärischen Operation gegen die Ukraine, dem 23. Februar, setzte die EU über 360 Sanktionen in Kraft, im März folgten mehr als 2000 weitere Maßnahmen aus den Giftschränken der Wirtschafts- und Handelspolitik in den USA und der EU. Lassen sich letztere noch als unmittelbare Reaktion auf das militärische Vorgehen Rußlands deuten, zeigt die Anzahl von über 2754 Sanktionen, die bereits vor dem 15. Februar gegen Rußland verhängt wurden, die ganze Dimension der durch den Westen forcierten Politik der Einkreisung und des planmäßigen Aushungerns Rußlands: Einfuhrverbote von und Ausfuhrverbote nach Rußland, Einfrieren von Bankkonten und Vermögenswerten russischer Firmen und Einzelpersonen, Handels- und Investitionsbeschränkungen, Reiseverbote, Abspaltung russischer Banken vom internationalen Finanzsystem und Ausschluß aus dem SWIFT-Zahlungsinformationssystem, dem über 11 000 Banken und Finanzinstitutionen aus fast 200 Ländern angeschlossen sind. Zwar richten sich etwa zwei Drittel der Maßnahmen gegen Einzelpersonen, wie die 351 Abgeordneten der Staatsduma, Politiker, Diplomaten, vereinzelt Oligarchen, zugleich treffen aber 366 Maßnahmen staatliche Institutionen, Firmen und Banken. Das stetige Heranrücken des NATO-Militärbündnisses an die Westgrenze Rußlands war stets begleitet durch eine von den USA koordinierte Eindämmung des russischen Welthandels. Die US-Administration konnte dabei fest auf ihre Verbündeten in Europa, auch auf Japan, Südkorea und Australien zählen, wenngleich die wirtschaftliche Entwicklung vieler Staaten Westeuropas, wie Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien, vor allem im Bereich der Importe fossiler Energieträger (Gas, Öl, Kohle) auf Rußland als den Lieferanten von Energie zu günstigen Preisen angewiesen war und noch immer ist. Diese Handelsbeziehungen waren den USA stets ein Dorn im Auge, vereitelten sie doch den Absatz von US-Erdgas und erwiesen sich als Hemmschuh für antirussische Vorgaben aus Washington. Es brauchte das Machtwort des US-Präsidenten Joe Biden, der Anfang Februar Bundeskanzler Olaf Scholz bei dessen Antrittsbesuch in Washington unmißverständlich aufgab, das Nordstream-2-Projekt sofort zu stoppen. Bündnistreue nennt sich das. Und Bündnistreue zahlt sich aus – für die USA: Als Wirtschaftsminister Robert Habeck kurz danach bei den Potentaten in Qatar mit devoter Geste um teures und umweltschädliches Flüssiggas bettelte und die Scheichs es ihm fürs erste aber abschlugen, knallten in der Chefetage des US-Energiemonopolisten „Cheniery Energy“ die Sektkorken und der Aktienkurs

schoß in die Höhe. Das bisher als übersteuert und umweltschädlich gemiedene Frackinggas findet nun mit Deutschland einen willfährigen und solventen Abnehmer. Joe Biden hat sich seine Provision verdient, Deutschland bindet sich noch enger an die USA und zahlt. Wer zahlt? Die Folgen der Sanktionen tragen immer jene, die nicht den geringsten Anlaß haben, sich den bis zum Exzeß gesteigerten Forderungen nach immer mehr und immer schärferen Sanktionen anzuschließen.

Rußland ist mit einem Marktanteil von etwa 20 % einer der größten Exporteure von Getreide weltweit. Gezwungen durch die Wirtschaftssanktionen hat die russische Regierung, um die Eigenversorgung des Landes sicherzustellen, einen befristeten Exportstopp verfügen müssen. Mehr als 30 Mio. Tonnen Getreide sind nunmehr dem Welthandel entzogen. In Europa wird der Export von Getreide zurückgefahren, um die ausgefallenen Importe aus Rußland zu kompensieren. Während dies für europäische Konsumenten zur extensiven Verteuerung von Brot, Nudeln und Mehlprodukten führt, zieht das Ausbleiben der Getreideprodukte in den ohnehin von Armut und Mangelwirtschaft gezeichneten Ländern Afrikas eine neue Hungerkrise nach sich. Die geringen Mengen, die noch auf die dortigen Märkte gelangen, sind durch die Verknappung nahezu unerschwinglich geworden. Die UN-Ernährungsorganisation FAO meldete vor wenigen Tagen, daß nach einem Krisenjahr der Dürren, Überschwemmungen und pandemiebedingten Lebensmittelverknappungen der jetzt eintretende Getreidemangel 350 Mio. Menschen einer „alarmierenden Hungersituation“ aussetzt. Angesichts dieser Katastrophe ist die Heuchelei, mit der Außenministerin Annalena Baerbock Mitte April im Niger ihre frohe Botschaft verkündete – „Wir sehen und wir hören Euch, auch wenn mitten in Europa ein Krieg tobt“ – nicht zu überbieten. In Berlin stimmt man für Kriegskredite in dreistelliger Milliardenhöhe, schreit nach weiteren Waffenlieferungen, kürzt im Etat des Entwicklungsministeriums 60 Mio. Euro Hungerhilfe und vor Ort wird den Hungernden dreist Bedauern und Hilfe ins Gesicht geschwindelt. Auch die dümmlichen Durchhalteparolen a la „Frieren für Frieden und Freiheit“ entspringen der Lastenverteilung, wie wir sie von der herrschenden Klasse gewohnt sind. Der expräsidentiale Vordenker, der dem Volk das Frieren empfiehlt, bezieht einen jährlichen Ehrensold von 236 000 Euro und verfügt mietfrei über neun Büros auf 197 Quadratmetern (Die Welt, 19.08.17). Damit läßt sich trefflich überwindern. Nein, es war auch nicht anders zu erwarten: Ob die Krise „Lehman Brothers“ (2008) oder „Corona“ (2020/21) heißt, ob Waffenlieferungen, Kriegskredite und Sanktionen den Rüstungskonzernen feuchte Träume beschere, die Lasten tragen immer die, die nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. In einer Welt des dicht vernetzten Warenverkehrs und globaler Lieferketten sind Schäden auf Seiten

Unbeteiligter nicht nur nicht auszuschließen, sondern gesetzmäßig. Sie sind längst Sinnbild einer monetären Kriegsführung geworden, die Hunger, Tod und Verarmung stets mit auf der Rechnung hat. Bürgerliche Politiker samt ihrer Medien verkaufen die Sanktionen in einem beispiellosen propagandistischen Feldzug als mildere Maßnahme und Alternative zum eigenen Kriegsbeitritt. Mit der gleichen Einfalt halten sie das Märchen aufrecht, wer Waffen liefere, werde nicht Kriegspartei. Als ob der, der einem anderen die Pistole zum Schuß übergibt, unschuldig am Tod des Erschossenen wäre. Zwischenstaatliche Sanktionen mißachten das Prinzip der Nichteinmischung und das 1945 in Art. 2 Ziff. 7 UN-Charta aufgestellte völkerrechtliche Interventionsverbot. Ulrich Sommerfeld hat in seinem Beitrag für die Februarausgabe des RotFuchs 2015 zurecht auf diesen Umstand hingewiesen. Allein den Vereinten Nationen steht das Recht zur Sanktionierung von Staaten (Art. 41, 42 UN-Charta) zu. In Art. 41 UN-Charta heißt es: „Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen – unter Ausschluß von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen; er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen“. Es gibt weder Sanktionsbeschlüsse der UN gegen Rußland noch wären die USA und die EU jemals von UN-Gremien zur Durchführung von Sanktionen ermächtigt worden. Die EU als überstaatliches Rechtsgebilde ist noch nicht einmal Mitglied der UN. Der US-Imperialismus und in seinem Gefolge die EU installieren unter Verstoß gegen die Regeln des Völkerrechts ihr Sanktionsregime in Eigenregie. Das hat Tradition: Vor 60 Jahren verhängten die USA gegen Kuba ein Handelsembargo, das der kubanischen Wirtschaft nach Expertenschätzungen bis heute einen Schaden von etwa 130 Mrd. US-Dollar zugefügt hat. Seit 30 Jahren verurteilt die Generalversammlung der UN jedes Jahr die Blockade, zuletzt im Juni 2021 mit 184: 2 Stimmen. Die USA kümmern diese Resolutionen nicht, genauso wenig wie Urteile des Internationalen Gerichtshofs (IGH), sofern sie selbst verurteilt werden: Im Falle Nicaragua/USA entschied der IGH am 27. 6.1986 auf mehrfachen Verstoß gegen das Völkerrecht. Die USA sind bis heute die milliardenschwere Entschädigung schuldig geblieben. Selbsterhellende Verstöße gegen das Völkerrecht sind geflissentlicher Ausdruck gerade jener „Wertegemeinschaft“, auf die der imperialistische Staat seine Bürger verpflichten will. Mit dem Freifahrtschein des geheuchelten Kampfes für „die Menschenrechte“ läßt sich nicht nur trefflich übertünchen, daß es im Irak, Iran, in Venezuela und Afghanistan um die handfeste Usurpation von Rohstoffen und Energieträgern ging, sondern es lassen sich auch überall in der Welt mit großem pseudo-moralischen Geschrei mißliebige Regierungen diskreditieren oder stürzen.

Die EU als Friedensnobelpreisträgerin und die Diplomatie

Man sollte meinen, daß die EU als Friedensnobelpreisträgerin im Interesse von Frieden und gegenseitiger Verständigung agiert. Also so, wie sie sich selbst sieht, als Vorkämpferin für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Doch betrachtet man das unprofessionelle und halbherzige diplomatische Geplänkel der EU seit 2014, stellt sich Ernüchterung ein. Mit Hilfe der Regierungen in den EU-geführten Ländern und dem hetzenden und aufwiegenden Mitwirken der „Qualitätsmedien“ hat man systematisch eine nicht zu überbietende Russophobie entfacht, die an schlimmste Zeiten des letzten Jahrhunderts erinnert. Es kam jedoch nicht plötzlich und unverhofft, sondern entwickelte sich langsam gemäß der seit Jahrzehnten vorangetriebenen US-amerikanischen Strategie. Und diese war ausgerichtet auf eine Situation, in der sich Rußland hätte dem Westen ergeben sollen, oder es wäre erneut zu einem Weltkrieg gekommen. Die Ukraine war nicht der Ausgangspunkt, sie war und ist lediglich ein Baustein in der Geostrategie des Westens.

Die gesamte EU schreit nun nach Waffen, Waffen, Waffen für die Ukraine, besonders die Staaten des Baltikums und Polen. In Deutschland steht eine Außenministerin an der Spitze, die angeblich aus dem Völkerrecht kommt, zugleich aber wohl auch das Amt der Kriegsministerin übernommen hat! Daß der Westen die Ursachen für den Krieg in der Ukraine setzte, will ihr nicht einleuchten! Statt dessen „profilieren“ sie sich mit immer neuen Forderungen nach Waffenlieferungen für die Ukraine. Dabei gehörte nur etwas gesunder Menschenverstand dazu, um zu

begreifen, daß damit kein Frieden geschaffen wird. In bedenkenloser USA-Hörigkeit erfüllen Deutschland und der Westen deren Auftrag, die Ukraine zu opfern, um Rußland „zerlegen“ zu können. Die menschlichen Opfer sind der NATO, voran den USA, völlig gleich-

und mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Es wäre doch seit 2014 Gelegenheit zur Übernahme deeskalierender Verantwortung gewesen. Der damalige Außenminister und heutige Bundespräsident hätte doch nicht nur salbungsvolle und nichts bedeutende Reden halten müssen,



Berliner Ostermarsch 2022

gültig. Wäre es anders, würden sie ihren Einfluß auf die ukrainische Regierung geltend machen, um den Krieg sofort zu beenden.

Irrlichternde politische Gestalten mit durchdringendem Sendungsbewußtsein und bar jeden Sachverstands traten in den letzten Jahren EU-weit in Erscheinung. Man braucht solche „Experten und Spezialisten“, um die ins Wanken geratene Weltherrschaft der USA aufrechtzuerhalten. Das Wissen um Geschichte und daraus folgende Lehren sind nicht mehr Voraussetzung für die Funktionsausübung dieser Politikergeneration. In Brüssel agieren sogenannte Politiker ohne Mandatierung, die man in den Herkunftsländern nicht mehr benötigt.

Unter dem Präsidentenpfarrer Gauck sollte Deutschland wieder zu mehr Größe finden

sondern sein angebliches Geschick zur Entspannung nutzen sollen. Er hätte zur Mäßigung der USA und der NATO bei deren Osterweiterung aufrufen und seine Stimme dafür einsetzen können. Daß er jetzt meint, man habe es nicht verstanden, Rußland in ein europäisches Sicherheitssystem einzubinden, klingt wie ein Hohn. Kamen denn von ihm mahnende und fordernde Stimmen an die Ukraine bzgl. der Umsetzung und Erfüllung von Minsk 2?

Wie er Rußland in eine Sicherheitsarchitektur einbinden wollte, bei der die NATO bis an die Haustür Rußlands vorrückte, bleibt wohl sein gut gehütetes Geheimnis. Die nach ihm folgenden Außenminister waren keinen Deut besser. Im Gegenteil, die derzeitige Außenministerin eskaliert und verläßt diplomatische Gepflogenheiten. Sie will Rußland ruinieren. Es setzt nicht einmal viel kausales und strategisches Denkvormögen voraus, um zu beurteilen, wohin eine solche Forderung führen würde. Was meint sie, was dann das Ergebnis sein soll?

Die Verlogenheit und Scheinmoral der westlichen Politiker ist nicht mehr zu toppen. Sie wird gegenwärtig dermaßen offensichtlich, daß immer mehr Menschen die Doppelbödigkeit des Westens erkennen.

Reiner Neubert
Berlin

Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?

14. Kalenderwoche. Im Deutschlandfunk wird gemeldet:

„Verteidigungsministerin Lambrecht läßt die Bundeswehr direkt Waffen in die Ukraine liefern.“

„Die Bundeswehr kann nicht mehr nachkommen, weil sie nicht genug hat, so kann jetzt die Rüstungsindustrie direkt in die Ukraine liefern“ – ein Dauerabo für die Rüstungsindustrie, kriegsverlängernd und eskalierend. „Bundesregierung prüft und sammelt Schutzräume für die Bevölkerung, z. B. in Tiefgaragen“,

„Habeck appelliert an Bevölkerung, Strom und Energie zu sparen“ – aus Solidarität mit der Ukraine, damit die Wirtschaftssanktionen gegen Rußland umgesetzt werden können. 10 % weniger Verbrauch pro Haushalt

wären doch möglich. An Menschen, die schon vorher an Essen und Energie sparen mußten, denkt er wohl nicht? Den Wohlhabenden s e i n e r Einkommensklasse werden 10 % Einsparungen oder 10 % Preissteigerung wenig ausmachen.

Wir erleben Klassenkampf von oben nach unten: Umverteilung des Bruttoinlandsprodukts zu Lasten von Werkträgern, Rentnern, Sozialleistungsempfängern, Pflege, Gesundheit, Bildung ..., 100 Mrd. Sonderausgaben für Hochrüstung, zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts jährlich für Rüstung – die Liste ist lang. Wir sagen NEIN und fordern: Alle Waffenlieferungen stoppen! Waffen der NATO aus der Ukraine abziehen! Die biochemischen Anlagen, davon soll es 26 allein auf ukrainischem Gebiet geben,

müssen geschlossen werden. So würde auch der Anlaß für die russische Sonderoperation wegfallen und Rußlands Militär könnte die Ukraine verlassen.

Im Sinne des Friedens muß die Präsenz der NATO direkt an Rußlands Grenzen beenden werden, ebenso die NATO-Manöver, die sich euphemistisch „Defender“ nennen.

EU und Bundesregierung eskalieren, anstatt zu deeskalieren. Sie lassen sich von dem Weltanzspruch der USA führen. Die „apokalyptischen Reiter“ sind durch Vernunftapelle wohl nicht zu stoppen. Erinnern wir uns: Der Kapp-Putsch 1920 wurde durch die Einheit der Arbeiter aller Gewerkschaften nach einer Woche beendet.

Monika Gottwald
Gera

Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer

Die NATO weitet ihre Truppenpräsenz in Ost- und Südosteuropa erheblich aus. Das ist eines der Ergebnisse des jüngsten Gipfeltreffens, zu dem die Staats- und Regierungschefs des Militärbündnisses in Brüssel zusammenkamen.

Truppenpräsenz verdoppelt

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben auf ihrem Gipfeltreffen am 24.3. in Brüssel eine deutliche Ausweitung der Truppenpräsenz des westlichen Bündnisses in Ost- und Südosteuropa beschlossen. Demnach kommen zu den vier bereits bestehenden NATO-Battlegroups in Estland, Lettland, Litauen und Polen vier weitere in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien hinzu. Damit bilden die NATO-Militärstandorte, wie Generalsekretär Jens Stoltenberg gestern äußerte, einen langen Bogen, der „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“ reicht.[1] Eine weitere Aufstockung der Truppen ist im Gespräch; Berichten zufolge könnten die NATO-Einheiten in Ost- und Südosteuropa „auf bis zu acht Brigaden ausgedehnt werden“.[2] Eine Entscheidung darüber wird auf dem NATO-Gipfel Ende Juni in Madrid erwartet. Schon jetzt wird das westliche Bündnis auch die Zahl der Kampfjets, die in den östlichen Mitgliedstaaten mit der Luftraumüberwachung befasst sind, erhöhen und in einigen Ländern Patriot-Luftabwehrbatterien aufstellen. Zudem sollen ab sofort mehr Flugzeugträgerkampfgruppen, U-Boote und andere Kriegsschiffe regelmäßig in der Region auftauchen. Der Bogen der Marinepräsenz reicht laut Stoltenberg „vom Hohen Norden bis zum Mittelmeer“ und, soweit möglich [3], bis ins Schwarze Meer.

Die Beteiligung der Bundeswehr

An der Ausweitung der NATO-Präsenz in Ost- und Südosteuropa beteiligt sich auch die Bundeswehr. Schon am 7. Februar hatte das Verteidigungsministerium bekanntgegeben, die deutsche Beteiligung an der NATO-Battlegroup in Litauen werde von 550 auf 900 Soldaten aufgestockt.[4] Zudem teilt die Bundeswehr mit, sie werde bis zu 700 Militärs sowie Patriot-Luftabwehrbatterien in die Slowakei entsenden; dort sollten sie die neu in Aufstellung begriffene NATO-Battlegroup unterstützen. Die genaue Truppenzahl sowie den genauen Standort gibt die Bundeswehr „aufgrund der sicherheitspolitischen Lage“ nicht bekannt.[5] Die Luftwaffe wiederum unterstützt unverändert die Luftraumüberwachung im Baltikum und beteiligt sich darüber hinaus – bereits seit dem vergangenen Jahr – an der Luftraumüberwachung in Rumänien, aktuell auch an der Luftraumüberwachung in Polen. Die Marine wiederum hat unmittelbar nach Russlands Überfall auf die Ukraine ihre Aktivitäten in der Ostsee verstärkt und konzentriert sich dabei unter anderem auf die Minenabwehr.[6] Davon abgesehen hat Deutschland eine wichtige Funktion als logistische Drehscheibe für den NATO-Aufmarsch in Richtung Rußland; so ist in Ulm das Logistikkommando Joint Support and

Enabling Command (JSEC) ansässig, das auch NATO-Truppenbewegungen auf dem europäischen Kontinent optimiert.[7]

Seit Jahren geplant

Die Ausweitung der NATO-Truppenpräsenz in Ost- und Südosteuropa ist bereits vor dem Ukraine-Krieg und sogar vor der Eskalation der Ukraine-Krise Ende Oktober 2021 geplant worden. Hardliner hatten schon lange darauf gedrungen, in der Region größere Truppen zu stationieren; im Juni 2020 hatte beispielsweise US-Generalleutnant a.D. Ben Hodges, ein ehemaliger Oberkommandierender der US-Landstreitkräfte in Europa, gefordert, in der Schwarzmeerregion ein Äquivalent zu den NATO-Battlegroups im Baltikum und in Polen aufzustellen.[8] Ende 2021 wurde bekannt, daß die Vorbereitungen, diese Pläne in die Realität umzusetzen, bereits weit fortgeschritten waren. Als die Umsetzung Mitte Februar 2022 konkret wurde, zeichneten sich Widerstände ab; dies galt unter anderem für die Slowakei, wo bereits der Abschluß eines Truppenabkommens mit den USA auf schweren Protest gestoßen war.[9] Diese Widerstände sind nun zumindest fürs Erste überwunden – allerdings nicht vollständig und nicht überall. So weisen Beobachter darauf hin, daß Ungarn sich nach wie vor weigert, fremde NATO-Truppen in relevanter Zahl auf Dauer aufzunehmen; die in Ungarn stationierte Battlegroup soll daher beinahe ausschließlich aus ungarischen Soldaten bestehen. In Bulgarien soll der auswärtige Anteil gering bleiben; die Führung über die Battlegroup liegt bei den einheimischen Streitkräften.

Rekordmanöver in der Arktis

Wie weit die gegen Rußland gerichteten NATO-Planungen bereits vor der Eskalation des Ukraine-Konflikts im Herbst 2021 vorangeschritten waren, zeigen exemplarisch Manöver der NATO-Streitkräfte, die aktuell abgehalten werden oder jüngst abgeschlossen wurden; sie wurden jeweils viele Monate lang vorbereitet. So fand beispielsweise im Norden Norwegens die Kriegsübung Cold Response 22 statt; Ziel war es dabei, die Kriegführung unter arktischen Bedingungen zu proben. Rund 30 000 Soldaten aus 27 Staaten waren beteiligt, darunter einige hundert Soldaten der Bundeswehr. Damit handelte es sich um das größte Manöver in der Arktis seit dem Ende des Kalten Krieges. Eingebunden waren Einheiten der Land-, Luft- sowie Seestreitkräfte, darunter zwei Flugzeugträgerkampfgruppen um den US-Flugzeugträger USS Harry S. Truman und den britischen Flugzeugträger HMS Prince of Wales.[10] Bereits im April 2021 hatte es in einem Vorabbericht geheißt, die norwegische Region Ofoten, in der Cold Response 22 schwerpunktmäßig abgehalten wird, sei „im Fall eines größeren globalen Konflikts, der Rußland im Nordatlantik einbezieht, von strategischer Kernbedeutung“: Sie sei „600 Kilometer von der Halbinsel Kola entfernt“, auf der unter

anderem die Atom-U-Boote der russischen Nordflotte stationiert sind.[11]

U-Boot-Abwehr

Bereits am 4. März zu Ende gegangen war das Manöver Dynamic Manta 2022. Dabei wurden im zentralen Mittelmeer einerseits die Überwasserkriegsführung, andererseits die U-Boot-Abwehr geübt. Beteiligt waren Kriegsschiffe, U-Boote und Flugzeuge aus allen in allem neun NATO-Staaten. Die Bundeswehr war mit Teilen des Marinefliegergeschwaders 3 „Graf Zeppelin“ präsent.[12] Dynamic Manta ist eine von zwei regelmäßig abgehaltenen Manöverserien, mit denen die NATO die Abwehr feindlicher U-Boote probt. Die zweite trägt den Namen Dynamic Mongoose und wird abwechselnd vor der Küste Nordnorwegens und bei Island durchgeführt. Findet Dynamic Mongoose in einem Seegebiet statt, das U-Boote der russischen Nordflotte durchqueren müssen, wenn sie von der Halbinsel Kola in den Atlantik einfahren wollen, so liegt das Übungsgebiet von Dynamic Manta in relativer Nähe zum Bosphorus und zu den Dardanellen, durch die russische U-Boote aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer gelangen können.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 25.3.22

[1] Press conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the extraordinary Summit of NATO Heads of State and Government. [nato.int](https://www.nato.int) 24.03.2022.

[2] Thomas Gutschker: Vier weitere Battlegroups. Frankfurter Allgemeine Zeitung 24.03.2022.

[3] Der Vertrag von Montreux aus dem Jahr 1936 erlegt Schiffen aus Nicht-Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres klare Beschränkungen für die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus auf.

[4] Bundeswehr entsendet mehr Truppen an NATO-Ostflanke. [bmvg.de](https://www.bmvg.de) 07.02.2022.

[5] Bundeswehr verlegt Luftverteidigungskräfte in die Slowakei. [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) 17.03.2022.

[6] Die Marine verstärkt die Minenabwehr in der Ostsee. [Bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) 28.02.2022.

[7] S. dazu Das Military Mobility Project.

[8] Ben Hodges, Janusz Bugajski, Ray Woycik, Carsten Schmiedl: NATO Needs a Coherent Approach to Defending its Eastern Flank. [warontherocks.com](https://www.warontherocks.com) 12.06.2020. S. dazu „Eine einheitlichere Front gegen Rußland“.

[9] S. dazu Neue Hürden.

[10] Preparations ramp up for Norway's largest exercise in 30 years. [defbrief.com](https://www.defbrief.com) 02.03.2022.

[11] Thomas Nilsen: Norway to host biggest exercise inside Arctic Circle since Cold War. [thebarentsobserver.com](https://www.thebarentsobserver.com) 14.04.2021.

[12] Dynamic Manta 2022 beendet. [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de) 16.03.2022.

Friedensbewegung vor immensen Herausforderungen

*Wir dokumentieren einen Auszug aus der Rede des Ko-Sprechers des Bundesausschusses Friedensratschlag **Lühr Henken**, die er am 5. April in Berlin hielt.*

Was hat es mit der US-Enthauptungsschlagwaffe auf sich?

Die USA lassen Hyperschallraketen für Armee, Luftwaffe und Marine entwickeln¹. Das Programm hat „höchste Priorität“² für das Pentagon. Für Deutschland und Europa steht ein Déjà-vù ins Haus. Die Eckdaten der Hyperschallrakete „Dark Eagle“ von Lockheed-Martin, dem einstigen Hersteller der Pershing 2, sind klar: Reichweite mehr als 2 775 km, auf LKW landbeweglich und in Flugzeugen transportierbar, Stationierung ab 2023. Sie sollen nicht-nuklear bewaffnet werden.

Hyperschallraketen sind mindestens fünfmal schneller als der Schall. „Dark Eagle“ hat die 12fache Schallgeschwindigkeit. Daß sie in Europa stationiert werden sollen, ist klar,³ wo sie in Europa stationiert werden sollen, ist nicht bekannt. Von wo sie kommandiert werden sollen, jedoch schon. Von Wiesbaden aus, beim Europa-Hauptquartier der US-Armee. Dort ist seit November eine 500 Mann starke „Multi-Domain-Taskforce“ (MDTF) eingezogen, deren 56. Artilleriekommando exakt jenes ist, welches bis 1991 für die Pershing 2 zuständig war. Die dem Kommando untergeordnete 41. Feldartilleriebrigade im bayrischen Grafenwöhr stellt damals wie heute die Kanoniere. Deshalb liegt es nahe, daß die „Dark Eagle“ in Grafenwöhr stationiert werden. Moskau liegt 2 000 km von Grafenwöhr entfernt. Die Flugzeit der „Dark Eagle“ von dort beträgt 10 Minuten. Was für Ziele gibt es in über 2 000 Kilometern Entfernung, die unbedingt binnen weniger Minuten zerstört werden müssen? Reicht dafür nicht ein Tomahawk-Marschflugkörper?

Zu dieser Frage erklärte das US-Heer im September 2021, die Raketen „Dark Eagle“ würden „eine einzigartige Kombination von Geschwindigkeit, Manövrierfähigkeit und Flughöhe liefern, um zeitkritische, stark verteidigte und hochwertige Ziele zu besiegen“.⁴

Gehen wir die einzelnen Parameter kurz durch: *Zur Geschwindigkeit:* 12fache Schallgeschwindigkeit zu Unterschall bei Tomahawk.

Zur Manövrierfähigkeit: Im Unterschied zu ballistischen Raketen, die eine berechenbare Flugparabel beschreiben, ist „Dark Eagle“ lenkbar, so daß ein Abfangen unmöglich ist. Jedenfalls bisher. Das von der Hyperschallrakete gelöst



Die US-Hyperschallrakete „Dark Eagle“ (fünffache Schallgeschwindigkeit) soll 2024 in der Bundesrepublik stationiert werden

te Gleitvehikel schlägt samt konventionellem Sprengstoff mit Hyperschallgeschwindigkeit präzise ein. Volltreffer in ein Haus.

Zeitkritisch bedeutet, es zielt nicht auf unbewegliche Ziele wie zum Beispiel militärische Infrastruktur, sondern auf bewegliche Ziele, die ihren Standort ändern.

Stark verteidigt meint, durch Raketenabwehr verteidigt, und *Hochwertziel* meint, politische oder militärische Führungspersonen. Wegen des Kriteriums zeitkritisch, kommen Tomahawk nicht in Frage. Sie wären zwei Stunden unterwegs und von russischer Raketenabwehr zerstörbar. Hyperschallraketen benötigen von Grafenwöhr aus nach Moskau 10 Minuten, von der Nord-Ukraine nur 5 Minuten. Sie sind Überraschungswaffen, also Erstschlagwaffen, die die politische Führung Rußlands töten sollen. Dark Eagle „ist eine Hightech-Waffe. Ein Schuß kostet mehr als 40 Millionen Dollar.“⁵ Daß die russische Führung diese Bedrohung wahrgenommen hat, ist klar. Putin benutzte das Bild „vom Messer an der Kehle“. Um diese Gefahr, die von ukrainischem Boden ausgeht, auszuschließen, hat Rußland den Krieg gegen die Ukraine begonnen.

Was wird Putin unternehmen, wenn „Dark Eagle“ in Deutschland stationiert werden, nachdem Scholz dazu grünes Licht gegeben hat? Sind Wiesbaden, Grafenwöhr, Stuttgart als EUCOM- und AFRICOM-Zentrale im Visier russischer Atomwaffen oder Hyperschallwaffen

oder sind es die Kabelverbindungen zwischen den US-Kommandozentralen?

Wollen wir es dazu kommen lassen, daß solche Angriffe möglich werden? Wollen wir es zulassen, daß Hyperschallwaffen von Deutschland aus kommandiert und in Deutschland und Europa stationiert werden? Eine immense Herausforderung für die deutsche Friedensbewegung. Eins ist klar: Kommen die „Dark Eagle“ nach Europa, steigen die Spannungen ins Unermeßliche. Die Bundesregierung darf „Dark Eagle“ in Deutschland nicht zulassen, die MDTF muß Deutschland verlassen.

Scholz' Aufrüstungs-Booster ab 2022

Kanzler Scholz hat uns weitere Herausforderungen beschert. Ein Coup sondergleichen. Im Bundestag verkündete er am 27. Februar eine angebliche Zeitenwende. Scholz behauptete im Bundestag: „Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine. Wir müssen uns deshalb fragen: Welche Fähigkeiten besitzt Putins

Rußland, und welche Fähigkeiten brauchen wir, um dieser Bedrohung zu begegnen, heute und in der Zukunft?“ Er verkündet das Ziel einer leistungsfähigen, hochmodernen, fortschrittlichen Bundeswehr, „die uns zuverlässig schützt“. Dann verkündet er Maßnahmen: die Aufnahme von 100 Milliarden Euro als „Sondervermögen“ in den Bundeshaushalt 2022, aus dem „notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben“ entnommen werden sollen. Das soll im Grundgesetz abgesichert werden. Und Scholz sagte: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Konkret bezüglich einzelner Rüstungsprojekte erklärte er, daß „oberste Priorität“ der Bau einer neuen Generation von Kampfflugzeugen und Panzern gemeinsam mit europäischen Partnern, insbesondere mit Frankreich hier in Europa, hätten. Zudem sollen die Eurofighter weiterentwickelt werden, die Eurodrohne wird weiter gebaut und die „Anschaffung der Heron-Drohne aus Israel treiben wir voran“, sagte Scholz. „Für die nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ansatz für die veralteten Tornado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zu Electronic Warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.“⁶

Dazu bedarf es sehr kritischer Anmerkungen: Zunächst ist die Annahme nicht belegbar, daß Putin Europa militärisch neu ordnen will. Wir wissen, daß es ihm um Sicherheitsgarantien geht, die auf Gegenseitigkeit beruhen und auf gegenseitiger vertraglich gesicherter Kontrolle.

1 Congressional Research Service, The U.S. Army's Long-Range Hypersonic Weapon (LRHW), 8.12.2021, 3 Seiten, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF11991>

2 The Military Balance 2022, S.31

3 NDR Info, Streitkräfte und Strategien, 12.3.2022, Manuskript, 18 Seiten, S. 14 f, https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/sendemanuskriptstreitkraefte160.pdf

4 Dave Makichuk, Mach 5 Monster: Germany to Get Dark Eagle Missiles, Asia Times, 14.11.2021, <https://asiatimes.com/2021/11/death-at-mach-5-germany-to-get-lethal-dark-eagle-missile/>

5 Col. Mark Gunzinger, USAF (Ret.), Lukas Autenreid, Bryan Clark, Cost-Effective Long-Range Strike, 30.6.2021, <https://www.airforcemag.com/article/cost-effective-long-range-strike/>

6 Plenarprotokoll, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 19. Sitzung, 27.2.2022, S. 1353

Insbesondere die Angst wegen der Hyper-schallwaffen, der Atombomber, nuklearen Teil-habe und das Einkreisen Rußlands in Europa, hier insbesondere durch die Aufnahme der Ukraine in die NATO, sind die Kernpunkte. Daraus abzuleiten, er wolle ein russisches Imperium errichten, ist ebenso wenig belegt.

Die Interessenkonflikte sind nur am Verhandlungstisch lösbar, nicht mit neuen Aufrüstungen. Wohin sollen die horrend steigenden Militärausgaben führen? Wenn schon das Neunzehnfache der Ausgaben nicht abschreckend wirkt, soll es durch das Fünfundzwanzigfache erreicht werden?

Die Konfrontationspolitik des Westens hat nicht zu einer Entspannung geführt, sondern genau in diese russische Einengung, aus der Rußland keinen anderen Ausweg wußte, als so frühzeitig wie möglich den gordischen Knoten zu durchtrennen.

Ach, und das, was von Scholz hier so dahingebatzt wurde, ist keine „Zeitenwende“, sondern nur die Beschleunigung einer bereits 2014 begonnenen Aufrüstung, die das Anwachsen des Rüstungshaushalts nach NATO-Kriterien bis 2024 auf 1,5 Prozent des BIP vorsah, dann erst 2031 bis auf zwei Prozent anwachsen sollte. Nach Scholz' Ansage sollen die zwei Prozent schon in diesem Jahr erreicht werden und nicht erst 2031. Dafür die Grundgesetzänderung. 2019 wurde ein 12-Jahres-Plan in Gang gesetzt, der am Ende zu einer Verdopplung der

Feuerkraft der Bundeswehr führen soll. Möglicherweise wird das etwas früher erreicht.

Was bedeutet das für die deutschen Militärausgaben? Im letzten Jahr lagen sie nach NATO-Kriterien bei 53 Milliarden Euro⁷. Sie waren acht Jahre lang jedes Jahr gestiegen. In diesem Jahr war eine Steigerung auf 57 Milliarden vorgesehen. Nach der Scholz-Ankündigung müßten sie auf 77 Mrd. Euro⁸ steigen, damit es zwei Prozent des BIP sind. Real würde das ein Plus von 24 Milliarden Euro zum Vorjahr bedeuten (+ 45 Prozent). So etwas hat es noch nie gegeben. Abschließend noch ein Wort zu den von Scholz angesprochenen Waffensystemen.

Geplant sind:

- bis zu 40 F-35-„Tarnkappenbomber“, die präzise US-Atombomben gegen gebunkerte Kommandozentralen in Rußland tragen

7 NATO, 31.3.2022, Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2021), 16 Seiten, S. 6, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/3/pdf/220331-def-exp-2021-en.pdf

8 BIP Deutschlands 2021: 3.570, 6 Mrd. Euro, <https://de.statista.com/themen/26/bip/> Prognose für 2022 laut der vier Wirtschaftsweisen: + 1,8 Prozent. Die prognostizierte Inflationsrate für 2022 beträgt 6 %, so daß für dieses Jahr mit einem BIP von 3.849 Mrd. Euro zu rechnen ist. Zwei Prozent davon sind 77 Mrd. Euro.

sollen. Sie sind im Radar sehr schwer zu erkennen und eignen sich zum Erstschlag. (Anschaffungskosten 9 bis 15 Milliarden Euro)

- mit Frankreich und Spanien zusammen bis 2040 ein neues Kampfflugzeugsystem (FCAS), das mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz autonome Drohenschwärme steuern kann und atomar bewaffnungsfähig ist. Es soll der EU eine weltweite Luftüberlegenheit sichern. (Kosten des deutschen Anteils 120 bis 150 Milliarden Euro)
- mit Frankreich zusammen bis 2035 neue Generationen von Kampfpanzern und Artilleriesystemen (Kosten nicht abschätzbar)
- Munition (Kosten 20 Milliarden Euro)
- 40 bis 60 schwere Transporthubschrauber (Kosten 5 Milliarden Euro)
- bewaffnete Drohnen HERON TP und Euro-drohne (Kosten 5 Milliarden Euro)

Das alles sind enorme Herausforderungen, die nur gemeinsam zu bewältigen sind. Wir benötigen eine Konzentration auf zwei Aufgaben:

„Dark Eagle“ verhindern und deutsche Aufrüstung stoppen!

Sonst gehen wir als Menschheit unter. Die Forderungen „Abrüsten statt Aufrüsten“ und „Entspannungspolitik statt Konfrontation“ sind gültiger denn je!



RAUSCHKAUF*

Kaufrausch, Rauschkauf, psychogen?
Nicht in dieser Größenordnung,
Wie vor kurzem erst geschehn,
Zur bedingten Drohverorgung,
Rüstungsstärkend auszusehn.

Unter achtzig Millionen
Ist das Werkzeug nicht zu haben.
Somit reichen nicht mehr Drohnen
Gegen böse Moskauknaben,
Die im Kremlobunker wohnen.

Fünfunddreißig Stück zu kaufen,
Nahm sich Deutschland eifrig vor:
Mit Gedonner in die Traufen
Gegen Rußlands Wodka-Saufen,
Kampfgesang wie einst im Chor.

Vollschub, Höhenruder, Bamm!
„Tagesschau“ verkündet stramm,
Daß der Tarnkapp-Himmelsreiter,
Vollzerstörungszubereiter,
Nukleares tragen kann.

Schnelligkeit und Kampfjet-Tarnung.
Anzupeilen deshalb schwer.
Dennoch fielen, ohne Warnung,
Zwei davon beinah ins Meer.

Lutz Jahoda

* Am Samstagvormittag, dem 5. März 2022, hatten zwei F-35-Tarnkappen-Bomber auf dem Zivilflughafen BER (Berlin-Schönefeld) notlanden müssen. Die F-35A sind Produkte der Firma Lockheed Martin.

Erinnert sei an die hohen Lockheed-Starfighter-Abstürze 1962 und 1965 mit vielen toten Piloten und an den Beinamen „Witwenmacher“ für dieses unausgereift ausgelieferte Modell F-104G. Einschließlich des letzten Unfalls im Jahr 1984, kamen 116 Piloten ums Leben. Darunter 108 Deutsche und 8 US-Amerikaner. US-Anwalt Melvin Belli hatte eine Sammelklage gegen Lockheed erwirkt. 7 Millionen Dollar mußte die Firma an die Hinterbliebenen zahlen.

Deutschland im Hochtüftelfieberstuß. Daß ich das noch erleben muß!

Frieden geht nur mit Rußland und China

RF dokumentiert Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der DKP Patrik Köbele auf der Tagung des Parteivorstandes am 9. April

(...) Es gibt Überlegungen, ob Rußland den westlichen Falken auf den Leim gegangen ist. Es gibt die Warnung vor einer nächsten Falle wie Afghanistan. Das Sekretariat des Parteivorstands hat in dieser Situation, die uns alle überrascht hat, von der wir alle wie vor den Kopf geschlagen waren, das einzig Richtige getan: Es hat auf die Hintergründe dieses Krieges hingewiesen, es hat die NATO als den eigentlich ursächlichen Aggressor identifiziert, es hat die Rückkehr zur Diplomatie und an den Verhandlungstisch gefordert und auf diesem Weg die Einstellung der kriegerischen Handlungen. Die Partei hat darüber hinaus festgestellt, daß wir eine fürchterliche Niederlage erlitten haben. Wir konnten dem Kriegstreiben unserer Herrschenden keinen Einhalt gebieten. Das ist die konkrete und bittere Anwendung der Erkenntnis: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Unabhängig davon, wie man zu diesem Krieg steht, ob man den russischen Angriff verurteilt oder nicht, kommt man nicht darum herum, sich mit den von Rußland formulierten Zielen dieses Angriffs auseinanderzusetzen: Die Neutralität der Ukraine, ihre Demilitarisierung und ihr Verzicht auf Atomwaffen beziehungsweise deren Stationierung auf dem Gebiet der Ukraine.

Darüber hinaus die Anerkennung der beiden Volksrepubliken sowie die Zugehörigkeit der Krim zu Rußland und schließlich die Zurückdrängung des Einflusses faschistischer Kräfte.

All diese Punkte werden letztlich in irgendeiner Form Bestandteil eines Systems sein müssen, das die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands, der Ukraine und der beiden Volksrepubliken beinhaltet. Ein solches System schließt einen NATO-Beitritt der Ukraine genauso aus wie den Beitritt zur EU, denn auch der EU-Grundlagenvertrag beinhaltet in Artikel 42, Absatz 7, die militärische Komponente. Ein solches System fordern wir. Und wir sagen: Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa kann es ohne Rußland nicht geben – und für eine dauerhafte Friedensordnung geht es um ein Rollback der NATO.

(...) Der ideologische Zusammenhalt, die Bereitschaft, gegen „den Russen zu frieren“, ist für die Herrschenden wichtig. Und sie haben natürlich noch die Möglichkeit, Brüche nach rechts umzuleiten. Aus meiner Sicht wird sich das vor allem an der Frage entscheiden, ob es ihnen gelingt, ihre Lüge aufrechtzuerhalten, daß dieser Krieg am 24. Februar 2022 begann. Wenn der Jugoslawien-Krieg vergessen wird, wenn keiner über die seit 1999 laufende NATO-Osterweiterung redet. Wenn schließlich der achtjährige Krieg der Ukraine gegen den Donbass verschwiegen wird – dann ist das ideologisch die Voraussetzung zur Einbindung der Massen in den Kurs gegen Rußland und China. Dann ist das die Voraussetzung, daß die Massen diesen Kurs auch noch möglichst freiwillig bezahlen.

Situation der Friedensbewegung

Die Chancen, das zu verhindern, steigen in dem Maße, wie es uns gelingt, die Wut über die sozialen Angriffe, über die Inflation, über die Explosion von Energiepreisen und Mieten in einen Zusammenhang mit den Hochrüstungs- und Großmachtplänen des deutschen Imperialismus zu bringen.

Wir müssen nüchtern bilanzieren, daß die größten Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der geschichtslosen Analyse der jetzigen Situation völlig auf den Leim



DKP-Vorsitzender Patrik Köbele

gehen. Für sie gibt es nur einen Aggressor: Rußland und Putin – die NATO spielt kaum mehr eine Rolle, und das Hochrüstungspaket der Bundesregierung wird in mehr oder minder großem Umfang nicht nur akzeptiert, sondern zum Teil als nötig empfunden. Das hat natürlich damit zu tun, daß wiederum eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Drecksarbeit macht, aber als alleinige Erklärung ist das zu kurz gegriffen.

Ich sehe es als Teil unserer Niederlage. Wir hatten die Illusion, daß eine politisch fundierte Friedenshaltung zumindest im Funktionärskörper der Gewerkschaftsbewegung breiter verankert war.

Die Linkspartei zerlegt sich derzeit. Wobei ich erwarte, daß das Ergebnis dieses Zerlegens weniger Spaltungstendenzen sein werden als vielmehr die Integration der Linkspartei in die Strategie des deutschen Imperialismus. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich schon aus der Unterstützung von NATO-kritischen Veranstaltungen zurückgezogen, weil dies inhaltlich heute nicht mehr im Fokus stehe und überlebt sei.

In den traditionellen Strukturen der Friedensbewegung gibt es nicht wenige, die sich der Einbindung widersetzen. Dazu gehören auch einzelne Friedensstrukturen innerhalb von Einzelgewerkschaften. Das muß gestärkt werden, vor allem, da die Herrschenden einiges daran setzen, eine „alternative“ Friedensbewegung zu installieren, deren zentraler Inhalt „Solidarität mit der Ukraine“ ist – also Solidarität mit einem nationalistischen Staat, der seit acht Jahren einen blutigen Krieg gegen den Donbass führt. Da erschallen dann plötzlich Friedenslieder und danach „Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden“, der alte

antikommunistische und faschistische Slogan, mitgebrüllt oft von Menschen, die tatsächlich nur Angst vor dem Krieg haben.

Mit dieser Situation umzugehen ist mit „dicke Bretter bohren“ zu harmlos beschrieben. Wir müssen überall, auf allen Ebenen diskutieren und entscheiden, wo und wie wir unsere wenigen Kräfte am effektivsten einbringen. Das gilt für Strukturen der Friedensbewegung, das gilt für die Teilnahme an öffentlichen Aktionen, das gilt aber vor allem auch für Strukturen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Aufgaben im Friedenskampf

Ich glaube, daß sich einigermaßen trennscharf formulieren läßt, was aus unserer Sicht Gemeinsamkeiten und Trennendes im Kampf um Frieden darstellt.

Wir sind solidarisch mit allen Menschen, die unter Kriegen leiden, das betrifft die Menschen in der Ukraine, in den Volksrepubliken, die direkt von den Kampfhandlungen betroffen sind, das betrifft die Menschen in Rußland, die unter den Sanktionen leiden, das betrifft die Millionen Geflüchteten insgesamt und diejenigen, welche nach Deutschland kommen. Eine Grenze, die wir aber nicht mit überschreiten können, ist die Grenze zur Solidarität mit der Ukraine, also dem Staat, der Regierung. Dieser führt Krieg – und zwar, wie bereits gesagt, seit schon acht Jahren.

Hinsichtlich der Geflüchteten wollen wir, daß alle, die vor Krieg flüchten, vernünftige und gute Lebensbedingungen erhalten. Die Flüchtlinge aus der Ukraine können nichts dafür, daß durch die politische Instrumentalisierung nun offensichtlich mehrere Klassen von Flüchtlingen existieren. Auf die Heuchelei müssen wir aber schon hinweisen.

Die Forderung nach der Herstellung der territorialen Souveränität der Ukraine können wir nicht teilen, wenn sie die Realität der Krim und der Volksrepubliken rückgängig machen will. Die Umsetzung dieser Forderung hätte vermutlich Massaker an den dort Wohnenden zum Ergebnis und würde geopolitisch und militärstrategisch der Aggressionsstrategie der NATO dienen.

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine heißt für uns auch, Solidarität mit den Menschen zu üben, die seit Jahren verfolgt werden, weil sie für Frieden mit Rußland eintreten, heißt Solidarität mit der Kommunistischen Partei der Ukraine und dem Komsomol, deren Mitglieder und Freunde aktuell von Verfolgung, Lynchjustiz und Mord bedroht sind. Ja – wir sind solidarisch mit allen Kriegsoffern in der Ukraine, aber die besondere Bedrohung ukrainischer Antifaschisten und Kriegsgegner durch die Regierung Selenski, deren Organe und nationalistische und faschistische Banden erfordert unsere besondere Solidarität: Freiheit für unsere Genossen Michail und Aleksander Kononowitsch! Genauso gehört unsere besondere Solidarität den vergessenen Opfern des Krieges der Ukraine gegen die Donbassrepubliken.

Aus UZ vom 15. April 2022

Zum 1. Mai: Klassenkampf und sozialistischer Widerstand

Lateinamerika ist kein bedeutender Akteur auf der Bühne der geopolitischen Spannungen, die zum Krieg in der Ukraine führten. Warum sind Kuba, Nicaragua und Venezuela trotzdem eine existenzielle Gefahr für die USA? Warum vereinen sich alle Flügel der Demokraten und Republikaner der USA gegen sie? Dafür sprachen bisher zwei Faktoren:

Erstens, die Kraft des Beispiels, zu versuchen, unabhängige und selbstbestimmte Gesellschaftsprojekte aufzubauen, in denen die materiellen Möglichkeiten und die Interessen der Menschen wichtiger sind als das Kapital. Zweitens, die staatliche Klassenkampfpolitik der USA. Die Monroe-Doktrin bildet auch für die Biden-Administration den Orientierungsrahmen der Politik. Während der letzten zwanzig Jahre wurde sie zur Zwei-Parteien-Außenpolitik der USA. Ihre zentrale Idee: Jede x-beliebige Nation, die versucht, sich von den USA zu lösen und ein unabhängiges Projekt aufzubauen, bedroht die Vorherrschaft der USA in der betreffenden Region der Welt und muß deshalb zerstört werden. Die Tatsache, daß Kuba, Nicaragua und Venezuela versuchen, nicht nur ein unabhängiges gesellschaftliches Projekt, sondern den Sozialismus aufzubauen, macht sie zu den größten Unruhestiftern.

Es gibt auch eine ideologische Komponente: Die bloße Existenz dieser Nationen in diesen historischen Zeiten, die von immer tiefer und unumkehrbar werdenden Widersprüchen und der aktuellen Krise der kapitalistischen Ordnung charakterisiert sind, birgt eine gravierende ideologische Bedrohung in sich. Wenn diese relativ armen Nationen soziale Wohnungen bauen, kostenlose Bildung und medizinische Versorgung anbieten können; wenn sie garantieren können, daß niemand hungern muß; wenn sie demokratische Strukturen aufbauen können, in denen das Recht der Volksteilnahme geschützt ist, dann fragt man sich, warum diese Menschenrechte nicht für die Bevölkerung der USA realisierbar sind. Das USA-Imperium strebte nie danach, die Menschenrechte durchzusetzen. Ihm geht es nur um Profit und Hegemonie.

Kuba, Nicaragua und Venezuela versuchen einen Sozialismus mit dem verpflichtenden Rahmen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der persönlichen Menschenrechte aufzubauen. Sie vertreten die Auffassung, daß die persönlichen Menschenrechte die universelle Menschenwürde und die soziale Gerechtigkeit, welche die Individuen und Kollektive mittels des sozialen Kampfes für sich selbst bestimmen und absichern, widerspiegeln. Dieser Standpunkt über Menschenrechte ist ihr Kampfszenarium. Er bestimmt eine umfassende einheitliche Strategie für die Entkolonialisierung und den radikalen Wandel, vorausgesetzt, daß dieser Kampf auf der Grundlage der Bedürfnisse und Wünsche der Unterdrückten geführt wird.

Allein die stereotype Erklärung, die USA würden sich „Sorgen um die Demokratie und die

Menschenrechte in der Welt“ machen, ist eine Beleidigung für die friedliebende Welt. Die Geschichte liefert genügend Beweise für die Verbrechen der USA. Verbrechen waren charakteristisch für alle Kolonialstaaten. Sie brachten die systematische, terroristische und völkermörderische Gewalt gegen die indigenen Völkerschaften hervor. Sie verwandelten sich wie im Fall der USA in Weltimperien. Bei ihnen sind Demokratie und Menschenrechte weiter nichts als ideologische Maskerade, um die tatsächlichen Interessen und Intentionen der Regierenden zu verheimlichen. Die laufenden Kriege wie der in der Ukraine, Umstürze wie auf Haiti, Sanktionen und Attacken wie gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela werden von Washington aus gesteuert.

Nun kommen die USA selbst in Bedrängnis. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre, unmittelbar nach den verheerenden Einbrüchen von 2008/09, haben zu einer Legitimationskrise geführt und die wahren Hintergründe der realen Interessen der Regierenden offenbart, die nicht so schnell aus der Welt zu schaffen sind. Die Armen beginnen, jede Illusion über die Regierung und das Wirtschaftssystem aufzugeben. Nun soll das Gesetz „Build Back Better“ helfen. Es verspricht, das Risiko für die Menschen nach zukünftigen Katastrophen und Schocks zu reduzieren, und die Faktoren, die das Leben der Werktätigen, besonders das der schwarzen Frauen, materiell einschränken, einzudämmen. Der reale Zustand der öffentlichen Verhältnisse in den USA macht aus dem Gesetz jedoch einen faulen Trick. Der Gesetzentwurf bietet keine reale Mindestgrundlage für den Schutz der Menschenrechte. Dagegen bieten die Nationen, die den Sozialismus anstreben, soziale Sicherheit, entsprechendes Einkommen, Wohnung, Bildung, Teilnahme an der Macht ausübung, medizinische Betreuung, um nur einige Menschenrechte zu nennen. In den USA werden sie der Bevölkerung und dem größten Teil ihrer rassistisch und kolonial Verbannten verweigert.

Zu den beiden genannten Faktoren ist nun ein dritter hinzugekommen. Moskau besitzt bis auf Kuba, Venezuela und Nicaragua bei weitem nicht den Einfluß in der Region, den Washington stets hatte. Die von der US-Administration zu den „drei Bösen“ Deklarierten lehnten zwar den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ab, bezogen aber Position gegen die Absicht der USA und Europas, die Ukraine zum Aufmarschgebiet gegen Rußland zu machen. Sie treten für die Achtung der Souveränität aller Länder ein, auch die der Donbass-Republiken.

In einer globalisierten Welt hat ein Konflikt des Ausmaßes des Ukraine-Krieges weitreichende Konsequenzen. Washington, die Europäische Union, die NATO und alle mit ihnen Verbündeten, einschließlich der digitalen Megaunternehmen wie Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft, sind sich

heute in ihrer Antwort auf den Einmarsch in die Ukraine einig: Rußland muß isoliert, zertreten und zerlegt werden. Ein scheinbar regionaler Konflikt kann zu einem Weltkrieg neuen Typs werden. In der Ukraine findet eine militärische Hyper-Gratwanderung statt. Sie dehnte sich bereits auf viele weitere Fronten aus: auf die Weltwirtschaft, den Welthandel, die Weltfinanzen, medial, digital, kulturell, im Sport und im Weltall.

Die neue Weltlage trifft auch Lateinamerika und die Karibik, vor allem wegen ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Rohstoffpreise für Güter, für die Rußland und die Ukraine wichtige Hersteller sind, explodieren. Besonders bei Erdöl und Gas, aber auch bei verschiedenen Metallen wie Aluminium, Nickel, Kupfer, Eisen, Titan und Palladium. Auch bei Weizen, Mais, Sonnenblumenöl und Düngemitteln steigen die Preise enorm an. Die Länder, die diese Güter importieren, leiden darunter. Die Inflation nimmt zu, vor allem im Transport und bei der Energie kommt es zu horrenden Preiserhöhungen. Brot und weitere Lebensmittel werden teurer. In einigen Ländern, vor allem solchen, die stark von den Auswirkungen der Pandemie des Covid-19 betroffen sind, entwickeln sich Volksproteste gegen die Erhöhung der Lebenskosten. Andererseits profitieren Länder, die fossile Brennstoffe, Erze und Getreide exportieren, wie Venezuela, Chile, Peru, Bolivien, Argentinien und Brasilien, vom aktuellen Preisanstieg.

Moskau hatte es in den letzten Jahren geschafft, sich der Region auf verschiedenen Wegen anzunähern. Während der Gesundheitskrise, hervorgerufen durch die Pandemie des Covid-19, als die reichen Länder die Impfstoffe aufkauften, gab der Kreml eine entsprechende Antwort. Sputnik V war der erste Impfstoff, der nach Argentinien, Bolivien, Nicaragua, Paraguay und Venezuela gelangte. Seit Jahren gewährt der Kreml Regierungen von Ländern, die von Washington sanktioniert werden, großzügige politische und diplomatische Unterstützung. Venezuela, Kuba und Nicaragua intensivierten ihre Beziehungen mit Rußland auch auf militärischem Gebiet, als Teil ihrer Widerstandsstrategie gegenüber den USA-Absichten.

Vor Beginn des Krieges entwickelte Rußland diplomatische Initiativen, um seinen Standpunkt im Ukrainekonflikt zu erklären. Der russische Präsident sprach mit den Präsidenten Kubas, Venezuelas und Nicaraguas. Er empfing nacheinander die beiden südamerikanischen Staatsmänner Alberto Fernández aus Argentinien und Jair Bolsonaro aus Brasilien im Kreml. Ersterer bot dem russischen Präsidenten an, daß sein Land „das Eingangstor“ Moskaus in Lateinamerika sein könnte. Putin antwortete ihm, daß Argentinien nicht länger ein Satellit Washingtons und vom Internationalen Währungsfonds abhängig sein dürfe. Danach schlug der russische Präsident dem Brasilianer Bolsonaro den Aufbau von Atomkraftwerken und die Entwicklung einer

technologischen Allianz zwischen beiden Ländern auf den Gebieten der Biotechnologie, der Nanotechnologie, der künstlichen Intelligenz und der Informationstechnologien vor. Tage danach marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Kein Land Lateinamerikas schloß sich bedingungslos den Positionen des Kremels an. Am 2. März 2022 schlug in der Generalversammlung der UNO die Stunde der Wahrheit. Nur Weißrußland, Syrien, die Demokratische Volksrepublik Korea und Eritrea votierten gegen die Resolution, die den russischen Angriff auf die Ukraine ablehnt und den Abzug der russischen Truppen fordert. Bolivien, El Salvador, Kuba und Nicaragua enthielten

sich der Stimme. Kuba, Nicaragua und Venezuela prangerten jedoch in ihren Redebeiträgen die Doppelmoral der USA und Europas an. Sie kritisierten, daß die Verantwortung der Westmächte, die mit ihren aggressiven Handlungen die Ursachen für die Eskalation des Konfliktes setzten, völlig ausgeblendet wird. Sie verurteilten die wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und politischen Sanktionen gegen Moskau, die den Konflikt nur noch verschärfen und verlängern. Die Vertreter Mexikos, Boliviens, Brasiliens und Argentiniens schlossen sich dieser Kritik an. „Die UNO darf nicht mißbraucht werden, um Konflikte zu verschärfen“, sagte der venezolanische UN-Botschafter

Samuel Moncada. Er durfte nur sprechen, nicht abstimmen, denn sein Land schuldet der UNO aufgrund der Sanktionen gegen Venezuela die Beiträge.

Die USA werden die Idee des Sozialismus und die Möglichkeit einer Alternative zur Barbarei des Kapitalismus weiter attackieren. Kuba, Nicaragua und Venezuela nehmen Schlüsselpositionen in den Befreiungsbewegungen der Region ein, die von den kämpferischen Linken der USA und Europas unterstützt werden.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf Informationen von teleSUR

Vor 40 Jahren: Der Falklandkrieg und was wir daraus lernen können

Vielleicht kann man mit der Betrachtung des vor 40 Jahren geführten Falklandkrieges, einer bewaffneten Auseinandersetzung zweier kapitalistischer Länder, verdeutlichen, wozu Kriege in der Neuzeit angezettelt werden und wem sie nützen. Es ergeben sich durchaus Parallelen zu den aktuellen Ereignissen.

Im März 1982 beginnt am Ende der Welt ein Krieg zwischen zwei recht großen kapitalistischen Ländern, der fast 1000 Soldaten das Leben kosten sollte und mehr als 2000 Verwundete hinterließ. Daß es keine zivilen Opfer gab, ist nur der Tatsache der schwachen Besiedlung geschuldet. Gegenwärtig leben ca. 3000 Einwohner auf den Inseln. 2000 davon in Stanley, der Hauptstadt, und fast alle auf den beiden Hauptinseln, die ca. 140 km mal 40 km groß und ziemlich unwirtlich sind. Der Potsdamer Militärhistoriker Rainer Lambrecht schrieb in seinem Mitte der 80er Jahre erschienen Büchlein „Der Krieg im Südatlantik“: „Der 1982 um die Inseln entbrannte Krieg kann weder aus der wechselvollen Geschichte heraus hinreichend erklärt werden, noch war er ein ‚Betriebsunfall‘ der Weltpolitik. Sowohl die Auslösung der offenen Krise als auch deren Eskalation bis zum Krieg entsprangen handfesten innen- und außenpolitischen Interessen, die mehr oder weniger mit historischen Argumenten verbrämt wurden.“

Das Dilemma der Inselgruppe begann bereits mit ihrer „Entdeckung“ durch europäische Seefahrer. Die ersten, welche die Insel sichteten, unter ihnen wahrscheinlich auch 1501 Amerigo Vespucci – der Namensgeber für den großen, weiter westlich gelegenen Kontinent – segelten an ihr vorbei. Der erste, der die Inseln betrat, war ein Engländer namens Hawkins 1594. Sechs Jahre später kam der Niederländer Seebald de Weert und nannte die Inseln Seebalds Eiland. Unter diesem Namen waren sie bis Mitte des 19. Jahrhunderts auf den Seekarten zu finden. Dann besiedelten wetterfeste Franzosen die große Ostinsel und gründeten eine Ansiedlung. 1767 wurde sie an Spanien verkauft. Die Westinsel hatte zwei Jahre zuvor jedoch ein weiterer Engländer für die britische

Krone in Besitz genommen und dort einen Stützpunkt für sehr weit südlich segelnde Schiffe der britischen Admiralität eingerichtet. Wahrscheinlich ahnten beide Seiten lange nichts von diesem Ost-West-Konflikt. Argentinien – der spätere Hauptakteur – kam dann nach der Mai-Revolution von 1810 ins Spiel. Die Argentinier vergaben Fischereirechte, die Amis hielten sich nicht dran und erklärten die Inselgruppe zum Niemandsland. Dann erklärte Spanien 1859 Argentinien endgültig für unabhängig, meinte aber im Nachhinein, das schloße die Inseln nicht ein (übersetzt auf die Gegenwart: Mag sein, wir haben darüber geredet, daß die NATO nicht an Rußland ranrückt, aber es war nur so ein Gedanke). Jedenfalls waren inzwischen die Briten 1832 nach Port Egmont zurückgekehrt und baten den kommandierenden argentinischen Offizier, die Flagge einzuholen, was der auch tat, und hißten den Union Jack. In den nächsten 150 Jahren hielten sich die Streitigkeiten in Grenzen und die jeweiligen Länder erinnerten sich an die weit entfernten Inseln nur, wenn sie kurzzeitig, wie im Ersten Weltkrieg, in den strategischen Blick gerieten. Wir machen einen Sprung in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Argentinien, achtmal so groß wie die BRD und damals rund 38 Millionen Einwohner, hatte viele Jahre abenteuerlicher Politik hinter sich. Reaktionäre, antikommunistische Zivilregierungen wurden von noch reaktionärer Militärdiktaturen weggeputscht. Außenpolitisch lehnte man sich an die USA an, für die Argentinien ein Garant des Antirevolutionären war. Innenpolitisch wechselten mildere mit härteren diktatorischen Mitteln. 1981 wurde General Leopoldo Galtieri Juntachef, nachdem er den amtierenden Präsidenten Viola absetzen ließ. Und er erinnerte sich an eine alte Gepflogenheit diktatorischer Machthaber. Ein kleiner Krieg führt immer dazu, die Bevölkerung mit mehr oder weniger drastischen Mitteln hinter sich zu bringen und sie mit nationaler Besoffenheit ruhig zu stellen. Irgendein Berater hatte ihm gesteckt, daß die Briten immer noch auf den Falklandinseln sitzen und ihre Schafe hüten. Aber diese

gehören doch seit Menschengedenken zu Argentinien. Nun begann er mit den Briten zu stänkern, verlangte sofort Klarheit darüber zu schaffen, daß die Inseln zu Argentinien gehören. Gleichzeitig ließ er rund 1000 Soldaten die Besetzung der Inselgruppe vorbereiten. In Großbritannien war Margaret Thatcher seit 1979 an der Macht. Sie beendete den scheinbaren „Kuschelmodus“ vorhergehender Konservativer und setzt auf Konfrontation an allen Fronten. Innerhalb der Regierung ließ sie keine Abweichung von ihrer Linie gelten, regierte mit harter Hand. Das galt sowohl für die Fortsetzung des de facto neokolonialen Kurses in Nordirland – die anti(west-)europäische Ausrichtung in Europa – und das knallharte neokonservative Wirtschaftsprogramm. Das führte recht schnell zu heftigen Protesten im Land, die sich insbesondere gegen die Kürzung des Sozialen, als auch die konsequente Privatisierung von staatlichem und kommunalem Eigentum richteten, in deren Folge viele Briten arbeitslos wurden. Mit besonderer Wucht traf es die ärmsten Schichten der Bevölkerung. Nun versuchte ihr auch noch jener argentinische „Cowboy“ auf die Zehen zu treten. Sofort gab sie Order zu prüfen, welche politischen, aber auch militärischen Möglichkeiten bestünden, dem Gaucho ans Knie zu treten. Flankiert wurde das ganze von der britischen Presse, welche die Ungeheuerlichkeit des argentinischen Ansinnens lang und breit kommentierte. Festzustellen bleibt, daß weder Galtieri noch Thatcher diese Zuspitzung der Politik hätten betreiben können, wenn sie nicht von den wichtigsten ökonomischen und politischen Kräften ihrer jeweiligen Länder heftig unterstützt worden wären. Insofern, aber das sollte auch den „Bauchlinken“ klar sein, ist Politik niemals nur auf das Handeln einzelner Personen zurückzuführen, sondern immer Ausdruck von Interessen. Und auch die sind in innerkapitalistischen Konfrontationen Klasseninteressen.

Der erste Schachzug hin zum zukünftigen Krieg war die Entscheidung eines Frachtschiffes mit Bauarbeitern an Bord zur Insel Südgeorgien, die, obwohl einige hundert Kilometer

entfernt, nominell zu den Falklandinseln gehörte und somit britisches Anspruchsgebiet war. Ein paar Tage später landeten auch argentinische Soldaten auf der Insel. Die Briten befahlen 24 Marineinfanteristen zur Rückeroberung dorthin, die ihre Atom-U-Boote in Marschbereitschaft setzten. Am 28. März verließen argentinische Kriegsschiffe ihre Häfen in Richtung Falklandinseln. Einen Tag später schickten die Briten ein erstes Atom-U-Boot, ließen ihre Schiffe im Mittelmeer mit scharfer Munition beladen und bereiteten Truppen vor. Am 2. April landeten die Argentinier mit rund 900 Mann auf Ostfalkland und besetzten Port Stanley, die größte Siedlung auf den Inseln. Die paar dort stationierten britischen Soldaten ergaben sich. Ein Anruf von US-Präsident Reagan beim Verbündeten in Buenos Aires mit der Bitte zur Mäßigung brachte nichts, im Gegenteil, auf dem zentralen Playa de Mayo feierten Menschen frenetisch und fahnenschwenkend den argentinischen Sieg. Das Gift des Nationalismus überdeckt alle anderen Konflikte. Die Briten beschlossen, einen Flottenverband, darunter zwei Flugzeugträger, zu entsenden. Lambrecht schildert in seinem Buch, daß das Recht auf „Selbstbestimmung“ und Selbstverteidigung“ jener etwas mehr als 1700 Einwohner beschworen wurde. Gleichzeitig appellierten Medien an das Ehrgefühl, man solle sich als Weltmacht 2. Ranges von so einem „drittrangigem“ Land nicht demütigen lassen.

Am 4. April wurden die Falklandinseln, Südgeorgien und die Sandwichinseln offiziell zu argentinischen Provinzen erklärt. Die EG beschloß Sanktionen gegen Argentinien.

Am 25. April beschädigten britische Lynx-Hubschrauber das argentinische U-Boot Santa Fé. Drei Tage später waren die argentinischen Streitkräfte auf den Falklands auf 13 000 Soldaten angewachsen. Seit jenem Tag befanden sich auch die ersten britischen Kriegsschiffe im Krisengebiet im Südatlantik. Ab dem 1. Mai intensivierten sich die gegenseitigen Angriffe, die mit Flugzeugen und Schiffen ausgetragen wurden, beide Seiten verloren Kampfflugzeuge und Schiffe. Am 21. Mai schließlich landeten die Briten ihre Hauptkräfte 80 km von Port Stanley entfernt und begannen mit der „Rückeroberung“. Am 14. Juni 1982 kapitulierten die Argentinier. Vom Beginn (Besetzung Südgeorgiens) bis dahin waren kaum 50 Tage vergangen.

Was ist als Fazit festzustellen?

1. Militärisch. Völlig klar hatten die Briten gewonnen. Nachdem die USA ihnen Zustimmung signalisiert hatten und logistische Unterstützung gewährten, konnten sie ohne Furcht vor politischen Folgen agieren. Sie verfügten über modernere Waffen und besser ausgebildete und motivierte Soldaten. Bis heute ist der „Sieg auf Falkland“ eine gern benutzte britische „Heldensaga“. Die Argentinier hatten nicht nur die größeren Verluste, sondern diese Niederlage führte auch zum Zusammenbruch des damals herrschenden Militärregimes.

2. Politisch-ökonomisch. Das Kalkül, den Krieg zu nutzen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, ging nur auf britischer Seite auf. Der Triumphzug der heimkehrenden Soldaten wurde auch zu einem Triumph für Maggie Thatcher. Die folgende Regierungszeit

besiegelte ihren Ruf als „Eiserne Lady“. Das bedeutete letztendlich nur, daß sie den neokonservativen Umbau der ökonomischen und sozialen Strukturen fortsetzen und nach innen repressiv wie kaum jemand vor ihr agieren konnte. Im Prinzip leitete der nationale Taumel das Ende der ehemals durchaus starken Industriegewerkschaften ein. Mit den nun schwachen Gewerkschaften entwickelte sich die sozialdemokratische Labour Party zu einem politisch zahnlosen Mittelstandsverein, der nie wieder eine wirkliche soziale Alternative zu den Konservativen sein würde. In Argentinien führte die Niederlage zum (vorübergehenden) Sturz einer Militärregierung. Es gab sogar ein Militärgerichtsverfahren gegen den General Leopoldo Galtieri. Er und ein paar seiner Kumpane wurden zu Haftstrafen verurteilt. Galtieri zu 12 Jahren. Davon saß er jedoch, zusammen mit seinen Offizierskollegen, vier Jahre ab – und zwar unter Luxusbedingungen, Tennisplatz, Schwimmbad usw. Die wirklichen Verlierer jenes Krieges waren unmittelbar sowohl die argentinischen als auch die britischen Arbeiter. Nicht nur, daß sie sich als Soldaten im Kampf totschießen lassen mußten, sowohl in Britannien, aber noch mehr in Argentinien, verschlechterten sich auch die sozialen Bedingungen. Ihre Interessenvertreter bewiesen in der Stunde der Not, daß ihnen Nationales über Soziales geht und entmachteten sich selbst. Krieg hatte sich wieder einmal als probates Mittel zur Niederhaltung der Werktätigen im eigenen Land und gleichzeitig zum Schleifen fortschrittlicher Bewegungen „bewährt“.

Uli Jeschke

Der Westbindung im Wege gestanden

1947 wurden die Italienische und Französische Kommunistische Partei aus der Regierung geschmissen

Die Frage nach der Regierungsbeteiligung von Arbeiter- und Kommunistischen Parteien steht seit Beginn der Geschichte der Arbeiterbewegung im Fokus der Diskussion. Das Kriterium dabei ist letztlich immer, was sie bewirken können und welche Kompromisse dafür eingegangen werden müssen. Konstellationen dieser Art heute findet man z. B. in der indirekten Beteiligung der Kommunistischen Parteien in Tschechien und Portugal. Beiden gelang es nicht, sich als Interessenvertreter der Werktätigen so zu profilieren, daß dies bei Wahlen für mehr Zuspruch sorgte. In Tschechien flog die Partei 2021 aus dem Parlament und in Portugal fuhr sie vor wenigen Wochen das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte ein. Die Historie kennt jedoch auch Beispiele gegenteiliger Art.

So ist auf die Regierungsbeteiligung der Italienischen und Französischen Kommunistischen Partei (IKP und FKP) direkt nach der Befreiung beider Länder vom Faschismus 1944 zu verweisen. Beide Parteien hatten aufbauend auf den Beschlüssen des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale und den Erfahrungen im antifaschistischen

Widerstandskampf, in dem sowohl die IKP als auch die FKP eine dominierende Rolle spielten, eine breitest mögliche gemeinsame Front mit anderen linken Kräften aber auch progressiven bürgerlichen Parteien gebildet. Ziel war es – die FKP wurde bei den Wahlen 1945 stärkste Kraft, die IKP zusammen mit den Sozialisten bei den Wahlen 1946 ebenfalls – grundlegenden Einfluß auf die Nachkriegsgestaltung zu nehmen und damit die nötigen Bedingungen für den Übergang zu einer sozialistischen Umgestaltung zu schaffen. Mit der Entfernung faschistischer Elemente aus Regierung und Verwaltung und der Nationalisierung verschiedener Wirtschaftszweige ging es im Grundsatz um die Errichtung einer Volksdemokratie. Die Erfolge, die dabei bis 1947 errungen werden konnten, sind mehr als respektabel. In Italien wurde die Monarchie abgeschafft, die Verfassung entscheidend beeinflußt und zunächst auch noch das Bündnis der antifaschistischen Parteien aufrechterhalten, während in Frankreich bedeutende Nationalisierungen, der Neuaufbau des Sozialwesens und die Etablierung der FKP als stärkste politische Kraft erreicht werden konnten.

Dies alles wurde jedoch mit der durch die US-amerikanische Außenpolitik diktierten Zielstellung, Westeuropa vollständig in die eigene Interessensphäre einzubinden, letztlich

zunichte gemacht. Nachdem bis 1947 bereits in anderen westeuropäischen Ländern die Kommunisten aus der Regierung gedrängt wurden, mußten auch die IKP und FKP aus verantwortlichen Stellen entfernt werden, da sie sonst der Bremsklotz gegen die Anbindung an den Marshallplan und die USA gewesen wären. In Italien geschah dies durch die Auflösung der bisherigen Regierung und der Installation einer neuen am 31. Mai 1947. In Frankreich wurden die Kommunisten am 4. Mai 1947 aus der Regierung ausgeschlossen und das Kabinett entsprechend umgestaltet. Beide Male scheuten die bürgerlichen Parteien, Neuwahlen auszuschreiben. Sie ignorierten den Volkswillen und entledigten sich der Kommunisten auf administrativem Wege. Eine unrühmliche Rolle dabei spielten die jeweiligen Sozialistischen Parteien. Denn beide blieben Teil der Regierung, kündigten die bisherige Zusammenarbeit der Linkskräfte auf und machten sich so zu Helfern der einheimischen und ausländischen Bourgeoisie. Die hier nur in Ansätzen skizzierten Beispiele zeigen sowohl Chancen als auch Grenzen einer Regierungsbeteiligung Kommunistischer Parteien in einem Staat, der nach wie vor ein Staat der Bourgeoisie ist.

Silvio Rossi
Berlin

Was wird aus der Olympischen Idee?

Die Berichterstattung über Olympia 2022 in Peking ist, wie Prof Digel formulierte, „zu einem journalistischen Theaterstück“ in den bundesdeutschen Medien verkommen. Schon im Vorfeld war sie von Unterstellungen, Verleumdungen und Beschuldigungen geprägt. Dem IOC und insbesondere dem Vorsitzenden des Olympischen Komitees Thomas Bach wurden der „Ausverkauf olympischer Werte und Ideale“ vorgeworfen. Olympia ist „in den Händen von Barbaren gelandet“, empörte sich die Mainstream-Presse des Westens. 2014 schrieb eine Frau Geipel im Namen des Doping-Opfer-Hilfe-Vereins: „Die Olympische Idee wird von der Jugend in Kiew auf dem Maidan verteidigt.“ Ausgerechnet von randalierenden national-faschistischen Marodeuren aus Westpolen und der Ukraine, den willigen Akteuren des vom Westen gelenkten Staatsstreichs?

Natürlich ging es in Peking nicht ohne „Rus-sendoping“ ab. Eine positive Dopingprobe vom 25. Dezember 2021 wurde Anfang Februar 2022 von einem schwedischen Dopinglabor vorgelegt, als die russische Eiskunstläuferin, danach zweimal negativ getestet, bereits in Peking war.

Was war der 15-Jährigen passiert? Bei ihr wurde das Kreislaufmittel Meldonium, das auf der Dopingliste steht, nachgewiesen. Die Aufnahme dieses beliebten Kreislaufmittels in die Doping-Liste ist umstritten. Fachleute meinen, daß kein Nachweis einer Leistungssteigerung bisher erbracht wurde. Deshalb

auch die kryptische Bemerkung der WADA: „Es wird vermutet, daß Meldonium (Trimetazidin) zur Leistungssteigerung verwendet wird.“ Das Trimetazidin bewirkt im Intermediär-Stoffwechsel die Synthese von Karnitin, das als Nahrungsergänzungsmittel vor allem im Westen vertrieben wird. Dieses steht nicht in der Doping-Liste. Warum wird die Ausgangssubstanz verboten und die wirksame Endsubstanz nicht? Es scheinen hier keine fachlichen, sondern politische Gründe ausschlaggebend gewesen zu sein.

Mit nicht zu übertreffender Heuchelei wird die russische Sportlerin, die dem psychischem Streß der gehässigen Journalisten nicht gewachsen war, bedauert und die Schuld der herzlosen Trainerin, dem verantwortlichen Arzt und ihrem Management zugeschoben. Gegen sie soll das amerikanische „Rodschenkow-Anti-Doping-Gesetz“ Anwendung finden, mit dem die USA ihre Rechtsprechung auf die restlichen 206 Länder im Weltsport ausdehnen wollen. Mit dem Zugriff auf alle internationalen Wettkämpfe zum Schutz der „sauberen“ US-Sportler und ihrer Sponsoren kann damit unter beliebigen Doping-Beschuldigungen eine unliebsame Konkurrenz ausgeschaltet werden. So wie in der Ökonomie, soll die US-Vorherrschaft durch Sanktionen, Drohungen und Gewaltanwendung nun auch im Sport durchgesetzt werden.

Sanktionen gegen den Sport in Rußland und China gibt es nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine. Das Sanktionskarussell dreht sich

bereits seit den 90er Jahren. Tendenziöse Berichterstattung und eine gebetsmühlenartige Infragestellung der Quellen „feindlicher“ Länder sind das Mittel der Wahl, um diese zu diskriminieren. So wird die strukturpolitische Überlegung Chinas, für 25 Millionen Menschen aus Peking eine neue Freizeitregion zu erschließen ebenso abqualifiziert wie es bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi geschah.

Im kommerziell organisierten Profisport scheint das Motto – Lüge, Betrug, Heuchelei, Unterstellungen, Bestechlichkeit und Doping – offensichtlich zum Geschäftsmodells „Sport“ zu gehören. Der Sport wird selektiv und tendenziös zunehmend als Mittel der Politik mißbraucht. Erlebten wir die Abenddämmerung des völkerverbindenden Sportes zu Olympia in Peking 2022? Anno Hecker von der FAZ schrieb: „Nie wieder China, nie wieder Rußland!“ Das also ist die Stoßrichtung: Olympia ohne Flaggen, Hymnen und Präsentation des Gastgeberlandes, dafür alle Einnahmen aus dem Sportgeschäft für die globalisierten Konzerne mit ihren Trainingslagern, Sponsorenverträgen und materiellen Anreizen zur Unterordnung des Weltsportes sind vorprogrammiert. Damit wächst die Gefahr, daß dieser Weg – in Abwandlung des Adenauer-Spruchs „Lieber die halbe Welt ganz, als die ganze Welt halb“ – in eine Zerteilung des Sports führt.

Dr. Gerd Machalett
Siedenbolletin

Massaker der israelischen Operationen Yoav und Hiram teilweise enthüllt

Die Tageszeitung Haaretz veröffentlichte in Zusammenarbeit mit dem Akevot-Institut für israelisch-palästinensische Konfliktforschung erstmals einige Dokumente der israelischen Regierung über die von israelischen Soldaten im Jahr 1948 verübten Massaker an der palästinensischen Bevölkerung. Die Massaker fanden in einer Zeit statt, die man heute unter dem Begriff Nakba (Katastrophe) zusammenfaßt, in deren Verlauf sich Israel 77 Prozent des vormals palästinensischen Gebietes einverleibte und drei Viertel der palästinensischen Bevölkerung grausam vertrieb. Zwischen 1947 und 1949 waren 700 000 bis 750 000 Menschen von einem Tag auf den anderen obdach- und heimatlos. Für viele Opfer stellte sich das Problem nach der Suche einer neuen Heimat nicht mehr – sie wurden in einem extrem ungleichen Kampf erschossen, in die Luft gesprengt oder erschlagen.

Unter dem Titel „Verschlußdokumente enthüllen die Massaker an Palästinensern im Jahr 1948 – und was die israelischen Führer wußten“ stellt der Bericht zwei großangelegte Operationen der israelischen Armee im Oktober 1948 vor. Eine militärische Operation erfolgte im Süden, bekannt unter dem Namen Operation Yoav. Sie bereitete den Weg für das

Vordringen in die Wüste Negev. Die zweite erfolgte im Norden, genannt Operation Hiram. Innerhalb von knapp 30 Stunden griffen schwerbewaffnete israelische Soldaten Dutzende palästinensische Dörfer an und vertrieben zehntausende Einwohner.

Von den etwa 120 000 Palästinensern, die in dieser Region lebten, blieben nach dem organisierten Massaker nur 30 000 Menschen am Leben. (...) Die Berichte brachten auch Fakten über bisher unbekannte Massaker ans Licht. Diese fanden in den Dörfern Al-Reineh, nördlich von Nazareth, Meron und Al-Burj statt. Vor der Operation Hiram wurde das Dorf Al-Burj, das heute als Modi'in Illit bekannt und zu einer ultra-orthodoxen Siedlung im besetzten Westjordanland geworden ist, im Juli 1948 überfallen und geplündert. Einem im Yad-Yaari-Archiv gefundenen Dokument zufolge blieben allein vier ältere Personen im Dorf zurück: „Hajj Ibrahim, der in der Militärküche geholfen hat, eine kranke ältere Frau und ein weiterer älterer Mann und eine ältere Frau“. Hajj Ibrahim überlebte durch Glück auch die nachfolgende Terroraktion der israelischen Soldaten. Acht Tage nach der Razzia der Besatzungstruppen wurde Ibrahim von einem israelischen Soldaten zum Gemüsesammeln geschickt, um ihn

von den geplanten Gräueltaten fernzuhalten: „Die anderen drei wurden in ein isoliertes Haus gebracht. Anschließend wurde eine Panzerabwehrgranate verschossen. Da die Granate ihr Ziel verfehlte, wurden sechs Handgranaten in das Haus geworfen. Sie töteten einen älteren Mann und eine Frau, und die andere ältere Frau wurde erschossen“, heißt es im veröffentlichten Dokument. Doch Ibrahims Glück währte nicht lange:

„Später zündeten sie das Haus an und verbrannten die drei Leichen. Als Hajj Ibrahim mit seinem Wächter zurückkehrte, wurde ihm mitgeteilt, daß die anderen drei ins Krankenhaus nach Ramallah gebracht worden wären. Offensichtlich glaubte er die Geschichte nicht, und einige Stunden später wurde auch er mit vier Kugeln umgebracht“, wird weiter berichtet.

Die freigegebenen Dokumente enthalten auch Einzelheiten über das Massaker von Hula im Libanon und das entvölkerte palästinensische Dorf Deir Yassin. Obwohl der Bericht sehr ausführlich ist, weist die Zeitung darauf hin, daß viele Zeuginnen und Zeugen der israelischen Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung für immer ungehört bleiben.

Aus: Zeitung der Arbeit, 28. Dezember 2021

Über die Gründe der Inflation

Die Inflation steigt an, in Deutschland, Europa, den USA und anderswo. Der Begriff Inflation kommt aus dem Lateinischen „inflare“ und bedeutet sich aufblähen. Die Geldmenge schwillt an und die Güterpreise steigen. Die Inflation ist ein Phänomen der Papiergeldwährungen und bedeutet, daß sich das Preisniveau erhöht und die Kaufkraft des Geldes sinkt. Ökonomen unterscheiden zwischen einer Nachfrageinflation und einer Angebotsinflation. Entweder zögen nachfra-

verkaufen, wenn er befürchtet, daß die Preise sinken werden. So kann es dazu kommen, daß Kontrakte über Rohstoffe an der Börse bis zu ihrer Fälligkeit mit stetiger Verteuerung bis zu 500 000 mal verkauft werden. Wer erwartet, daß die Preise in Zukunft höher sein werden, kauft heute, um später mit Gewinn verkaufen zu können. Die spekulative Nachfrage steigt und treibt die Preise dorthin, wo die Spekulanten sie erwarten, nach oben. Die Weltmarktpreise für Getreide, andere Roh-

jene verantwortlich zu machen für die explodierenden Preise, die sie zahlen müssen: die Konsumenten, denen durch höhere Preise reales Einkommen geraubt wird und ein bißchen auch dem Staat, der sich verschuldet. Und das alles deshalb, um die wahren Verursacher des Preisanstiegs freizusprechen – eine leicht durchschaubare Absicht. Wären inflationäre Preissteigerungen das Resultat einer gestiegenen Nachfrage, dann müßten beispielsweise wie bei einer Auktion die Au-



Preissteigerungen haben ihre Ursachen in Spekulation und Streben nach Monopolprofit, nicht in Rohstoff- oder Lohnkosten

gewirksame, überschüssige Geldmengen steigende Preise nach sich, oder die Preise würden durch die Kosten hochgetrieben. Nach der Stärke der Preissteigerung differenziert man zwischen schleichender, trabender und galoppierender, nach ihrer Dauer zwischen temporärer und permanenter, nach geographischer Herkunft zwischen importierter und hausgemachter, nach ordnungspolitischen Aspekten zwischen offener und zurückgestauter Inflation. Aber warum steigen die Preise?

Wie ist es möglich, daß ein Liter Diesel im Durchschnitt des Jahres 2020 für 1,10 Euro zu haben war und man zwei Jahre später das Doppelte bezahlen muß? Hatte sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit der Spiritproduktion verdoppelt? 1990 kostet der Liter Diesel 50 Cent, 32 Jahre später fünfmal so viel. Waren die Aufwendungen oder die Nachfrage so rasant gestiegen? Nein – die enorm gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise während des Ukrainekrieges 2022 und vorher haben weder zu tun mit steigenden Aufwendungen ihrer Herstellung, die es nicht gegeben hat, noch resultieren sie, wie immer wieder behauptet wird, aus einer plötzlich gestiegenen Nachfrage, zumindest nicht aus einer reellstofflichen. Deutschland erzeugt mehr Weizen und Gerste als es verbraucht. Trotzdem haben sich die Weizenpreise seit April 2021 um 70 Prozent erhöht, betrug im Frühjahr dieses Jahres zeitweise schon 400 Euro pro Tonne.

Die Preise sind Ergebnis der Spekulation. Rohstoffe werden an den Börsen gehandelt. Die Rohstoffmärkte sind seit jeher eine der größten Spielwiesen für Finanzzwetten. Der Terminhandel besitzt für saisonabhängige Produkte eine lange Tradition. Der Bauer kann die noch auf dem Halm stehende Ernte

stoffe und Grundnahrungsmittel steigen mit fatalen Folgen für die Versorgung und die Erzeugung. Für zweistellige Renditeziele der Spekulanten hungern weltweit über eine Milliarde Menschen und zahlen Milliarden Menschen horrend Preise, die weder mit der effektiven Nachfrage noch mit Aufwendungen zu tun haben, die bei der Produktion der Güter anfallen. Überhöhte Benzin-, Rohstoff- und Energiepreise füllen die Kassen der Konzerne. Die oberflächlichste aller denkbaren Erklärungen: Die Preise steigen, weil die Nachfrage zugenommen habe. Oft wird hinzugefügt, vor allem die der Chinesen. Die Beantwortung einer schlichten ökonomische Frage wird mit den üblichen Schuldzuweisungen verknüpft. Glaubt jemand ernsthaft, die aktuellen, enormen Preissteigerungen bei fast allen Produkten, vor allem bei Energie, Strom, Benzin und Lebensmitteln, hätten damit zu tun, daß die Nachfrage nach den Produkten gestiegen sei? Weshalb sollte die Nachfrage gestiegen sein bei geringem Einkommen jener, die vielleicht zusätzlichen Bedarf haben, aber das Gewünschte oder Erforderliche mangels Geldes gar nicht nachfragen können? Weshalb bei denen, die zwar hohe Einkommen beziehen und Vermögen besitzen, aber komfortabel ausgestattet sind mit Konsumgütern? Sie haben keinen nennenswerten Mehrbedarf. Und wenn es so wäre, weshalb fällt den „Experten“ nicht ein, die immensen Überschüsse abzubauen und die nicht ausgelasteten Kapazitäten zu nutzen? Dafür gibt es einen Grund: Die Preistreiber – Kapitalisten, Monopole – sollen aus der Schußlinie genommen werden. Deshalb wird ein „naturgesetzlicher“ Zusammenhang zwischen der Nachfrage und den Preisen erdacht. Es geht nicht darum, die Ursachen seriös zu untersuchen, sondern

tofahrer an den Tankstellen sich gegenseitig mit Preisgeboten zu überbieten versuchen, um ihre Tanks mit dem begehrten Kraftstoff füllen zu können. Doch das tun sie nicht; sie müssen die dort ausgewiesenen Preise akzeptieren. Mineralölkonzerne setzen die Preise fest, und eine angeblich gestiegene Nachfrage ist nur ein Vorwand, sie zu erhöhen. Trifft das Verdikt auch auf die „Angebotsinflation“ zu? Bei ihr ginge der Impuls für die Erhöhung der Preise von den Anbietern aus. Also doch von den Kapitalisten? Natürlich nicht. Denn höhere Material- oder/und Lohnkosten sowie höhere Steuern des Staates drückten die Preise in die Höhe, wogegen kein Unternehmer etwas unternehmen könnte. Die Energiesteuer ist eine Ursache für die hohen Benzinpreise, aber nicht für die jüngsten Preissprünge an den Tankstellen. Sie ist für einen Liter Benzin stets gleich. Der Kunde zahlt für ihn stets 65,45 Cent, egal wie hoch der Bruttopreis gerade ist. Es ist üblich, daß die Kapitalisten die Erhöhung der Preise damit zu rechtfertigen versuchen, daß die Kosten gestiegen wären. Sie hoffen, daß so die unpopuläre Maßnahme auf Verständnis stößt. Der wesentliche Grund für die Inflation ist jedoch ein anderer: Unternehmen erhöhen die Preise, weil sie ihre Profite steigern wollen. Und sind die Materialkosten tatsächlich gestiegen, ist der Beweis darauf keine Erklärung für die Inflation, sondern zeigt, wie sich die Ursachendeuter im Kreis drehen. Viele Wirtschaftskommentatoren begnügen sich mit dem Hinweis, die Inflation sei gestiegen, weil die Rohstoffpreise gestiegen sind. Preise steigen, weil Preise steigen. Will niemand erkennen, daß die Inflation mit sich selbst erklärt wird? Die Tautologie enthält einen rationalen Kern: Die Inflation wird gemessen an den Kosten

für die Güter der Lebenshaltung. Gestiegene Rohstoffpreise werden auf die aus ihnen produzierten Waren weiterverrechnet, deren Preise dann auch steigen. Doch das ist nicht die Frage. Gefragt werden muß, weshalb die Rohstoffpreise gestiegen sind. Auch hier sind eher selten ein plötzlicher Zuwachs der Nachfrage, ein Ausfall an Angebot oder Aufwands-erhöhungen bei der Produktion die Ursache. Warum sollten die Kosten der Rohstoffherzeugung gestiegen sein? Das wäre allenfalls denkbar beim Übergang zum Abbau ungünstigerer Vorkommen, den es geben kann. Aber in den meisten Fällen haben sich die Aufwendungen zur Förderung der Rohstoffe nicht erhöht. Produktivitätssteigerungen haben sie oft sogar gesenkt. Und wer die betriebliche Kalkulationspraxis kennt, weiß, daß die Materialkosten nicht ermittelt werden, indem die gezahlten Einkaufspreise zugrunde gelegt werden. Sie werden festgesetzt auf der Basis der Preise, die man erwartet. Kalkulieren Unternehmer ihre Kosten, legen sie höhere künftige Einkaufspreise zugrunde als die, die sie gezahlt haben. Entscheidend dabei ist die Hoffnung, sich fette Profite zu sichern. Die Preise steigen nicht, weil die Kosten gestiegen sind, sondern die Kosten steigen, weil man erwartet, daß die Preise steigen werden und weil die Anbieter hohe Profite kalkulieren, die in den kalkulierten, noch nicht eingetretenen Kosten versteckt werden. Das am meisten bemühte Argument seitens der bürgerlichen Ökonomen: Gestiegene Löhne erhöhen die Lohnkosten pro Mengeneinheit. Die kapitalistischen Anbieter könnten dagegen nichts anderes tun, als die Preise hochzusetzen, ob sie das wollten oder nicht. Die Lohn-Preis-Spirale, eine der beliebtesten Floskeln zeitgenössischer Ökonomen, war schon von deren großen Vorgängern vor Jahrhunderten als Unsinn abgetan worden war: „Es war das große Verdienst Ricardos“, lobt Marx, „daß er in seinem 1817 veröffentlichten Werk „On the Principles of Political Economy“ (Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie) den alten landläufigen und abgedroschnen Trugschluß, wonach der Arbeitslohn die Preise bestimmt, von Grund aus zunichtemachte, einen Trugschluß, den (auch) Adam Smith und seine französischen Vorgänger in den wirklich wissenschaftlichen Partien ihrer Untersuchungen aufgegeben hatten ...“ (MEW 16: 121) Höhere Löhne bewirkten, daß die Preise steigen müßten. Gestiegene Preise zwingen die Arbeiter, um höhere Löhne zu kämpfen, weil sie ihr Konsumniveau verteidigen wollen. Löhne und Preise schaukelten sich in einem nie endenden Prozeß gegenseitig nach oben. Was ist dran an der Argumentation, die vielen einleuchtet?

Die Lohn-Preis-Spirale ist so alt wie der Kapitalismus und war selbst in der Arbeiterbewegung verbreitet. Der französische Ökonom und Soziologe Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865) und Ferdinand Lassalle (1825–1864), einer der führenden Köpfe der frühen deutschen Arbeiterbewegung, vertraten die Auffassung, dass eine Erhöhung des Arbeitslohnes nichts nütze. „Jedes Steigen der Löhne kann keine andere Wirkung haben als ein Steigen der Preise des Getreides, des Weines etc.: die Wirkung einer Teuerung,

Denn was ist der Lohn? Er ist der Kostenpreis des Getreides etc.; er ist der volle Preis jeder Sache ... Es ist unmöglich, erkläre ich, daß Arbeitseinstellungen, die Lohnerhöhungen zur Folge haben, nicht auf eine allgemeine Preissteigerung hinauslaufen: Das ist ebenso sicher, wie daß zweimal zwei vier ist.“ Marx, der diese Worte Proudhons zitiert, fügt hinzu: „Wir bestreiten alle diese Behauptungen, ausgenommen die, daß zwei mal zwei vier ist.“ (MEW 4: 175) Steigen die betrieblichen Löhne so stark wie die Produktivität, erhöhen sich die Lohnkosten nicht; die Stückgewinne bleiben gleich, die Lohnerhöhung war kostenneutral. Erst wenn bei gegebenen Preisen, sonstigen Kosten und gegebener Produktivität die Lohnkosten steigen, gehen die Profite zurück.¹ Und genau das gilt es zu verhindern. Wobei wir auf die entscheidende Ursache der Inflation gestoßen sind. Von der bürgerlichen Ökonomie im Rahmen der „Angebotsinflation“ immerhin verschämt erwähnt, aber anschließend stets großzügig übergangen, so als wäre sie nicht der Rede wert: die „Gewinnruckinflation“ (profitpush inflation). Die kapitalistischen Anbieter kalkulieren enorme Gewinnspannen, vereinfacht der Unterschied zwischen Preis und Kosten. Sie werden von der Statistik für den deutschen Einzelhandel im Durchschnitt mit über 30 Prozent angegeben. Das ist die wahre Ursache des Preisauftriebs: die anhaltende und unersättliche Profitgier. Je höher der Profit, um so besser. Er kann nie hoch genug sein. Angebotslücken und die Zunahme der Nachfrage, die Erhöhung der Löhne, die angebliche oder tatsächliche Erhöhung der Material- und anderen Kosten dienen als wenig glaubhafte Vorwände. Kapitalisten haben ein verständliches Interesse daran, ihre zum Teil exorbitanten Profitspannen zu verschweigen. Wir sind angewiesen auf Schätzungen. Ein Paar Adidas-Schuhe, verkauft im Laden für 100 Euro, wird in Billiglohnländern für weniger als 10 Euro hergestellt.² In der Tschechischen Republik kostet eine Flasche Bier 30 Kronen. Ihre Produktion kostet 0,65 Kronen. Der Rest sind „Transaktionskosten“, die für die Werbung und natürlich für Profite verrechnet werden.³ Und so ist es überall. Wie viel mag die Herstellung eines Mittelklassewagens kosten? 2 000, 3 000 oder 5 000 Euro? Verkauft wird er für 40 000 Euro. Die Differenz erfaßt weitere Kosten, ist aber auch die Quelle der Profite in Milliardenhöhe. Die Preisdynamik resultiert daraus, daß Monopole und Oligopole ihre Dominanz in fast allen Branchen gefestigt haben. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals erschließen den Produktivkräften neue Möglichkeiten, sich zu entwickeln, begünstigen

aber zugleich den Fall der Profitrate, indem der Einsatz von Arbeit im Vergleich zum Sachkapital verringert wird. Monopole stemmen sich dagegen. Kraft ihrer Macht setzen sie hohe Preise und eignen sich so größere Teile des Volkseinkommens an. Entscheidend: Der Fall der Profitrate – des Verhältnisses des Profits zum Gesamtkapital – bewirkt bei hoher Monopolmacht Inflation. Mit steigenden Preisen sichern sich Monopole hohe Profite. Monopole ziehen es vor, einen Teil ihrer Kapazitäten nicht auszulasten, statt wie einst nichtmonopolistische Unternehmen die überschüssigen Produkte preisgünstig zu verkaufen. Die Kosten der nicht ausgelasteten Kapazitäten werden den Kosten der Produkte zugeschlagen, die ohne diese Kapazitäten hergestellt werden. Auch deshalb steigen die Preise. Monopole untergraben dauerhaft den Angebot-Nachfrage-Preismechanismus. Sie begrenzen ihr Angebot, um die Preise hochzuhalten. Hohe Preise wiederum senken die Reallöhne und beeinträchtigen die Nachfrage nach Konsumgütern. Dadurch geht die Nachfrage nach Produktionsmitteln in Zweigen zurück, die Konsumgüter herstellen. Stagnierende oder sinkende Produktion, abflauende Investitionen, die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten und eine hohe Arbeitslosigkeit sind die Folge. Der Zusammenfall von wirtschaftlicher Stagnation und Inflation, Erscheinungen, die sich im Kapitalismus der freien Konkurrenz weitgehend ausschlossen, wird mit dem Begriff „Stagflation“ erfaßt, der vermutlich erstmals im „Economist“ vom 5. September 1970 auftauchte. Der Verwertungsdrang des Monopolkapitals stößt immer wieder an die relative Enge des Marktes, doch ermöglicht ihre Macht den Monopolen, sich dem Preisdruck einer Überproduktion zu entziehen. Monopole wirken nicht mehr den Tendenzen des Überangebots und der relativen Marktsättigung bei wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung entgegen, indem sie die Preise der Rivalen unterbieten, wie das typisch war für den Kapitalismus der freien Konkurrenz. Das würde die Profite dezimieren. An die Stelle der Preisunterbietung, des klassischen Instruments im Konkurrenzkampf, tritt die Produktkonkurrenz. Neue Produkte und permanente Änderungen der Erzeugnisse erzwingen hohe Aufwendungen für die Forschung, die Werbung und die „Bearbeitung“ des Marktes. Das ist kostenintensiv und wirkt preisstärkend.

Prof. Dr. Klaus Müller
Lugau

Herzlichen Glückwunsch unserer
Genossin

Karin Großmann

aus Berlin, die am 16. Mai ihren 80. Geburtstag feiert. Als Sekretärin hast Du, liebe Karin, die „Rotfuchs“-Arbeit aktiv unterstützt und bist seit vielen Jahren eine zuverlässige Mitstreiterin im Versandkollektiv. Dafür danken wir Dir und wünschen Dir immerwährende Kraft und Gesundheit.

1 Vgl. Klaus Müller, Lohnarbeit und Arbeitslohn, Köln 2018, S. 87-111.

2 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/adidas-warum-kostet-dieser-schuh-100-euro/26621858.html?ticket=ST-2983244-7JWufAX4F7V3ibbTt0IK-ap4, abgerufen am 28.01.2022>.

3 Tomas Sedlacek, David Graeber, Revolution oder Evolution, München 2015, S. 43.

Der Vertrag von Rapallo

Die deutsch-russischen Beziehungen sind heute auf einem Tiefpunkt. Das war nicht immer so, zum Beispiel in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Am 16. April 1922, einem Ostersonntag, trafen sich Vertreter Sowjetrußlands und Deutschlands am Rande der in Genua vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 tagenden Finanz- und Wirtschaftskonferenz im italienischen Rapallo. Die Westmächte wollten auf dieser Konferenz die wirtschaftlichen Probleme Europas auf Kosten Deutschlands und Sowjetrußlands lösen. Beide Staaten waren zu diesem Zeitpunkt international isoliert. Sowjetrußland hatte gerade in einem blutigen Bürgerkrieg die entmachteten, von Söldnern aus 14 kapitalistischen Staaten unterstützten inheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer besiegt. Deutschland litt unter dem Versailler Vertrag, den W. I. Lenin einen schändlichen Raubvertrag genannt hatte.

Der Vertrag von Rapallo normalisierte die Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die so ihre internationale Isolation durchbrechen konnten. Deutschland verfolgte das Ziel, seine Verhandlungsposition gegenüber den Westmächten zu stärken. Den Vertrag unterzeichneten der deutsche Außenminister Walter Rathenau und sein sowjetrussischer Amtskollege Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin. Beide Seiten waren darüber einig, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt wird:

Im Artikel 1, Punkt a, verzichteten das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) auf den Ersatz ihrer Kriegskosten und der Kriegsschäden, das heißt der Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden waren. Das galt auch für den beiderseitigen Ersatz der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teiles durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles zugefügt wurden.

Durch diese Übereinkunft wurde der Artikel 116 des Versailler Vertrages außer Kraft gesetzt, der Sowjetrußland deutsche Reparationen zugesichert hätte.

Nach Punkt b sollten die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe, nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

Im Punkt c verzichteten Deutschland und Rußland gegenseitig auf die Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene.

Im Artikel 2 gab Deutschland die Ansprüche auf, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der RSFSR auf

deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf die Rechte des Deutschen Reichs und der Länder gegen Rußland sowie aus den von der RSFSR oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergaben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt. Das bedeutete, daß Deutschland die sowjetischen Verstaatlichungen von deutschem Besitz akzeptierte.



Reichskanzler Joseph Wirth (2. v. l.) mit den Vertretern Sowjetrußlands Leonid Krassin, Georgi Tschitscherin und Adolf Joffe

Bundesarchiv, 183-R14433

Laut Artikel 3 wurden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR wieder aufgenommen. Diese Regelung wurde auch auf die anderen Sowjetrepubliken ausgedehnt, die sich im Dezember 1922 mit der RSFSR zur Sowjetunion zusammenschlossen.

Im Artikel 4 waren sich die beiden Regierungen darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Laut Artikel 5 wollten beide Seiten den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis wollten sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, die ihr mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und die Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6 besagte: Die Artikel 1b und 4 dieses Vertrages sollten ratifiziert werden, die übrigen Bestimmungen traten sofort in Kraft. In Deutschland wurde der Vertrag mehrheitlich begrüßt, stieß aber auch auf Widerstand, beispielsweise bei Vertretern der Schwerindustrie und der Großagrarier, aber auch beim sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und anderen führenden Sozialdemokraten. Auch Rathenau hatte zunächst die sowjetischen Vertragsvorschläge abgelehnt und blieb bis zuletzt zögerlich.

Rathenau, der bei nationalistischen Kreisen schon wegen seiner jüdischen Abstammung verhaßt war, wurde am 24. Juni 1922, wenige Monate nach Unterzeichnung des Vertrags, von Mitgliedern der rechtsextremen Organisation Consul ermordet.

Im Zusammenhang mit dem Vertrag wurde die Lieferung von Industrieanlagen an Sowjetrußland vereinbart, die für die Ölfelder von Baku eingesetzt werden konnten. Die deutsche Seite verpflichtete sich, Lageranlagen und Tankstellen zur Vermarktung

sowjetrussischer Erdölprodukte einzurichten. Auf diese Weise konnte die Abhängigkeit von britischen und US-amerikanischen Ölkartellen, die den Markt beherrschten, verringert werden. In den Wirtschaftsbeziehungen galt das Prinzip der Gleichberechtigung und der Meistbegünstigung.

Der Vertrag enthielt, entgegen der bis heute weit verbreiteten Behauptung, kein geheimes militärisches Zusatzprotokoll. Allerdings hatte schon vorher eine geheime militärische Zusammenarbeit beider Staaten begonnen.

Für die Westmächte kam der Vertragsabschluß völlig überraschend. Sie standen dem Vertrag ablehnend gegenüber, weil er Sowjetrußland stärkte und die Abhängigkeit Deutschlands verringerte. Das galt vor allem für Frankreich.

Deutschland war der Vorreiter bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland. Erst das Jahr 1924 wurde zum Jahr der Anerkennung für die Sowjetunion. Im Februar 1924 nahm die Sowjetunion mit Großbritannien diplomatische Beziehungen auf. Es folgten Italien, Norwegen, Österreich, Griechenland, Schweiz, China, Dänemark und Frankreich.

Der Rapallo-Vertrag beseitigte natürlich nicht die grundsätzlichen Widersprüche zwischen der sozialistischen Sowjetunion und dem kapitalistischen Deutschland. Doch er stand für eine als Rapallo-Politik in die Geschichte eingegangene Phase der friedlichen Koexistenz zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Im Oktober 1925 gelang es, einen umfassenden Wirtschaftsvertrag abzuschließen.

Dr. Kurt Laser

Worte gegen den Krieg

Es war der 21. Mai 1942. Die von der deutschen Wehrmacht verfochtene „Blitzkriegstrategie“ gegenüber der UdSSR war bereits zu Anfang des Jahres mehr als offenkundig gescheitert. Im Lager 97 für sowjetische Kriegsgefangene, in Jelabuga, 960 km östlich von Moskau, wurden hauptsächlich Offiziere interniert.

Der Hauptmann d. R. Ernst Hadermann, der 1941 schwer verwundet wurde, war unter ihnen. An jenem Tag trat er an ein provisorisch bereitgestelltes Rednerpult. Knisternde Stille lag über den 300 Teilnehmern der kleinen Versammlungsgemeinde, die sich aus Mitgliedern der ersten antifaschistischen Offiziersgruppe des Lager und „Interessierten“ zusammensetzte, die zu dem Vortrag von der Lagerleitung befohlen wurden.

Er begann mit den Worten: „Meine Herren, wir antifaschistischen Offiziere wenden uns heute an die deutsche Wehrmacht, an das deutsche Volk. Wir fordern unsere Kameraden an der Front auf, das deutsche Volk vor der ungeheuersten Katastrophe seiner Geschichte zu retten, und zwar durch den Sturz Hitlers, die Wiederherstellung der Freiheit des deutschen Volkes, den Abschluß eines rechtzeitigen, ehrenvollen Friedens.“ Der drohenden Gefahr des Untergangs vorzubeugen „richten wir unseren Aufruf an unsere Frontkameraden. Denn noch ist Zeit zur Rettung“. Er schloß mit den Worten: „Was Hitlerdeutschland tut, das ist Verrat am Genius des deutschen Volkes. ‚Priesterin der Völker‘ zu sein, das sei die Bestimmung des deutschen Volkes, so lehrte es uns Hölderlin. Heute aber sind wir Vergewaltiger und Zerstörer der Völker. (...) Das deutsche Volk muß sich bald entscheiden. (...) Auch Sie, meine Herren, sind vor diese Entscheidung gestellt. Sehen Sie zu, daß Sie die richtige Entscheidung treffen.“

Betretenes, eisiges Schweigen herrschte im Saal. Viele senkten die Köpfe und einige drehten dem Redner demonstrativ den Rücken zu. Man empfand es als Verrat am Vaterland und den Kameraden – ein in jeder Kriegsgefangenschaft besonders schwerwiegender Vorwurf, der noch lange Jahre bestehen blieb.

Sein Vortrag „Wie ist der Krieg zu beenden? Ein Manneswort eines deutschen Hauptmanns“ ging später als Flugschrift in 500 000 Exemplaren über der Ostfront nieder und wurde in den Kriegsgefangenenlagern verteilt. Von der „Bergpredigt“ kommend, hatte er an Mut und selbständiges Denken seiner Zuhörer appelliert.

Ernst Hadermann wurde Wegbereiter und Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD). Dessen Gründung im Juli 1943 war am 27. Mai 1943 der Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der KPD zur „Bildung eines deutschen Komitees zum Kampf gegen Hitlerkrieg und Nazityrannei“ vorausgegangen.

Wer war dieser Mann, der so vehement und grundsätzlich das Wort gegen den Krieg und für den sofortigen Friedensschluß führte?

Ernst Hadermann wurde am 22. Mai 1896 in Schlüchtern (Hessen) geboren. In Frankfurt/Main, Heidelberg und Marburg studierte er

Germanistik, Geschichte, Französisch und Philosophie. Mit einer Arbeit über Karl Gutzkows Drama „Wullenweber“ promovierte er zum Gymnasiallehrer. Von 1930 bis 1939 unterrichtete er als Studienrat am Wilhelms-Gymnasium in Kassel. 1935 entzog man ihm den Geschichtsunterricht. Aufgrund persönlicher Äußerungen und öffentlicher Bekundungen auf einer NS-Lehrerschulung durfte er nicht mehr Klassenlehrer sein. Seine Post wurde von der Gestapo kontrolliert, wie er in seinem Lebensbericht später schrieb. Um all diesen Dingen zu entfliehen, geht er 1939 „freiwillig“ in den Krieg.



Ernst Hadermann

Als er am 18. Juli 1941 bei Rogatschew in sowjetische Gefangenschaft geriet, versorgten ihn sowjetische Soldaten, nachdem er unter Beschuß geraten war, verbanden ihn und retteten ihm so das Leben. Diese „anständige Behandlung“ hat er nie vergessen.

Überliefert ist, daß Hadermann noch 1941 begann, sich intensiv in ein Literaturstudium zu vertiefen. Die vorhandene Lagerbibliothek bot ihm dafür reichlich Lesestoff. Neben Belletristik interessierten ihn hauptsächlich die Klassiker des Marxismus. Erste Schritte in die neue geistige Welt ging er mit Hilfe des im Lager tätigen Kommunisten Otto Braun, mit dem er um die intellektuelle Klärung seiner eigenen Erlebnisse rang und nach Antworten für die Zukunft suchte.

Das Ziel, einen „Umschwung im Reich“ zu erreichen, war treibender Ansporn für ihn. Doch sehr schnell mußte er feststellen, daß die deutsche Heeresführung blindlings in den Untergang marschierte und die deutschen Soldaten, die die sowjetische Gefangenschaft fürchteten, selbst in verzweifelter Lage noch für den „Ersieg“ kämpften.

Hadermann ging auf eigenen Wunsch in den propagandistischen Einsatz an die Stalingrad-Front und in den Kessel von Tscherkassy. Schon 1943 schreibt Johannes R. Becher über ihn: „Die Liebe zu Deutschlands hohen Kulturgütern war es, die Ernst Hadermann als Wegweiser und Leitstern diente, um sich zu rechtzufinden. Diese Liebe zu Deutschland lehrte ihn den Haß gegen den Faschismus. So wurde er, einer der Stillen im Lande, zu einem Rufer. Seinem Ruf wird aus der Stille geantwortet werden, von vielen seinesgleichen, und

so werden noch manche stillblutenden Wundmale aufbrechen, und manche Stille wird er stehen: als ein Aufruf zum Sturm.“

Hadermann ist einer der wichtigsten Initiatoren des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Auf seine Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft führten viele seiner Mitglieder ihre persönliche Entscheidung zurück.

Hadermann sah als einer der ersten Kriegsgefangenen deutscher Offiziere in der Sowjetunion seine Aufgabe darin, wirkungsvolle Aufklärung unter den Wehrmachtangehörigen zu entwickeln und für die Beendigung des Krieges einzutreten.

Er verfaßte etwa 20 Artikel und hunderte Kommentare für die Zeitung und den Rundfunksender „Freies Deutschland“. Wiederholt ist Hadermanns ruhiges, gleichwohl bestimmtes und überzeugendes Auftreten beschrieben worden, dabei vor allem seine Verkörperung des Humanismus und seine vernichtende Kritik der Naziherrschaft.

Hadermanns Tätigkeit für die Schulkommission des NKFD trug entscheidend dazu bei, daß am 7. Juli 1945 die „Richtlinien für den Geschichtsunterricht in deutschen Schulen“ fertig vorliegen. Sie wurden in der Folgezeit Grundlage für die Umgestaltung des Erziehungswesens in der Sowjetischen Besatzungszone.

Als einer der ersten des NKFD macht er sich am 11. August 1945 auf die Heimreise. In seinem Gepäck steckten nicht nur die Richtlinien für Lehrpläne, ferner auch Entwürfe eines Literaturkanons für den Deutschunterricht. Seine Repatriierung erfolgte nach den Beschlüssen der Krim-Konferenz. Noch während der Beratungen auf der Krim übermittelte Georgi Dimitroff – nach Auflösung der Komintern im Juni 1943 stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Internationale Information beim ZK der KPdSU – am 6. Februar 1945 den Auftrag an den KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, Kader auszuwählen und vorzubereiten. Dazu legte Walter Ulbricht in der Leitungssitzung der KPD am 14. Februar 1945 einen entsprechenden Bericht vor. Dazu sollten bewährte und überprüfte Mitarbeiter aus den Reihen des NKFD gehören.

In Berlin leitete er innerhalb der Volksbildungsverwaltung die Schulabteilung. Es war Eile geboten, denn im Herbst sollte der Schulbetrieb mit neuen Lehrplänen wieder aufgenommen werden. Seine Arbeit an der Seite von Paul Wandel wurde von der Sowjetischen Militäradministration immer wieder gewürdigt. Drei Jahre darauf ging er als Philologie-Professor an die brandenburgische Landeshochschule Potsdam, die vorab Neulehrer ausbildete. 1955 berief man ihn an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für Neuere Deutsche Literatur. Hier blieb er bis zu seiner Emeritierung 1962.

Prof. Dr. Ernst Hadermann erhielt 1966 für seine Verdienste den Vaterländischen Verdienstorden in Silber. Er starb am 2. Januar 1968 in Halle. Nachrufe würdigten ihn als „aufrechten Antifaschisten, verdienstvollen Wissenschaftler und Pädagogen“.

Dr. Michael Polster
Berlin

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Rußland 1917: Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

3. November 1977

Nadeshda Konstantinowna Krupskaja, die Lebens- und Kampfgefährtin Lenins, berichtet in ihren „Erinnerungen“, wie sie Mitte September 1917 Lenin in seinem illegalen Quartier in Helsingfors aufsuchte. Nachdem die russische Provisorische Regierung im Juli 1917 gegen die führenden Bolschewiki Haftbefehle erlassen hatte, mußte Lenin erneut in die Illegalität gehen. Mit Unterstützung revolutionärer Arbeiter fand er in der Zeit vom 10. August bis 7. Oktober 1917 – wir datieren hier nach dem alten, damals für Rußland geltenden Kalender – seine Zuflucht in Finnland. Krupskaja schreibt: „Nach etwa zwei Wochen fuhr ich zum zweiten Mal nach Helsingfors: ... Die Waggonen waren von Soldaten und Matrosen überfüllt. Ich mußte während der ganzen Fahrt stehen. Die Soldaten sprachen ganz offen über den Aufstand. Die Gespräche drehten sich nur um Politik, die ganze Reise war eine einzige erregte Versammlung ... Mich beachtete niemand. Als ich Iljitsch von diesen Gesprächen der Soldaten erzählte, wurde sein Gesicht sehr nachdenklich, und dieser nachdenkliche Ausdruck verließ ihn später nicht mehr, worüber wir auch sprachen. Man merkte es ihm an, daß seine Gedanken nicht mehr bei dem waren, worüber wir uns unterhielten, sondern beim Aufstand und wie man ihn am besten organisieren könne.“¹ Nach der blutigen Niederwerfung der großen Demonstration revolutionärer Volksmassen Anfang Juli in Petrograd hatte die von den Bolschewiki vorgesehene Perspektive einer friedlichen Entwicklung der Revolution bis zur Errichtung der Sowjetmacht, d. h. der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, ein Ende gefunden. Wie Lenin bereits am 4. Juli erklärt hatte, war jetzt keine andere Lösung möglich, als den bewaffneten Aufstand vorzubereiten. In über 60 Aufsätzen und Briefen, die Lenin in den 110 Tagen seiner neuen Illegalität schrieb, gab er der Partei der Bolschewiki die notwendigen Hinweise und die theoretische Grundlage dafür. Die Konterrevolution hatte sich nach den Juli-Ereignissen aus ehemals unterschiedlichen politischen Gruppierungen formiert; sie reichte von extrem reaktionären zaristischen Generälen und Politikern über die Partei der Konstitutionellen Monarchie, den

sogenannten Kadetten, bis zu den kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die für sich noch immer in Anspruch nahmen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, obwohl sie längst ins feindliche Lager übergegangen waren. Nachdem die Juli-Demonstration mit Maschinengewehrfeuer blutig unterdrückt worden war, versuchte die Konterrevolution Ende August durch die Truppen des Generals Kornilow einen weiteren Schlag gegen die Revolution zu führen. Der Plan der Kornilow-Putschisten, in Rußland eine Militärdiktatur zu errichten, schlug freilich fehl. Für die Bolschewiki war es jedoch nur eine Frage der Zeit, wann die Konterrevolution zu einem neuen Schlag ausfallen würde.

Lenin sah damals deutlich die große Gefahr, die den fortschrittlichen Kräften drohte. Nach den Juli- und Augustereignissen war nach seiner Auffassung die gesamte Strategie und Taktik der Bolschewiki darauf zu orientieren, den Absichten der Konterrevolution zuvorzukommen. Mit seinen damaligen theoretischen Arbeiten bereitete Lenin das Proletariat und seine Partei unmittelbar auf die Eroberung der politischen Macht vor, klärte grundsätzliche Fragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und wies überzeugend nach, daß die sozialistische Revolution in Rußland unvermeidlich herangereift war und daß nur sie das Land aus der nationalen Katastrophe herausführen konnte, in die sie die Bourgeoisie und die reaktionäre Gutsbesitzerklasse gestürzt hatten. Lenin widerlegte in seinen Arbeiten die Behauptung der Menschewiki wie auch der opportunistischen Führer der II. Internationale, daß Rußland zwar für die bürgerliche, nicht aber für die sozialistische Revolution reif sei. In seinem Werk „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ legte er dar, daß auch in Rußland der Kapitalismus längst monopolistisch geworden war, sich umgewandelt hatte zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, also zur unmittelbaren Vorstufe des Sozialismus, und daß revolutionär-demokratische Maßnahmen zur Herausführung Rußlands aus der wirtschaftlichen Zerrüttung, wie z. B. die Nationalisierung der Banken, notwendigerweise bereits erste Schritte zum Sozialismus bedeuteten. „Vorwärtsschreiten im Rußland des

20. Jahrhunderts, das die Republik und den Demokratismus auf revolutionärem Wege erobert hat“, so schrieb Lenin, „ist unmöglich, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“² Klassische Bedeutung erlangte das Werk „Staat und Revolution“, in dem Lenin die Abhängigkeit des Charakters eines jeden Staates von der Gesellschaftsordnung nachwies. Lenin lenkte die Aufmerksamkeit der Marxisten vor allem darauf, daß „der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen muß, das Wesentliche aber unbedingt das eine sein wird: die Diktatur des Proletariats.“³ Das Wesen der Diktatur des Proletariats aber bestehe nicht so sehr in der Gewalt – diese sei zwar notwendig, um die gestürzten Ausbeuterklassen niederzuhalten –, sondern im Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung.

Inzwischen leistete die Partei der Bolschewiki eine umfangreiche Arbeit, um im Sinne der Beschlüsse des VI. Parteitag von Ende Juli/Anfang August 1917, die den Kurs auf den bewaffneten Aufstand festgelegt hatten, die werktätigen Massen zu mobilisieren. Am Vorabend der Oktoberrevolution zählte die Partei 350 000 Mitglieder, darunter etwa 60 Prozent Arbeiter. Diese Zahl bedeutete nicht viel angesichts der Größe des Landes. Aber entscheidend waren hier die einheitliche Kampfbereitschaft, die Klarheit in den Fragen der Strategie und Taktik sowie die Wissenschaftlichkeit der theoretischen Grundlagen der Partei, des Marxismus-Leninismus. So war die Partei in der Lage, die gewaltige Streitmacht der Revolution in den Entscheidungskampf zu führen.

Kern dieser Armee war die Arbeiterklasse. Sie hatte in den Klassenschlachten reiche Erfahrungen gesammelt, sie war die politisch reifste und am besten organisierte Klasse der Gesellschaft. Auf Grund ihrer sozialökonomischen Stellung mußte sie die führende Rolle in der sozialistischen Revolution spielen. Schon im Frühjahr 1917 hatten die revolutionären Arbeiter mit der Durchsetzung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben begonnen. Geführt von den Bolschewiki, bildeten die klassenbewußten Arbeiter bewaffnete Kampfabteilungen, die Rote Garde, die im Oktober 1917 in ganz Rußland etwa 200 000 Kämpfer zählten, davon allein in Petrograd 20 000. Wichtigster

Bündnispartner der Arbeiterklasse war die Bauernschaft. Den im Sommer und Herbst 1917 ganz Rußland erfassenden Aufstand der Bauern gegen die Gutsbesitzer wertete Lenin als ein „Ereignis von gesamtnationaler politischer Bedeutung“.⁴ Eine hervorragende Rolle spielte naturgemäß die Revolutionierung der Armeetruppen; ohne den Übergang der Massen der Soldaten und Matrosen auf die Seite der Revolution – darauf wies Lenin mehrmals hin – wäre der Sieg der Oktoberrevolution nicht möglich gewesen. Schließlich müssen wir die nationale Befreiungsbewegung als vierte wichtige Kraft der Revolution nennen. Geführt von den Bolschewiki, die als Partei selbst internationalistisch organisiert waren, kämpften die Volksmassen aller Nationalitäten Rußlands um nationale Gleichberechtigung und freiheitliche Entwicklung. Dies waren die gesellschaftlichen Kräfte und Bewegungen, die sich nunmehr zu einem einheitlichen revolutionären Strom, zu jener gewaltigen Armee vereinigten, die den Sieg der Oktoberrevolution herbeiführte.

An dieser Stelle erhebt sich die Frage: Wann und unter welchen Umständen erfolgte die unmittelbare Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes? – Der VI. Parteitag hatte ja zunächst über den Zeitpunkt des Aufstandes nichts gesagt, ihn vielmehr von der Entstehung einer mächtigen, gegen die Kapitalisten und Gutsbesitzer gerichteten Volksbewegung abhängig gemacht. Die Lage war jedoch zunächst insofern kompliziert, als die kleinbürgerlichen Parteien, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, noch bis Ende August über beträchtlichen Einfluß auf die Volksmassen verfügten. Diese Lage hatte sich aber schlagartig nach dem Kornilow-Putsch verändert, als den meisten bewußt wurde, welche Gefahr durch die Konterrevolution drohte und daß nur die Bolschewiki gewillt und in der Lage waren, Rußland aus der nationalen Katastrophe herauszuführen. Die übergroße Mehrheit aller Sowjets, darunter auch die Sowjets von Petrograd und Moskau, stellten jetzt die Volksstimmung in Rechnung und faßten Beschlüsse im Sinne der Bolschewiki.

Es war diese neue Situation, die Lenin Mitte September 1917 veranlaßte, aus der Illegalität zwei Briefe an das Zentralkomitee der Partei zu richten. Sie waren betitelt „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“ und „Marxismus und Aufstand“. Am Beginn des ersten Briefes schrieb Lenin: „Nachdem die Bolschewiki in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beider Hauptstädte die Mehrheit erhalten haben, können und müssen sie die Staatsmacht in ihre Hände nehmen.“⁵ Im weiteren analysierte Lenin ausführlich das entstandene Kräfteverhältnis, das die unverzügliche Vorbereitung des Aufstandes notwendig machte. „Die Geschichte wird es uns nicht verzeihen“, so schrieb er, „wenn wir jetzt nicht die Macht ergreifen.“⁶ In seinem Brief „Marxismus und Aufstand“ betonte Lenin nachdrücklich, daß der Aufstand keine Verschwörung sein dürfe, sondern sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen müsse: „Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die

Massen mitzureißen. Hinter uns ist die Mehrheit des Volkes ... Das aber ist der Kernpunkt, der der Revolution den Charakter einer allgemeinen Volksrevolution verleiht.“⁷

Lenins Argumente waren klar und zwingend. Dennoch dauerte es fast vier Wochen, bis das Zentralkomitee – es beriet über die Leninschen Briefe bereits am 15. September – eine Entscheidung im Leninschen Sinne traf. Die Ursache dafür lag darin, daß im ZK zwei Standpunkte zu überwinden waren, die sich gegen den Aufstand richteten: Den einen vertraten Sinowjew und Kamenew mit dem Argument, daß Rußland für die sozialistische Revolution nicht reif sei. Damit entsprachen sie der menschowistischen Konzeption. Die zweite gegen den Aufstand gerichtete Position vertrat Trotzki – er war nach dem VI. Parteitag Mitglied des ZK geworden und überdies seit Mitte September Vorsitzender des Petrograder Sowjets –, und zwar mit der Auffassung, daß man den II. Sowjetkongreß abwarten solle, der dann über die Machtfrage entscheiden könnte. Dies aber hätte bedeutet, in leichtfertiger Weise das Schicksal der Revolution aufs Spiel zu setzen und die revolutionären Volksmassen dem zu erwartenden Schlag der Konterrevolution auszusetzen.

Mit um so größerer Energie und Beharrlichkeit bereitete Lenin daher in jenen Wochen die Partei auf den bewaffneten Aufstand vor. Der finnische Revolutionär und Journalist Juhani Latukka, in dessen Wyborger Wohnung Lenin in der zweiten Septemberhälfte lebte, erinnert sich: „In der letzten Woche seines Aufenthalts bei mir arbeitete Lenin vom Morgenrauen bis in die tiefe Nacht und bereitete sich auf die nahenden Ereignisse vor.“ Doch Lenin hielt es jetzt nicht länger in seinem finnischen Asyl. Er siedelte in eine konspirative Wohnung in Petrograd über und drängte die Genossen des Zentralkomitees, endlich die Entscheidung herbeizuführen.

Den historischen Beschluß über den bewaffneten Aufstand traf das Zentralkomitee am 10. Oktober. Lenin war verkleidet, mit Perücke und ohne Bart erschienen. Er analysierte ausführlich die Situation und begründete noch einmal die Notwendigkeit des Aufstandes. Im Ergebnis der Diskussion wurde die von Lenin entworfene Resolution angenommen. Nur Sinowjew und Kamenew stimmten dagegen – wenige Tage danach gingen sie sogar so weit, öffentlich in einer Zeitung über den Aufstand zu schreiben, weshalb Lenin sie schärfstens als Streikbrecher der Revolution verurteilte und ihren Parteiausschluß verlangte. In der Resolution hieß es: „Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden.“⁸

Von nun an konzentrierten die Bolschewiki ihre Kräfte auf die militärisch-organisatorische Vorbereitung des Aufstandes. Zum militärischen Stab des Aufstandes wurde am 12. Oktober unter Führung des Zentralkomitees der Bolschewiki das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet gebildet. Wesentlich war, daß die Partei am Vorabend

des Aufstands sich nicht nur auf die Roten Garden aus revolutionären Arbeitern, sondern auch fest auf die Petrograder Garnison stützen konnte. Damit verfügte das Revolutionäre Militärkomitee in der Hauptstadt über fast 150 000 Soldaten. Mit gleichem revolutionärem Geist waren auch in übergroßer Mehrheit die Matrosen der Baltischen Flotte erfüllt, bereit, mit aller Entschlossenheit den Kampf um die Errichtung der Sowjetmacht zu führen.

Der bewaffnete Aufstand begann in den Morgenstunden des 24. Oktober. Dieser Zeitpunkt hatte sich aus der zugespitzten Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution ergeben. Die Leitung des Aufstands befand sich im Smolny, einem ehemaligen Bildungsinstitut für adlige Mädchen, wo der Petrograder Sowjet, danach auch das ZK der Bolschewiki und das Revolutionäre Militärkomitee, ihren Sitz genommen hatten. Am Abend dieses Tages traf auch Lenin im Smolny ein, um die Leitung des Aufstands zu übernehmen. Noch wenige Stunden zuvor hatte er die Mitglieder des Zentralkomitees gemahnt: „Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstands schon wahrhaftig den Tod bedeutet. Man darf nicht warten, man kann alles verlieren!“⁹

Bereits der darauffolgende Tag – der 25. Oktober, in Westeuropa schrieb man den 7. November – brachte den vollständigen Sieg des bewaffneten Aufstands. Mit der Erstürmung des Winterpalais und der Verhaftung der dort versammelten Minister der Provisorischen Regierung – ihr Ministerpräsident Alexander Kerenski war kurz zuvor in einem Auto der amerikanischen Botschaft aus Petrograd geflüchtet – ging die Macht endgültig an den Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten über. Die Tatsache, daß der Aufstand geradezu lautlos verlief, was auch John Reed in seiner berühmten Reportage „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ bestätigt, spricht für die Isolierung, in welche die letzte Regierung des bürgerlichen Rußlands geraten war. Politisch bankrott, mußte sie dem Ansturm der revolutionären Volksmassen weichen.

Der II. Gesamtrossische Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der am Abend des 25. Oktober eröffnet wurde, konnte sich somit auf den siegreichen Aufstand stützen. Seine Beschlüsse kündeten von der Errichtung der Macht des werktätigen Volkes, der Sowjetmacht, vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Anmerkungen

- 1) N. Krupskaja, Erinnerungen an Lenin. Berlin 1959, S. 419
- 2) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25. Berlin 1960, S. 369
- 3) Ebenda, S. 425
- 4) W. I. Lenin, Werke, Bd. 26. Berlin 1961, S. 184
- 5) Ebenda, S. 1
- 6) Ebenda, S. 3
- 7) Ebenda, S. 6
- 8) Ebenda, S. 178
- 9) Ebenda, S. 223

Das Thälmann-Denkmal in Berlin und der Antikommunismus

Der Abriß des Ernst-Thälmann-Denkmal im Friedrichshain wurde bereits 1993 beschlossen. Doch es steht noch heute. Ein möglicher Grund: die Umsetzung dieses Vorhabens würde mehrere Millionen Euro kosten. Ein weiterer Grund sind die Thälmann-Freunde, die seit 1990 für den Erhalt, die Pflege und ein ehrendes Gedenken des Vorsitzenden der KPD eintreten.

Im November 2021 wurde ein erneuter Anschlag auf das Denkmal verübt – diesmal in Form von Videofilmen.

Sie gehören zu einer Arbeit mit dem Titel „Vom Sockel Denken“, die Ende vergangenen Jahres Schlagzeilen machte. Fünf rote Sockel – im verkleinerten Maßstab des Originals – umringen das Thälmann-Denkmal, auf denen zehn Filme, die mittels „QR-Code“ abgerufen werden können, installiert sind. Sie sind das Ergebnis einer Ausschreibung zu einer „künstlerischen Kommentierung“ des Denkmals.

Am 18. November 2021 wurde das Projekt „feierlich eingeweiht“.

Wir, die Mitglieder des Thälmann-Freundeskreises, riefen damals zur kritischen Begleitung auf, da wir nichts Progressives erwarteten, uns jedoch zunächst informieren und prüfen wollten, gegen was wir da genau protestieren wollten. Das haben wir dann auch getan.

Im November 2018 wurde in der „Wabe“ ein Kolloquium veranstaltet, an dem auch vorab Angemeldete teilnehmen konnten. Eine erste Idee für die Ausschreibung des Wettbewerbs war ein von Stacheldraht umschlungenes Denkmal. Am Ende kürte eine Jury Betina Kuntzsch mit ihrer Idee „Vom Sockel Denken“ zur Siegerin. Kurioserweise hat sie den „ersten zweiten Platz“ gewonnen. Einen ersten Platz gab es nicht. Kosten: 180 000 Euro. In der Sieger-Begründung heißt es: „Einen wesentlichen Teil des Entwurfs bilden sowohl künstlerisch als auch inhaltlich überzeugende Filmessays, welche die Thematik aus verschiedenen Perspektiven beleuchten, den verschiedenen historischen Betrachtungsweisen Referenz erweisen und zugleich einen Gegenwartsbezug herstellen.“

Am 4. Mai begeht Genossin

Jana Gleichmann

ihren 60. Geburtstag. Unseren Glückwunsch verbinden wir mit unserem Dank für Deine uneigennützig, initiativreiche Arbeit im Berliner „RotFuchs“-Aktiv, liebe Jana. An der Entwicklung freundschaftlicher Kontakte zu anderen linken Aktivist*innen hast Du großen persönlichen Anteil. Wir wünschen Dir weiterhin viel Kraft und Durchhaltevermögen!

Verschiedene Perspektiven tauchen zwar auf, keineswegs aber gleichberechtigt. Für Betina Kuntzsch existiert das Denkmal seit 1990 nur noch als ein „aus der Zeit gefallenes Monument“. Keine Erwähnung findet, daß seit 1990 das Thälmann-Gedenken fortgeführt wird; daß gegen die fortschreitende Verwahrlosung des Denkmals mit der Losung „Eingekerkert – ermordet – beschmiert“ öffentlich aufmerksam gemacht wurde; daß sich im Jahr 2000 ein Aktionsbündnis gegründet hat, welches das Denkmal dutzende Male selbst reinigt und erreichte, daß die Stadt dieser Verpflichtung immerhin zweimal jährlich acht Jahre lang nachkam; daß sich dort seit mehr als 20 Jahren mehrere hundert Menschen unterschiedlicher politischer Überzeugungen zu Kundgebungen des Aktionsbündnisses und unseres Freundeskreises versammeln. Was bleibt, nachdem man sich durch die meist düsteren Filme gekämpft hat, begleitet von musikalischen Disharmonien und Video-Animationen aus den 80ern? In dem fünften Film „Edelplatte“ kommt einer der ersten Anwohner des Thälmann-Parks zu Wort, der glücklich über seine Wohnung und über die von vielen Helfern vollbrachte Arbeit zur Begrünung des Wohngebiets berichtet. Dies zeigt auch, was 30 Jahre Großdeutschland nicht zerstören konnten: den Stolz auf das selbst Geleistete, auf die kollektive Kraft. Am Schluß sagt er lächelnd: „Es lebt sich gut hier.“ Das konnte so nicht stehen bleiben! Daher ist gleich im Anschluß an diese Aussage die Rede von über 7000 Tonnen belasteter DDR-Erde und 1,5 Tonnen Schadstoffen, die noch jährlich aus dem Grundwasser gefiltert werden. Als wenn es die Verwendung kontaminierter Erde in West-Berlin nicht gegeben hätte ... In diesem Stil geht es auch in den folgenden Filmen weiter. Für den Thälmann-Park mit der großzügigen Grünflächenanlage, mit Schwimm- und Sporthalle, Schule, Jugendhaus „Dimitroff“, dem Kulturhaus „Wabe“, dem Zeiss-Planetarium sowie 1350 Wohnungen mußten drei Gasometer des Gaswerks weichen, da Erhalt oder Umbau zu teuer gewesen wären – eine normale volkswirtschaftliche Kalkulation. Für Frau Kuntzsch jedoch ein Unding. Vielleicht wegen persönlicher Betroffenheit? Ihr Vater legte als Architekturstudent Vorschläge für eine museale Nutzung der Gasometer vor, die dann nicht mehr umgesetzt werden konnten. So war ihr Blick auf dieses einzigartige architektonische Ensemble, das jeden westdeutschen Neubau der 80er Jahre in den Schatten stellte und für eine echte Lebensverbesserung stand, leider etwas getrübt, und sie bekennt nach einer Wohnungsbesichtigung im Thälmann-Park freimütig: „... bin dann aber doch wieder in den Altbau gezogen, dit is mehr meins und da muß ich nicht jeden Tag auf die leeren Stellen kicken, da, wo mal die Gasometer

waren.“ (aus Film Flocke). Ja, die Gasometer haben es ihr angetan.

Der Persönlichkeit des Vorsitzenden der KPD und seinem Platz in der Geschichte gerecht zu werden, ist ihr nicht wichtig. Thälmann ist zwar Aufhänger ihres Wettbewerbs-Beitrags, findet aber dann nur als Randerscheinung Erwähnung. Anhand der Kindheitserinnerungen seiner Tochter Irma wird ein Abriß seines Lebens vorgestellt, in dem es vor Diffamierungen nur so wimmelt. So soll suggeriert werden, daß Thälmann nicht nur bestechlich war und ein „Knecht Moskaus“ (Wittdorf-Affäre), sondern auch ein Antidemokrat, der die Sozialdemokraten mehr bekämpfte als die Nazis (Sozialfaschismus-These).

Daher – so wird argumentiert – ist eine Würdigung Thälmanns nicht möglich. Antikommunismus gehört zur deutschen Staatsräson. Das gilt auch für die Kunst. Weder SPD-Führung noch das Bürgertum haben sich je ihrer Verantwortung am Aufstieg der Faschisten gestellt. Sie zeigen stets mit dem Finger auf die Kommunisten.

Leider stimmen auch leitende Funktionäre der Partei Die Linke in diesen Chor ein. In einem RT-Beitrag heißt es: „Die Berliner Linkspartei, in Gestalt des Pankower Bezirksbürgermeisters Sören Benn, erklärt, man müsse ‚dieses Monstrum von Denkmal vom Sockel holen und sichtbar brechen‘. Sie begreifen nicht, welche Bedeutung Thälmanns Unbeugsamkeit für das deutsche Ansehen in der Welt hatte und daß diese Standhaftigkeit über elf Jahre hinweg zu recht geehrt wurde. Und sie übersehen, mit wem sie sich gemein machen, wenn sie Thälmann brechen wollen. In meiner Jugend, in der man noch ehemaligen KZ-Häftlingen begegnete, stellte man sich solchen Fragen: Hätte man selbst den Mut aufgebracht, Widerstand zu leisten? Hätte man Folter und Tod riskiert? Oder wäre man in der fügsamen Masse verschwunden?

Für uns waren diese Menschen Helden, das stand außer Zweifel, und keine persönliche Schwäche änderte daran etwas. Nur, wenn man sich nie mit solchen Gedanken befaßt hat, kann man meinen, Denkmäler für Thälmann wären zu Unrecht errichtet.“¹ Wir brauchen auch künftig einen langen Atem, um gemeinsam gegen Geschichtsrevisionismus und Geschichtsverfälschung zu kämpfen. Wir dürfen nicht aufhören, den Lügen entgegenzutreten, um anderen nachvollziehbare Antworten zu geben. Und wir müssen erklären, immer wieder, warum wir Thälmann ehren und verteidigen.

Max Renkl
Berlin

1 <https://de.rt.com/meinung/127290-pankowerdenkmalbedenken-thaelmann-denkmal-wird-kommentiert/>

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

Am 6. Mai um 15 Uhr – Buchbesprechung mit Egon Krenz zu seinem Buch „**Komm mir nicht mit Rechtsstaat**“

Ort: Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH, Südring 59, 15236 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe **Potsdam**

Am 10. Mai um 18 Uhr spricht Dittmar Zengerling zum Thema: **Ohne Frieden ist alles nichts – Breite Bündnisse im Friedenskampf**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Str. 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe **Cottbus**

Am 14. Mai um 10 Uhr: Mit Egon Krenz im Gespräch zu seinem Buch „**Komm mir nicht mit Rechtsstaat**“ und zu **aktuellen Ereignissen**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe **Nördliches Vorpommern**

Am 14. Mai um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem Buch „**Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen**“

Gemeinsame Veranstaltung mit der Stralsunder VVN-BdA-Gruppe

Ort: Gasthaus „Zur Kurve“, Stralsunder Straße 20, 18445 Prohn

■ Regionalgruppe **Bernau**

Am 14. Mai um 15 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit GRH zum Thema: **Die aktuelle Lage im Ukraine-Konflikt und die Bedingungen für dessen Beendigung**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe **Halle**

Am 17. Mai um 15 Uhr spricht der stellv. Vorsitzende des RF-Fördervereins Wolfgang Dockhorn zum Thema: **Krieg in Europa – Wie konnte es dazu kommen? Anschließend Wahl des neuen Regionalgruppenvorstandes**

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

Am 17. Mai um 18 Uhr spricht der deutsch-afghanische Politologe Dr. Matin Baraki zum Thema: **Sind die Interessen des Imperialismus im Mittleren und Nahen Osten nach seiner Niederlage in Afghanistan nachhaltig gescheitert?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe **Leipzig**

Am 18. Mai um 18 Uhr spricht Prof. Anton Latzo zum Thema: **Osteuropa**

– **Aufmarschgebiet der NATO gegen Rußland? Der Krieg in der Ukraine**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

Am 20. Mai um 15 Uhr – Buchbesprechung mit Dr. phil. Erika Schwarz und Gerhard Schwarz „**Auf dem Weg nach Berlin**“ – Kriegstagebücher der Roten Armee berichten.

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe **Saale-Orla**

Am 20. Mai um 17 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Gemeinsames Ringen um den konsequenten Kampf für den Frieden Wahl des Regionalgruppenvorstandes**

Ort: Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

■ Regionalgruppe **Dresden**

Am 21. Mai um 10 Uhr spricht der Buchautor Dr. Uwe Marcus zum **Verhältnis Rußland – Ukraine.**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Str. 26, 01809 Heidenau

Es gelten die jeweiligen Hygienevorschriften.

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

Zum 97. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) am 21. Mai

Zum 95. Geburtstag

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

Zum 94. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 92. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 5. Mai

Helga Schuhmann (Großmonra, OT Burgwenden) am 6. Mai

Wolfgang Runge (Hamburg) am 12. Mai

Kurt Koopmann (Seddiner See) am 13. Mai

Zum 91. Geburtstag

Dr. Siegfried Rataizik (Berlin) am 29. Mai

Zum 90. Geburtstag

Dr. Hartwig Strohschein (Storkow/Mark) am 4. Mai

Jutta Lübchow (Sternberg) am 21. Mai

Zum 85. Geburtstag

Brigitte Butzke (Neubrandenburg) am 3. Mai

Jürgen Schlase (Dresden) am 5. Mai

Gisela Teuber (Brieselang) am 12. Mai

Günter Kretschmar (Gülzow-Prüzen) am 16. Mai

Maja Günther (Leipzig) am 19. Mai

Helmut Burr (Neubrandenburg) am 21. Mai

Ursula Marek (Schwerin) am 27. Mai

Dr. Helmut Tichter (Frankfurt/Oder) am 29. Mai

Zum 80. Geburtstag

Rolf Hartmann (Bitterfeld/Wolfen) am 4. Mai

Wolfgang Schindlmeier (Strausberg) am 10. Mai

Heidi Zeidler (Frankfurt/Oder) am 20. Mai

Zum 75. Geburtstag

Günter Faust (Malsfeld) am 2. Mai

Monika Albrecht (Greifswald) am 21. Mai

Zum 70. Geburtstag

Carl Jantzen (Lalendorf, OT Mamerow) am 6. Mai

Detlef Fendt (Berlin) am 23. Mai

Siegfried Lucas (Radebeul) am 27. Mai

Wolfhard Goldbach (Dessau-Roßlau) am 30. Mai

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.



LESERBRIEFE

Unter dem militärischen Befehl von „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler wurde 1944 der deutsche Volkssturm gegründet, um „waffenfähige Männer“ zwischen 16 und 60 Jahren in den Krieg gegen die Rote Armee zu zwingen, kaum ausgebildet und schlecht bewaffnet. Der seit Jahren auf sie einwirkende Haß gegen alles, was russisch schien, war Motiv genug, auf die anrückenden sowjetischen Soldaten zu schießen, die im Kampf keinen Unterschied zwischen regulären Soldaten der faschistischen Wehrmacht, der SS und dem Volkssturm erkannten. Zehntausend Angehörige des Volkssturms, also Zivilisten, starben einen sinnlosen Tod. Parallelen zum Krieg in der Ukraine sind nicht zu leugnen. Verwiesen sei an die Weisung des ukrainischen Präsidenten Selenski, allen Männern zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise aus dem Land zu verwehren, um sie zu den Waffen zu rufen. Bilder zeigten Männer, Frauen und sogar Kinder, also Zivilisten, bei der Ausbildung an der Waffe, zum Teil an primitiven Nachbildungen aus Holz. Voller Stolz erklärten sie, daß sie diese Waffen auch anwenden werden. Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung in der Ukraine, so geht es um eine durch den Westen schon längst beschlossene Eskalation des Krieges. Der pensionierte Oberst der US-Armee Douglas McGregor erklärte in einem Interview u.a.: „... Wir wollen die Ukrainer drängen, in einem sinnlosen Kampf zu sterben ... Wir schaffen eine schlimmere humanitäre Katastrophe als alles bisher Dagewesene, wenn das nicht aufhört.“ Nein, es hört nicht auf, NATO-Staaten schicken dafür die notwendigen Waffen.

Dietmar Hänel, Flöha

Der Krieg in der Ukraine ist auch eine Propagandaschlacht. Sowohl Putin als auch Selenski werfen mit propagandistischen Halbwahrheiten nur so um sich. Wer sich zuletzt als Scharfmacher einen besonders zweifelhaften Namen gemacht hat, ist der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk. Der bringt es doch tatsächlich fertig, das „Regiment Asow“ als „mutige Kämpfer“ für die blau-gelbe Heimat zu adeln. Einen Artikel von „Zeit Online“ kommentierte er im Kurznachrichtendienst Twitter so: „Bitte hören Sie auf, das Asow-Regiment zu dämonisieren und russischer Propaganda – jetzt auch mitten im RUS-Vernichtungskrieg – in die Hände zu spielen.“

Das Regiment setzt sich aus Neonazis, Ultra-nationalisten und anderen Gestalten zusammen. Sein Abzeichen ist eine stilisierte Wolfsangel, eine Art Erkennungsmerkmal unter Neonazis. Das weiß auch Botschafter Melnyk. Und deshalb lassen seine Äußerungen nur zwei Schlußfolger-

ungen zu. Erstens, der Mann ist selbst ein extrem rechter Russenhasser. Oder zweitens, ihm ist die Gesinnung dieser „Freiheitskämpfer“ egal. Nichtsdestotrotz ist er in deutschen Fernsehen gern gesehener Gast.

Wolfgang Kulas, E-Mail

Die Behauptung, der „Kalte Krieg“ wäre 1990 vorbei gewesen, ist eine Lüge. Es war nie geplant, das gegenüber Gorbatschow gegebene Wort: „Keine Osterweiterung der NATO“, zu halten. Präsident Jelzins Option war es, Rußland an den Westen zu verramschen. Der Kalte Krieg wurde im Westen in aller Stille weitergeführt, nur sprach man nicht mehr darüber, denn es lief ja bestens für den US-Imperialismus samt seinen treuen Dienern. Als „Freund“ Jelzin gehen mußte und Rußland durch Putin wieder regierbar wurde und er dabei die Landesverteidigung nicht vergaß, wurde das alte Feindbild Rußland wieder ganz groß an die Wand geschmiert. Jahrelang hat die NATO unter Führung der USA mit steigender Intensivierung direkt an der russischen Grenze herumgefuchelt. Die Hetze gegen Rußland und Putin wurde immer widerlicher, welche jetzt in einem totalen Propagandakrieg gegen alles Russische gipfelt. Nun hat der Westen seinen Krieg mit all seinem Leid und Elend. Es läuft hervorragend für die USA, Deutschland will 35 Tarnkappenbomber und Polen 250 Panzer erwerben, das Milliardengeschäft ist angestoßen und der Import des schmutzigen Fracking-Gases war schon lange geplant. Diejenigen, die 30 Jahre lang diese katastrophale Politik mitgetragen oder zu dieser geschwiegen haben, kommen nun aus ihren Löchern gekrochen und vergießen die berühmten Krokodilstränen. Nach Friedrich Merz nannte nun auch Bundespräsident Steinmeier Putin einen Kriegsverbrecher. Unterstützer und Dulder dieser Kriegspolitik sind sie deshalb nicht weniger!

Schon der italienische Philosoph Niccolo Machiavelli (1469–1527) wußte: „Nicht, wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“

Hans-Jörg Krutzki, Großenhain

Auch ich bin zutiefst über den Ukraine-Krieg und die Folgen, vor allem für die Zivilbevölkerung, erschüttert. Aber im Gegensatz zu den jetzt haßerfüllten Beschimpfungen Putins als bedenkenloser und machtbesessener Diktator sehe ich die Entwicklung zum Krieg etwas anders. Der Krieg hätte verhindert werden können, wenn der Inhalt des Minsk-2-Abkommens umgesetzt worden wäre, wofür Deutschland, Frankreich als Sorge zu tragen hatten. Das geschah nicht. Warum? Es gab Kräfte, die das nicht wollten und der ukrainischen Führung offenbar suggerierten, sie hätte die Kraft, gegen Rußland militärisch zu bestehen. Die russische Seite hatte immer wieder deutlich gemacht, daß es für sie „rote Linien“ gibt, deren Überschreiten zur Eskalation führen würde.

Jetzt ist Krieg in der Ukraine. Wem nützt das, wer verdient an dieser Situation am meisten? Es gibt nur eine Macht, der die militärische und ökonomische Eskalation die größten Vorteile bringt. Schon 1989 beschloß sie, nicht noch einmal eine zweite Großmacht neben sich zuzulassen.

Es ist daran zu erinnern, daß drei US-Präsidenten in 23 Jahren neun Länder überfielen, wobei mindestens fünf Millionen Zivilisten getötet wurden. Ich kenne niemanden, der sie deswegen mit Hitler verglich, geschweige denn die USA mit

Sanktionen belegte. Alle diese Kriege wurden ohne UN-Mandat und noch dazu mit erlogenen Begründungen begonnen und geführt. Einige wie z.B. im Irak sind heute noch nicht beendet. Deutschland will jetzt unbedingt noch mehr für die Rüstung ausgeben. Zu fragen wäre, ab welcher Höhe der Überlegenheit man meint, sicherer zu sein. Es liegt doch auf der Hand, daß auch der politische Gegner zwangsläufig nicht anders kann, als weiter zu rüsten. Er kann das scheinbar aber wesentlich effektiver und hat die wesentlich besseren materiellen Ressourcen. Es ist dringend geraten, die Einkreisungspolitik der NATO zu beenden.

Im 21. Jahrhundert kann es nur eine Losung geben: „Schwerter zu Pflugscharen“, sonst droht uns der gemeinsame Untergang!

Ralf Kaestner, Bützow

In Europa wütet nach dem Jugoslawien-Krieg mit 200 000 Opfern und über 2,3 Millionen Flüchtlingen in der Ukraine der zweite Krieg nach dem 2. Weltkrieg. Wieder sterben Tausende, Millionen flüchten, Elend und Zerstörung sind groß. Rußland und sein Präsident werden, wie nie gekannt, dämonisiert. Panikmache und Lügen greifen um sich. Dieser Krieg ist nicht das Ergebnis einer Politik, die zu lange auf Verständnis mit Rußland baute, wie der Westen jetzt behauptet, sondern das genaue Gegenteil. Er ist das blutige Resultat, provoziert von den USA und der NATO. Was Präsident Joe Biden am 20. 6. 1997, damals US-Senator, sagte: „Das Einzige, was Rußland zu einer heftigen militärischen Aktion zwingen würde, wäre eine Expansion der NATO an der Grenze“, ist leider eingetreten. Nach 14 NATO Aufnahmen seit 1999 sollte die Ukraine folgen. Hinzu kommt, daß Selenski auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz unter dem Beifall der anwesenden Politiker und Militärs erklärte, sein Land halte sich nicht mehr an das Budapester Memorandum, das Atomwaffen verbiete. Das Faß zum Überlaufen brachte der für März des Jahres geplante Überfall auf die Donbass-Republiken Donezk und Lugansk. Die Garantiemächte Deutschland und Frankreich unternahmen nichts ernsthaftes zur Durchsetzung von Minsk II. Nutznießer des Krieges in der Ukraine sind die USA. Ihnen gelang es, die guten Beziehungen zwischen der EU sowie Deutschland und Rußland zu zerstören.

Wilfried Schubert, Neubrandenburg

77 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus können die Deutschen dort weitermachen, wo sie damals aufhören mußten. „Wir wollen Rußland ruinieren“, tönte die deutsche Außenministerin. Dieses Ziel hatten auch Adolf Hitler und seine Gefolgsleute. Und der Bundeskanzler droht: „Rußland wird einen hohen Preis zahlen!“ Die russischen Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges sind empört und sagen: „Wir haben den Preis bereits bezahlt – 27 Millionen unserer Menschen verloren ihr Leben. Genügt Euch das nicht?“ Sie richteten eine Botschaft an das deutsche Volk und die deutsche Regierung. Darin äußerten sie ihre tiefe Enttäuschung, daß Deutschland keinerlei Lehren aus seiner Geschichte gezogen hat und nach 2014 die neuen ukrainischen Faschisten fördert und unterstützt, die maßgeblich den Tod von mehr als 14 000 Menschen im Donbass zu verantworten haben und den Haß gegen Rußland entwickelten.

So wie in der Bundesrepublik der faschistische Ungeist nie ausgerottet und an Teile der nachfolgenden Generationen weitergegeben wurde, gelang es neofaschistischen Kräften auch in der Ukraine, das Erbe der damaligen deutschen Kollaborateure um den berühmten Kriegsverbrecher Bandera anzutreten. Nach dem Putsch 2014 auf dem Maidan gewannen sie starken Einfluß in der Regierung. Acht Jahre lang schon herrschen im Land Willkür, Angst und Schrecken.

Für die Herrschenden in Deutschland ist der Kampf gegen den alten Feind Rußland so wichtig geworden, daß sie unter Aufgabe ihrer letzten Souveränität dem Diktat der USA folgen und alle vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland abbauen. Den daraus erwachsenden enormen volkswirtschaftlichen Schaden nimmt die Bundesregierung bereitwillig in Kauf. Bezahlen muß das sowieso nur der einfache Bürger.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Der französische Präsident Macron erklärte im November 2019, die NATO sei „hirntot“, also ins Koma gefallen. Das bezog sich damals auf Donald Trump. Heute sitzt mit Joe Biden sein Amtsnachfolger im Weißen Haus, der das „Desaster Afghanistan“ nur allzu gern unter den Teppich kehren möchte. Auch von der deutschen Ampelregierung hört man kein Wort mehr, wann denn nun die versprochene Afghanistan-Analyse auf dem Tisch des Bundestages liegen wird. Stattdessen blies man zum Themenwechsel: „Die Russen wollen Krieg!“ Übrigens erinnerte das „Nur die Russen sind schuld“ sehr an den römischen Senator Cato, der jede seiner Reden mit den Worten beendete: „Und ich bin der Meinung, daß Karthago zerstört werden sollte.“ Und tatsächlich verschwand es 146 v.u.Z. von der Landkarte. Mit Rußland hat es nicht funktioniert. Vergessen wir nicht die Worte Churchills, der meinte, ein Land müsse sich in einem bevorstehenden Krieg „mit einer Leibgarde von Lügen umgeben“. Die NATO hat in den Hochzeiten des Kalten Krieges neben den drei bekannten Fronten – zu Lande, zu Wasser und in der Luft – immer wieder auf diese „vierte Dimension“ des Krieges gesetzt. Doch ich setzte auf die Hoffnung, die der frühere US-präsident Abraham Lincoln am 8. September 1858 in die Worte kleidete: „Man kann die Menschen eine Zeitlang hinters Licht führen und manche Menschen auch die ganze Zeit. Aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit hinters Licht führen.“

Dr. Dieter Langer, Bernau

Krieg war und ist schon immer eine Geisel der Menschheit und muß auch jetzt verurteilt werden, aber nicht nur jetzt, denn es gab doch auch schon vor dieser neuen „Zeitrechnung“ Kriege. Denke ich an die öffentliche Empörung als Gradmesser, entsteht der Eindruck, daß alle völkerrechtswidrigen und grausamen Kriege zuvor überhaupt nicht aufgefallen sind. Oder wurde beispielsweise US-Ex-Präsident Obama mit dem Friedensnobelpreis vorab die Absolution erteilt?

Nun zeigen die Bilder aus Butscha eine außergewöhnliche Grausamkeit, die bis ins Mark berühren und berechtigte Empörung hervorrufen. Wer hat das getan? Zunächst melden Medien, korrekte Aussagen zu den Schuldigen wären nicht möglich. Dann folgt auf dem Fuße: „Die Brutalität der Russen ist grenzenlos.“ Damit stehen die Schuldigen fest.

Und schon hagelt es „verschärfte Sanktionen“ gegen Rußland. Nun hat die ukrainische Polizei ein Video veröffentlicht, in dem starke Zerstörungen gezeigt wurden, Hinweise auf ein russisches Massaker konnten aber nicht bestätigt werden, es lagen noch keine Leichen auf den Straßen.

Ist nicht stets zu fragen: Cui bono, wem nutzt es? Das hätte auch unserem Bundeskanzler helfen können.

Jürgen Barz, Wismar

Fotos über die Kriege in Vietnam, Syrien, Afghanistan, Irak und wo immer sonst, von den tausenden Toten durch Drohneneinsätze der USA gegen jeden beliebigen Feind in aller Welt haben sich mir eingebrannt. Wer von den heutigen „Kämpfern für den Weltfrieden“ hat denn gefordert, auch nur einen der vielen USA-Kriegsverbrecher-Präsidenten nach Den Haag auszuliefern? Das erwartet – sicher nicht allzu ernsthaft – übrigens der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium der Kohl-Regierung Willy Wimmer von der jetzigen Ampelregierung. Der muß es wissen, er plante nach eigenen Angaben früher selbst Kriege.

Aber, wer will sich schon das Leben unnötig schwer machen, wenn es sich in der in Goebbels'scher Manier geschaffenen Massenhysterie so leicht und anonym untertauchen läßt. Um dem Ganzen eine weitere Krone aufzusetzen, entschuldigt sich nun auch noch Bundespräsident F. W. Steinmeier für die vermutlich einzige richtige Sache, die er je vertreten und mitgetragen hat – die Annäherung Rußlands an die EU und das Nord Stream 1 und 2-Projekt. Daran werden wohl weniger der faschistoide Botschafter der Ukraine in der BRD mit seinen Pöbeleien gegen den Bundespräsidenten Anteil haben, auch nicht dessen Präsident Selenski, der sich neuerdings in auffällender Ähnlichkeit zu den Taliban präsentiert, als vielmehr der Druck, der über den Teich ausgeübt wird.

Wenn wir erst die anvisierten 100 Mrd. Euro in unser eigenes Militär gesteckt haben werden, kann sich das deutsche Volk zweifelhafte Hoffnung machen, wieder östliche fremde Länder näher kennenzulernen. Natürlich wird im patriotischen Jubel bald niemand mehr was gewußt haben und keinerlei Schuldgefühle kennen. Welcher der jetzigen Volks(ver)führer wird dann die Gelegenheit verstreichen lassen, sich an die Spitze der Bewegung deutscher Traditionen des absoluten Wahnsinns zu stellen und alsbald auf bekannte Weise zu fragen: „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Ich kann mir vorstellen, daß dafür unsere Politpraktikantin von den Grünen prädestiniert wäre – unbedarft, gleichzeitig bedenken- und gewissenlos, anmaßend und überheblich genug. Wenn das Realität würde, bräuchten die USA nur noch etwas Geduld haben und abwarten, bis sich die europäischen Mächte gegenseitig zerfleischt haben, um wieder als unser „Befreier“ gefeiert zu werden.

Wolfgang Klages, Berlin

Ich bin Jahrgang 1933, also 89 Jahre. Ich war strammer Hitlerjunge und Luftschutzmelder und habe alle 14 Terrorangriffe auf Plauen hautnah erlebt. Ich weiß also, wovon ich rede.

Ich versuche, Putin zu verstehen, was mir sehr schwerfällt. Wäre es nicht besser gewesen, die Ukraine sich selbst durch unbedachtes Nadeln ihres Präsidenten Selenski in den Ruin treiben zu lassen, zur Blamage vor aller Welt?

Im 2+4-Vertrag fand die sowjetische Forderung, keine Osterweiterung der NATO, durch Wirken des BRD-Außenministers Genscher keinen Nieder-

schlag. Es gab nur mündliche Vereinbarungen. Doch zwei von den damaligen Vertragspartnern existieren nicht mehr: die UdSSR und die DDR. Die westlichen Vertragspartner hatten nun freie Hand für ihr verbrecherisches Spiel. In der Folge der Jahre haben die USA, die NATO und die BRD ihr Einflußgebiet – unter verräterischer Mithilfe ehemaliger Warschauer Vertragsstaaten – ausweiten können. Damit ist Rußland von den feindlich gesinnten Kräften eingekreist. Neuerdings auch unter Mithilfe Georgiens und Moldawiens, welche nach der NATO gieren.

Selenski täuscht der Welt Verhandlungsbereitschaft vor, will aber gar keinen Frieden! Er fordert ständig und mit Nachdruck von Hinz und Kunz schwere Waffen und vor allem Aufnahme in die aggressive NATO. Dadurch wäre ein NATO-Einsatz gegen Rußland möglich und somit ein Atomkrieg! Und die Welt reagiert auf Putins Worte von 2018 beim Vorstellen seiner neuen Hyperschallwaffen: „... Ihr habt uns jahrelang nicht zugehört. Jetzt werdet Ihr zuhören müssen!“ mit verlogenen Geschrei und Heuchelei, allen voran NATO, USA, EU, BRD, Grüne und SPD eingeschlossen, leider auch Teile der Partei Die Linke.

Gegen Putin und Rußland wird das gleiche Szenario wie 1999 gegen Jugoslawien, Serbien und Milosewitsch aufgezo-

Zum besseren Verständnis von Putins Reaktion in der Ukraine, es handle sich vor allem um zu bekämpfende Nazis, einige Anmerkungen zur Geschichte der Ukraine und der baltischen Länder. Estland, Lettland und Litauen. Die Ukraine und das Baltikum duldeten nach dem 1. Weltkrieg auf ihrem Boden Umtriebe deutscher reaktionärer Freikorps zur Unterdrückung der Revolution 1918 in Deutschland. Aus diesen Freikops-Söldnern bildeten sich später u.a. SA und SS-Schlägertrupps, auch Angehörige und Berufssoldaten der Reichswehr und der Nazi-Wehrmacht gingen daraus hervor. Die baltischen Staaten und die Ukraine fanden erst spät den Weg zur neugegründeten Sowjetunion. Im 2. Weltkrieg betrieben sie eine starke Kollaboration mit den deutschen faschistischen Besatzern, vor allem gegen die jüdische Bevölkerung. Selenski instrumentalisiert in seinen Hetzreden nun die Opfer von Baby Jar gegen Rußland und verschweigt dabei geflissentlich die verbrecherische Rolle der ukrainischen Hiwis/SS der Bandera-Banden, der Wlassow-Armee und solche Verbrecher wie Iwan Demjanjuk, SS-Angehöriger im KZ Sobibor.

Siegfried Wunderlich, Plauen

Nur der US-Imperialismus hat bisher zwei Massenmorde mit Atombomben an der Zivilbevölkerung begangen. Er führte unter Mißachtung der UNO Kriege gegen Korea, Vietnam, Somalia, Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Grenada ... und organisierte, finanzierte und steuerte mit seinen Geheimdiensten Regime Changes in Chile, Portugal, Ukraine, Kasachstan etc. Der US-Imperialismus ist „Weltmeister“ in der Rüstung, Waffenexport, bei Militärstützpunkten, Medienmanipulation, Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Die US Army „sitzt“ bis heute fest in der BRD mit Atombomben in Büchel und der Drohnen-Mord-Zentrale in Ramstein. Wortbrüchig breitet sie sich bis an die Grenzen Rußlands aus. Die USA führen mit ihren mehr oder weniger willigen Vasallen einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland, Weißrußland, China ...

Kein Zweifel besteht daran, daß das Ziel des raubgierigen Imperialismus, nicht nur des US-

amerikanischen und deutschen, in der Sicherung der Verfügungsgewalt über die Reichtümer des größten Landes der Erde besteht. Der US-NATO-EU-Block führt nicht nur einen unerbittlichen Wirtschaftskrieg gegen Rußland, mißachtet die Sicherheitsinteressen Rußlands, ignoriert russische Angebote zum Interessenausgleich, beliefert die Ukraine mit Waffen, ist also Kriegsteilnehmer, trotz verbaler Behauptungen, er wolle als NATO nicht in den Krieg in der Ukraine eintreten.

Horst Jäkel, Potsdam

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Daran hat sich überhaupt nichts geändert, nur in dem jetzigen ist etwas Besonderes. Kriegsgegner sind Rußland und die Ukraine. Letztere ist nur Mittel zum Zweck, denn wirklich treffen soll es Rußland. Eines muß man festhalten, die USA beherrschen es, Völker und Nationen aufeinanderzuhetzen und es auch noch so aussehen zu lassen, als hätte man gar nichts damit zu tun. Die Wünsche der USA sind in Erfüllung gegangen, Nordstream 2 ist nun endlich auch wirtschaftlich tot, Rußland wird mit immer neuen Sanktionen stranguliert und politisch als Aggressors gebrandmarkt, der Rüstungswahnsinn hat Hochkonjunktur. Lindner hat gesagt, was erreicht werden soll, die maximale wirtschaftliche Schädigung Rußlands. Wirkliche Verlierer sind die Menschen, die zu einem Spielball der Politik gemacht wurden, ein Spiel, das sie noch nicht einmal durchschauen.

Jochen Singer, Leipzig

Für die regelmäßige Zusendung des stets hochinteressanten „RotFuchs“ möchte ich mich herzlich bedanken. Dank allen, die an der Herausgabe dieser Monatsschrift teilhaben. Eure Zeitschrift ist auch für mich eine wichtige Quelle zur Einschätzung der komplizierten internationalen Lage. Die vielen Artikel, Analysen und Berichte zu unterschiedlichsten Fragen aus Politik, Geschichte und Gesellschaft auf der Grundlage der Theorie des Marxismus-Leninismus sind eine wertvolle Orientierung und tragen zur Festigung des eigenen Klassenstandpunktes bei.

Bei uns in Polen wird die politische Situation immer schwieriger. Die Kommunistische Partei Polens unterliegt der politischen und juristischen Verfolgung. Seit Monaten warten wir auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum Delegalisierungsantrag des Justizministers, der auf das Verbot unserer Partei zielt. Der Antrag des Justizministers an den Verfassungsgerichtshof ist eingereicht, aber noch nicht entschieden. Der Verfassungsgerichtshof läßt sich offenbar Zeit. Dieses ist auch eine Form der Diskriminierung der Partei.

Doch polnische Kommunisten sind weiter aktiv und organisieren in einer für uns sehr schwierigen Situation den Kampf der Werktätigen und anderer progressiver Kräfte gegen den reaktionären rechtsradikal-katholischen Block der polnischen Regierungsparteien. Gegenwärtig geht es darum, den imperialistischen Charakter des Krieges in der Ukraine und das polnische Engagement an der Seite der NATO und der reaktionären Neobanderisten zu entlarven.

Prof. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Nun hat auch der letzte der Mohikaner, Oskar Lafontaine, die Partei Die Linke verlassen. Ob aus Altersgründen oder Überzeugung, darüber

kann man streiten. Wahrscheinlich ist beides richtig. Auch ich habe diesen Schritt, aus ähnlichen Gründen vor drei Jahren getan.

Meine Meinung nach ist eine Partei deshalb eine Partei, weil sie für etwas Partei ergreift. Genau das ist bei den Linken nicht mehr zu erkennen. Mir scheint, daß die in Verantwortung stehenden Genossinnen und Genossen mehr für ihre Altersversorgung kämpfen, als um das Wohl des Volkes. Gregor Gysi, die „Graue Eminenz“ der LINKEN und oppositionelle Lichtgestalt, Liebling der Medien, Autor und Talker von Gottes Gnaden, soll mit einer halben Million Jahreseinkommen 2021 einer der bestverdienenden Abgeordneten des Bundestages sein. Kein Wunder, als Rinderzüchter hat er das Melken nicht verlernt.

Der sogenannte 3. Stand der Großen Bürgerlichen Revolution von 1789 in Frankreich hat überlebt, weil sich die Machtverhältnisse nicht geändert haben. Es ist heute das „Prekariat“. Das sind die Leute, deren Geld vom Ersten bis zum Letzten des Monats reicht. Wenn der Kühlschrank kaputtgeht, wissen sie nicht weiter. Um die muß man sich kümmern und nicht um das Parteiengzänk des Bürgertums, welches die herrschende Klasse als Demokratie verkauft.

Wir befinden uns mitten in der Revolution 4.0. Anstatt an der Seite der Arbeiter zu stehen, wollen SPD und Grüne im Verbund mit der stockreaktionären FDP den Kapitalismus transformieren, ohne das System zu beschädigen. Schon hören wir: „Deutsche, schnallt den Gürtel enger, bedankt euch bei Putin dafür!“ Man kann Kriege also auch herbeireden, wie Bismarck zum Beispiel mit der „Emser Depesche“ 1870. Der den Krieg erklärt hat, war Napoleon III., nicht der spätere Reichskanzler Bismarck. Die Widersprüche einer kapitalistischen Wirtschaft, national als auch international, führen zwangsläufig zu Krisen und Kriegen. Das, was wir jetzt erleben, kann man bei Lenin in seiner Imperialismustheorie von 1917 nachlesen.

Peter Pöschmann, Döbeln

Der Schleier um die Partei Die Linke scheint nunmehr für jedermann weggerissen und ihr wahrer opportunistischer Charakter tritt überdeutlich zutage. Eine sehr schmerzhaft und endgültige Erkenntnis. Das Schmierentheater aus dem Liebknechtthaus erschüttert und ist äußerst deprimierend. Vorstandmitglieder „verkaufen“ schamlos jedwede parteiinterne Information, deren sie habhaft werden können an die bürgerlichen Medien. Egozentrische Standpunkte und Meinungen, die größtenteils dem Parteiprogramm widersprechen, werden zuerst über öffentliche Kanäle in die Welt posaunt. Regierungsbeteiligungen um jeden Preis, NATO-Unterstützung und Mitgliedschaft, Lob und Aufrüstung für die Bundeswehr, personelle Ausweitung des Verfassungsschutzes u.a.m. – nichts ist den Renegaten von Berlin bis Thüringen mehr fremd. Gysi spricht von „meiner“ Partei und findet eine NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands „interessant“. Wer sich dem entgegenstellt und an das mit über 90 % Zustimmung der Mitglieder beschlossene Parteiprogramm erinnert, ist von gestern. Nun ist der Ältestenrat dran und wird öffentlich vorführt. Dem Namensgeber für das Liebknechtthaus wird das Handeln der Parteiobere in keiner mehr Weise gerecht. Erinnert sei daran, daß er sich als einziger Abgeordneter des Reichstages gegen die Kriegskredite stemmte und sein Vater dem

Militarismus keinen Mann und keinen Groschen zugestand. Von diesem Widerstandswillen ist bei Mandats- und Amtsträgern der Partei Die Linke nicht viel geblieben. Über Sozialismus als Gegenentwurf zum Kapitalismus wird überhaupt nicht mal mehr parteiintern diskutiert, obwohl jeden Tag deutlicher wird, daß dieses System die drängenden Menschheitsprobleme nicht lösen kann. Die Parteiführung der verschiedenen Ebenen haben den Grundkonsens des Gründungsparteitages und des Parteiprogramms längst aufgegeben und sind eingeschwenkt in einen systemunterstützenden Kurs.

**Raimon Brete, Chemnitz,
Delegierter zum Sonderparteitag**

Die Berichterstattung über die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele habe ich ausgeschaltet. Da ging es nicht um den vom Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees Thomas Bach betonten olympischen Gedanken, sondern vor allem darum herauszustellen, wie schlimm es um die Menschenrechte in China bestellt sei. Über Wettkämpfe wurde zwar sachlich berichtet, aber im Sportstudio dann ging es gleich los – mit Menschenrechten in China. Man konnte es nicht mehr hören.

Die Volksrepublik China hat annähernd die gleiche Größe wie Europa und doppelt so viele Einwohner. In diesem Riesenland gibt es sicherlich Zustände, die uns nicht gefallen, aber wie sieht es denn mit den Menschenrechten in Deutschland und in Europa aus?

Ich denke an tausende Pädagogen, Hochschullehrer, Polizisten, NVA-Angehörige, Richter, Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und viele andere, die aus ihren Tätigkeiten entlassen wurden. Die Suizide nach 1989 wurden nie gezählt, obwohl sonst alles statistisch erfaßt wird. Das Volk der DDR wurde enteignet, das Volkseigentum verschertelt. Die Renten der DDR-Bürger sind bis heute nicht angeglichen, aber Nazis bekommen hohe Bezüge.

Mein Vater war Mitglied der NSDAP und wurde nach dem Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone als Lehrer entlassen. Aber nach 1953 bot man ihm wieder Arbeit im Beruf an. Im heutigen Deutschland gibt es noch nach 30 Jahren Einverleibung in die BRD bei jeder Wahl Hetzjagden auf ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS.

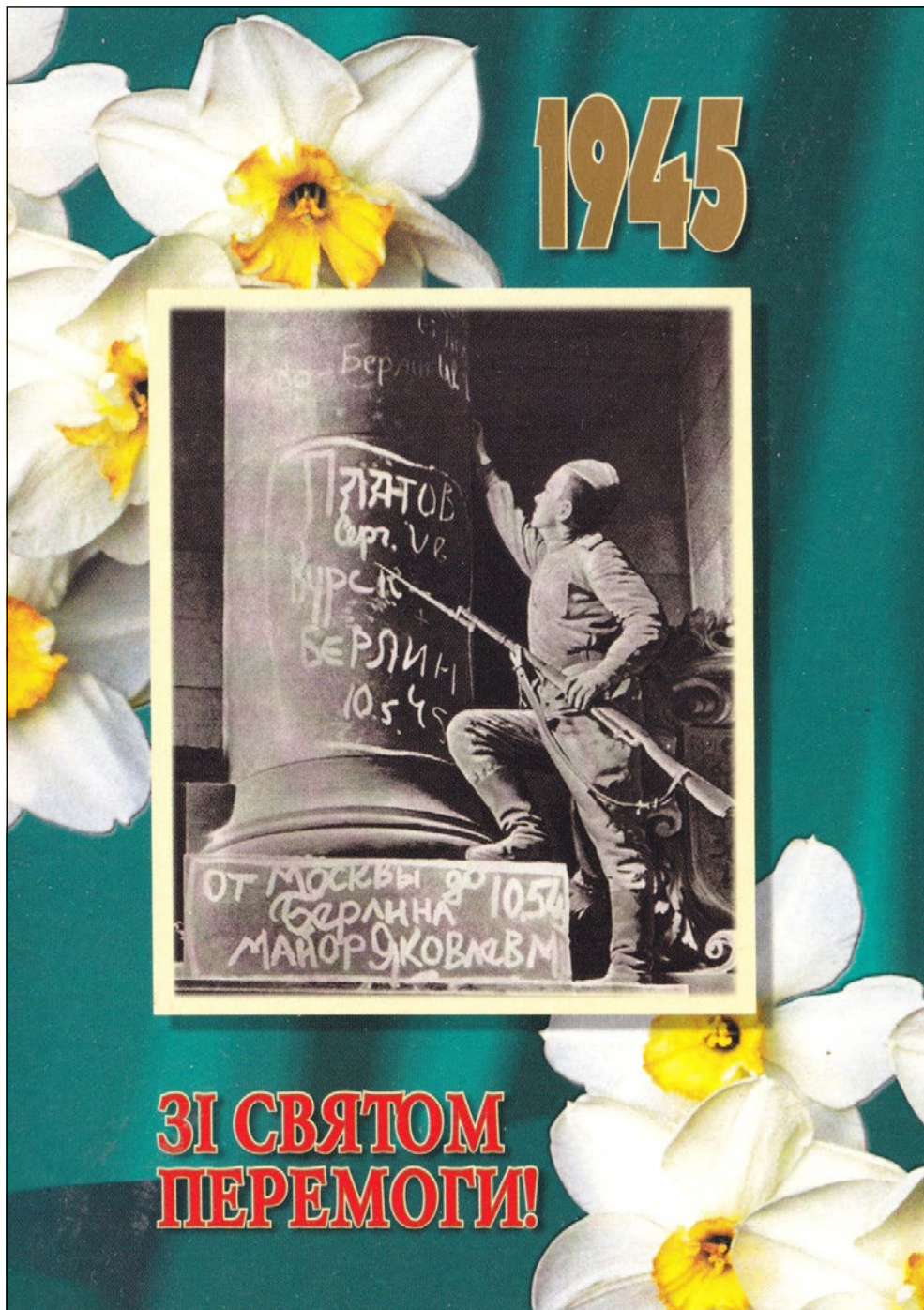
Helmut Kohlmann, Hagenow

In „Der Gaukler“ von Harry Thürk (Verlag Das Neue Berlin, 1. Auflage 1978, S. 38/39) entdeckte ich folgende Zeilen: Bürgerliche „...Wissenschaftler erklärte(n), daß das, was man innerhalb der kapitalistischen Welt ‚die Linke‘ nannte, gar nicht so homogen war, wie die naiven Brandredner des Antikommunismus sich selbst und anderen einzureden versuchten. Diese Linken wiesen vielmehr sehr unterschiedliche Schattierungen auf“.

„Es ist wie bei einem Rudel Wölfe. Hat man sie alle gegen sich, gibt es keine Rettung. Bringt man es aber fertig, sie aufeinanderzuhetzen, so daß sie sich gegenseitig beißen und zerfleischen, hat man gewonnen.“

Folgt man den treffenden Aussagen des DDR-Schriftstellers, wird klar, worauf es ankommt: das Verbindende suchen und geschlossen handeln. Nur dann ist es möglich, die Barbarei, den Kapitalismus, in einem revolutionären Prozeß zu besiegen.

Bernd Gnad, Geithain



■ Regionalgruppe Rostock

Am 21. Mai um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem Buch „**Feindbild China – Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen**“.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Str. 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 21. Mai um 10 Uhr spricht Wolfgang Herrmann, früherer Berater der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Die aktuelle politische Situation in Lateinamerika**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 28. Mai um 10 Uhr – Vortrag: **Kuba nach über 60 Jahren Blockade – nicht nur ein Reisebericht**

Referent: Hellmut Naderer (Cuba Si)

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstr. 7, 08056 Zwickau

Im Juni

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 9. Juni um 16 Uhr spricht Prof. Dr. Edeltraud Felfe, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: **Die Wirklichkeit drängt zu Strategien gegen den Kern des Kapitalismus.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrich`s“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin.

Es gelten die jeweiligen Hygienevorschriften.

Ukrainische Postkarte von O. Dowbija „Zum Tag des Sieges“; (1995, aus Anlaß des 50. Jahrestages des Sieges über Hitler-Deutschland)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobraua
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.